

Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

SpeyerBrief Nr. 18

Wintersemester 1999/2000



Top-Thema: 68. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung zieht 450 Teilnehmer nach Speyer (Seite 22)

Im Gespräch: Jo Leinen zur EU-Regierungskonferenz (Seite 15)

Im Porträt: Der Hochschule treu geblieben - Landrat Dr. Ernst Bartholomé (Seite 49)

Inhaltsverzeichnis

Semesterbeginn
ab Seite 4

Abendvorträge
ab Seite 6

Vorträge
ab Seite 7

Hochschulentwicklung
ab Seite 8

Fortbildung
ab Seite 16

Europa in Speyer
ab Seite 29

Internationale Beziehungen
ab Seite 35

Forschungsinstitut (FÖV)
ab Seite 38

Sonder-Veranstaltungen
ab Seite 43

Hörerschaft
ab Seite 46

Alumni
ab Seite 48

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist wieder so weit: Der *SpeyerBrief Nr. 18* liegt vor und berichtet Ihnen über die Ereignisse und Aktivitäten der Hochschule im vergangenen Semester.

Die DHV steht vor großen Herausforderungen. Nicht nur wegen der geplanten Ausbildungsreform für Juristen, die, wenn sie Realität würde, gravierende Auswirkungen auf die Hochschule hätte (welche, lesen Sie auf Seite 9), sondern auch wegen der immer größer werdenden Konkurrenz auf dem Bildungsmarkt. Die DHV als das Kompetenzzentrum für Verwaltungswissenschaften - und das nicht nur für Deutschland - muss deshalb ihr Profil schärfen und ihre Stärken weithin sichtbar machen. Und Stärken haben wir schließlich viele: Rund 1000 Teilnehmer haben im vergangenen Semester an den Fortbildungsveranstaltungen der DHV teilgenommen. Die Berichte darüber finden Sie ab Seite 16.

Worüber an der DHV und dem Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der Hochschule geforscht wird, zeigen exemplarisch die Interviews mit Prof. Dr. Carl Böhrer, Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim und Gastforscher Prof. Dr. Jurij Starilow auf den Seiten 15, 17 und 38.

Dass wir hier nicht im Elfenbeinturm sitzen, sondern mit unseren Themen top-aktuell am Puls der Zeit sind, beweisen das Interview mit Jo Leinen zur derzeit laufenden EU-Regierungskonferenz oder das Sozialrechtsgespräch zur momentan diskutierten Rentenreform (Seiten 32 und 24).

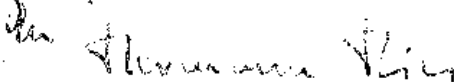
Darüber hinaus haben sich auch im vergangenen Semester wieder über 20 Unternehmen an unserer Jobbörse für Juristen beteiligt, mit der wir unseren Hörern Karriere-Chancen eröffnen wollen (Seite 46).

Wie die Hörer selbst die DHV beurteilen und was sie alles auf die Beine gestellt haben? Lesen Sie dazu die Seiten 46 und 47.

Und wohin die DHV in Zukunft will, wird Ihnen auf Seite 4 und ab Seite 8 erläutert.

Nicht zuletzt wird Ihnen auffallen, dass der vorliegende *SpeyerBrief* in einem neuen Outfit daherkommt. Auch das gehört zu unserem neuen Konzept zur Außendarstellung. Lassen Sie uns wissen, wie er Ihnen gefällt!

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen



Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill

Rektor der Hochschule

Außenwirkung verstärken

Interview mit Rektor Hill über seine Pläne: Für Angebot der DHV werben

Seit 1. Oktober 1999 ist Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill neuer Rektor der DHV. SpeyerBrief befragte ihn nach seinen Vorhaben für seine Amtszeit.

Herr Prof. Hill, am 1. Oktober haben Sie das Amt des Rektors übernommen. Was haben Sie als erstes getan?

Zunächst habe ich Antrittsbesuche in den einzelnen Ländern gemacht, um die Angebote der Hochschule besser bekannt zu machen. Bei den Vertretern der Länder - in der Regel den Ministern - habe ich mich über die Interessen und Wünsche der Länder, unserer „Kunden“, informiert, was dort sehr gut angekommen ist.

Zum anderen war es mir wichtig, den Modernisierungsprozess nach innen, also im Hause, voranzubringen. Deshalb habe ich verschiedene Workshops für Professoren, Assistenten und die Verwaltungsmitarbeiter eingerichtet, um ihr Wissen über die Strukturen der DHV für die Modernisierung nutzbar zu machen.

Zur Zeit wird in den Ländern die Neuordnung der Juristen- ausbildung diskutiert. Welche Konsequenzen könnte diese - falls sie Realität würde - für die DHV haben? Wie kann die Hochschule sich im Wettbewerb um Hörer neu positionieren?

Wenn, wie von der Justizministerkonferenz gefordert, die Referendarausbildung abgeschafft würde, hätte dies für die Hochschule gravierende Konsequenzen. Denkbar wäre dann, dass sich die Hoch-

schule mit eigenen Programmen, etwa einem Trainee-Programm, in der Berufseinstiegsphase profilieren könnte. Möglich wäre etwa, Intervall-Kurse anzubieten, in denen sich Präsenzzeiten an der Hochschule mit virtuellen Lernphasen am Arbeitsplatz abwechseln. Das Lehrmaterial muss auf jeden Fall in Zukunft verstärkt auf CD oder im Internet angeboten werden.

Allerdings ist es zur Zeit fraglich, ob die Pläne der Justizminister realisiert werden.



Unabhängig davon ist die DHV, wie schon gesagt, bemüht, ihre Aktivitäten gemeinsam mit den Ländern weiter zu entwickeln und die Referendarausbildung zu verbessern. Dazu habe ich beispielsweise auch die Justizminister angeschrieben und sie befragt, ob sie die Stundenzahl der Landesübungen für ausreichend halten. Eine Strategieguppe ist außerdem gerade dabei, ein neues Cur-

riculum, also einen Überblick über die Lehrangebote der Hochschule, auszuarbeiten.

Wo liegen derzeit die größten Probleme der DHV? Wie wollen Sie sie lösen?

Unser Angebot ist gut. Nur unsere „Kunden“ müssen das auch merken. Deshalb müssen wir unsere Außenwirkung verstärken. Kürzlich haben wir einen Lehr- und zwei Fortbildungsberichte erstellt, um den Verwaltungsrat über unsere

disziplinarität, ihre Praxisorientiertheit und als internationale und interföderative Begegnungsstätte aus. An keiner anderen Uni arbeiten die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen so nah beieinander und miteinander wie hier.

Wir sind auch keine praxisferne Uni im Elfenbeinturm, sondern hier wird anwendungsbezogen geforscht, mit konkretem Nutzen für die Verwaltung.

Zum Dritten sind wir eine interföderale Begegnungsstätte für Verwaltungsbeamte von Bund, Ländern und Kommunen. Hier trifft der Beamte aus Bremen die Kollegin aus Sachsen oder Bayern zum Erfahrungsaustausch.

Wie ist Ihre erste Bilanz nach einem halben Jahr im Amt?

Positiv. Ich bin sehr erfreut über das große Engagement, das die Mitarbeiter in den einzelnen Workshops zeigen und wie sie sich in den Modernisierungsprozess der DHV einbringen. Ich glaube, dass dies auch zunehmend von der Fachöffentlichkeit erkannt werden wird und die DHV auch künftig eine wichtige Rolle in der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes spielen wird.

Allerdings dürfen wir uns nicht auf unserer großen Vergangenheit ausruhen. Um zukunftsfähig zu bleiben, muss die DHV neue Angebote erarbeiten, insbesondere in Richtung Europa und der Erschließung des internationalen Verwaltungswissens.

Herr Prof. Hill, wir danken für das Gespräch.

Die Fragen stellte Beate Klehr

Neue Hörer willkommen heißen

Antrittsversammlung zum Wintersemester 1999/2000

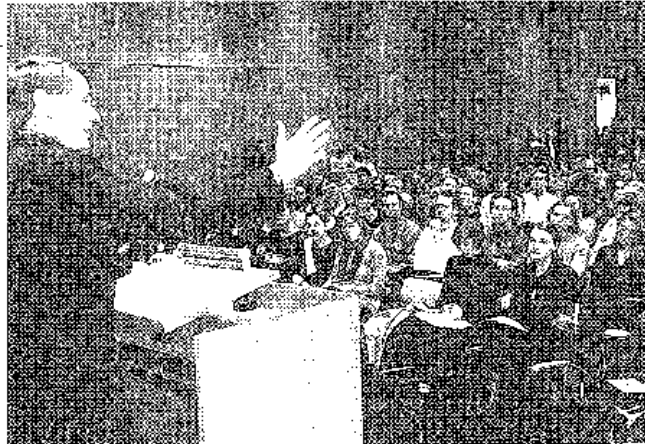
Noch einmal studieren und dabei über den Tellerrand der Juristerei hinausschauen - das interdisziplinäre Lehrangebot der DHV Speyer macht's möglich.

„Ich hoffe, Sie wissen die Ehre zu schätzen, hier in Speyer studieren zu dürfen“, begrüßte Rektor Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill am 2. November die neuen Hörer des Wintersemesters. 560 Hörer haben an diesem Tag das verwaltungswissenschaftliche Ergänzungs- oder Aufbaustudium an der Hochschule begonnen oder fortgesetzt.

Direkt im Anschluss an die Einschreibung waren sie zur Semesterantrittsversammlung in der Aula zusammengekommen.

Welch gute Wahl sie getroffen hatten, in die Domstadt zu kommen, verdeutlichte Oberbürgermeister Werner Schineller, gleichzeitig Vorsitzender der Hochschulvereinigung Speyer, in seiner Ansprache.

Anschließend trafen sich die Hörer zur ersten Vollversammlung, in der der Hörersprecher und die anderen Vertreter der Hörschaft gewählt wurden.



Über den Tellerrand hinausschauen: Prof. Dr. Hermann Hill begrüßte die neuen Hörer.
Foto: Bug

Die DHV - eine Zukunftsagentur

Feierliche Rektoratsübergabe und Semestereröffnung

Großer Andrang herrschte in den Räumen der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer: Zur feierlichen Eröffnung des Wintersemesters 1999/2000 in der Aula des Hochschulgebäudes waren über 400 Gäste, Mitarbeiter und Hörer gekommen. Die erste Abendveranstaltung des Wintersemesters bot ein abwechslungsreiches Programm, das musikalisch von Christiane Kypranides (Violoncello) und Daniel Spektor (Violine) von der Musikschule Speyer begleitet wurde.

Unter den Anwesenden: Staatssekretär Roland Härtel aus dem rheinland-pfälzischen Ministerium für Umwelt und Forsten, die Bundestagsabgeordnete Birgit Roth, der Vizepräsident des rheinland-pfälzischen Landtags, Peter Schuler, sowie der Speyerer Bischof Dr. Anton Schlembach. Nachdem Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera die Gäste begrüßt hatte, dann der Höhepunkt des Abends: die feierliche Rektoratsübergabe an Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill.

Magiera dankte seinen Kollegen, der Hochschulverwaltung, dem Verwaltungsrat und der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz für die beständige und wirksame Unterstützung, die er während seiner Amtszeit erhalten habe. Rückblickend auf die vergangenen zwei Jahre könne die Hochschule zufrieden, wenn nicht sogar ein wenig stolz sein. Als

Beispiel für die positiven Veränderungen an der Hochschule nannte Magiera das neue Tagungsgebäude mit Gästehaus, das im Sommer 1998 in Betrieb genommen wurde und ohne zusätzliche Personalausstattung weitgehend kostenneutral unterhalten werde.

Als Herausforderungen für die Zukunft nannte er die angespannte Finanzlage der öffentlichen Hand und die angestrebte Reform der Juristenausbildung. Zur Bewältigung dieser veränderten Situation habe der Verwaltungsrat der Hochschule eine Arbeitsgruppe zur Hochschulentwicklung eingerichtet, an der auch Vertreter der Hochschule unter Führung des Rektors beteiligt seien.

Dann stellte Magiera den Zuhörern seinen Nachfolger vor, der seit 1986 an der Hochschule Verwaltungswissenschaft und öffentliches Recht lehrt. Er lobte Hill als offenen, interessierten und zukunftsgerichteten Menschen, der stets an der Spitze der wissenschaftlichen und praktischen Verwaltungsmodernisierung stehe.

Im Vorfeld der Jahrtausendwende stellte der neue Rektor in seinem Vortrag „Staatliche Zukunftsfähigkeit als Gestaltungsaufgabe“ die kritische Frage an Bund und Länder: Wie geht der Staat mit der Zukunft um? Verschiedene think-tanks inner- und außerhalb der Regierungszentralen seien mit der Analyse

der Zukunft beschäftigt, aber die Umsetzung in strategische Politik gelinge kaum.

Der Rektor räumte ein, dass sowohl nach außen als auch im Innern Grenzen staatlicher Gestaltungsfähigkeit bestünden. Dennoch sei es in Hinblick auf den demokratischen Auftrag und die Verantwortung für zukünftige Generationen erforderlich, dass die Staatsführung durch Parlament und Regierung die Agenda vorgebe, die Ziele bestimme und Perspektiven festlege. Die Staatsführung könne sich nicht nur auf die Moderation fremder Ideen beschränken. Dabei brauche sie Beratung. Er empfahl dazu die verschiedenen Angebote der DHV Speyer. Die Hochschule sei als Zukunftsagentur durch ihre Interdisziplinarität und ihre Praxisorientierung gut auf diese Aufgabe vorbereitet.

Im Anschluss an die Rektoratsübergabe wurde dem Vorstandsvorsitzenden der BASF AG, Dr. iur. Jürgen Strube, eine Honorarprofessur verliehen. Der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, hatte Strube auf Vorschlag des Senats der DHV zum Honorarprofessor ernannt. Die Hochschule würdigte damit den Einsatz eines herausragenden Unternehmers der Region für die DHV.

(Lesen Sie hierzu auch Seite 6).
Der Vortrag ist in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 53 erschienen und im Rektorat für 10,- DM zu beziehen.

Moderner Staat

Alt-Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl habe einen „schlanken Staat“ schaffen wollen, die Regierung Schröder setze dagegen auf den „aktivierenden Staat“. „Moderner Staat - Moderne Verwaltung. Leitbild und Programm der Bundesregierung“ war der Titel des Vortrages, den die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Brigitte Zypries, am 13. Januar an der DHV Speyer hielt.

Der Weg zum „aktivierenden Staat“ führe unter anderem über mehr Bürgerbeteiligung, der Förderung einer effizienten Verwaltung und dem Abbau von Bürokratie. Hierbei sei es sinnvoll, Qualitätsmanagement und Kosten-Leistungs-Rechnungen einzuführen.

Zudem müssten mittelständische Unternehmen stärker gefördert und Eigeninitiativen unterstützt werden.

Zusammenfassend umschrieb Zypries ihre Ziele so: Bis 2002 wolle der Bund den Handlungsspielraum der Länder und Kommunen stärken, den Bürger stärker unterstützen und die Verwaltung dahingehend modernisieren, dass sie mehr leistet und weniger kostet.

Anlässlich der Veranstaltung überreichte der Rektor Dr. Hermann Knödler, Dr. Markus Ritter und Dr. Wito Schwanengel, die im Wintersemester 1999/2000 an der Hochschule promoviert wurden, feierlich ihre Promotionsurkunden.

Der Vortrag wird in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 55 erscheinen und ist im Rektorat der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer für 10,- DM zu beziehen.

Top-Unternehmer für die Lehre Honorarprofessur an Dr. Jürgen Strube verliehen

Im Rahmen der Rektoratsübergabe von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera an Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill wurde dem Vorstandsvorsitzenden der BASF AG, Dr. Jürgen Strube, die Ehrenprofessur verliehen.

Magiera hob die hervorragenden Leistungen Strubes auf dem Gebiet der Unternehmensführung sowie seine konzeptionellen Beiträge im Rahmen maßgeblicher nationaler und internationaler Initiativen hervor. In seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der BASF AG habe der Jurist seit vielen Jahren den intensiven Kontakt zwischen Angehörigen der Hochschule und der BASF AG begleitet und so einen regen Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gefördert. Dies gelte insbesondere für die Bereiche der Aus- und Fortbildung, an denen regelmäßig qualifizierte Mitarbeiter der BASF AG als Lehrbeauftragte und Referenten mitwirkten. In seinem Dank würdigte Strube die engen Beziehungen zwischen der BASF AG und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, die ihn bereits 1997 zum Ehrensenator ernannt hatte. Strube soll schwerpunktmäßig das Fachgebiet „Unternehmensführung“ vertreten.

Seit 1969 für die BASF AG tätig, gehört Strube seit 1985 dem Vorstand an, seit 1990 ist er dessen Vorsitzender. Er zeichnet dort für das Ressort „Recht, Steuern und Versicherung, Planung und Controlling, Obere Führungskräfte und Führungskräfteentwicklung, Öffentlichkeitsarbeit und Marktkommunikation“ verantwortlich.

1995/96 war Strube erster EU-Vorsitzender des „Transatlantic Business Dialogue“ und 1996/97 Präsident des Verbandes der chemischen Industrie e.V.. Von 1996 bis 1998 gehörte er der „Kommission Mitbestimmung“ der Bertelsmann Stiftung und der Hans-Böckler-Stiftung an und war im „Rat für Forschung, Technologie und Innovation“ des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie vertreten.

Verwaltungsmodernisierung: So funktioniert's in NRW

„Reform von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen - Stand und Perspektive“ lautete das Thema des Abendvortrages, den der Staatsminister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Fritz Behrens, im Rahmen der zweiten Abendveranstaltung im Wintersemester 1999/2000 am 15. Dezember 1999 in der Aula der Hochschule hielt.

Behrens würdigte das Engagement der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer sowie des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung im Hinblick auf die Modernisierung von Regierung und Verwaltung in der Bundesrepublik. Dabei hob er den Speyerer Qualitätswettbewerb hervor, bei dem Bundes-, Landes- und Kommunalverwaltungen um Auszeichnungen für besonders herausragende Reformprojekte

konkurrieren und mit dem Speyer sich gerade auch in der Verwaltungspraxis breite Anerkennung verdient habe.

In seinem Vortrag erläuterte Behrens die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede zwischen den Ländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf die Neuorganisation des Verwaltungsaufbaus. Die zwei nordrhein-westfälischen Modernisierungsgesetze sollen vor allem die kommunale Selbstverwaltung stärken und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung nachhaltig optimieren.

Der Vortrag wird in der Reihe der Speyerer Vorträge als Heft Nr. 54 erscheinen und ist im Rektorat der Hochschule für 10,- DM zu beziehen.

Selbstverwaltung
stärken

Flexible Modelle gefordert

Bernhard Jagoda zur Arbeitsmarktlage in Deutschland

Wie wird sich in Deutschland der Arbeitsmarkt langfristig entwickeln, wird es gelingen, die Beschäftigungssituation in Deutschland dauerhaft zu verbessern? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Vortrages, den der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, am 24. Januar anlässlich des Kolloquiums „Arbeitsmarkt und Arbeitsmarktpolitik“ an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hielt.

Im vergangenen Jahr sei das Brutto-Inlandsprodukt um 1,4 Prozent gestiegen. „Die Konjunktur hat seit dem Sommer merklich an Schwung gewonnen“, so Jagoda. - Dennoch nicht genug, um die Arbeitslosigkeit entscheidend und auf Dauer zu senken. Das Wachstum müsse dauerhaft deutlich über 2 Prozent liegen, damit die Beschäftigung nennenswert zunehme. Um das zu erreichen, seien zwei Wege denkbar, so Jagoda: Zunächst gelte es, die Bedingungen für Innovationen, also neue Prozesse und Entwicklungen, zu verbessern und somit Wachstum zu fördern. „Um ein Hochlohnland bleiben zu können, muss die Bundesrepublik auch weiterhin ein Hochtechnologie-land bleiben“, erläuterte Jagoda. So seien die Bundesländer mit den meisten Patent-Anmeldungen auch gleichzeitig die mit der niedrigsten Arbeitslosenquote. „Dort wo neue Produkte und Verfahren erfunden werden, ist die Arbeitslosigkeit geringer als anderswo“, ist der Präsident der Bundesanstalt überzeugt.

Zum anderen stießen Existenzgründer in Deutschland im internationalen Vergleich auf große Hemmnisse. Immerhin sei zwar die Quote der Selbständigen seit der Wiedervereinigung von 7,1 auf 10 Prozent gestiegen. Aber

im Vergleich zu anderen Industrieländern hinke die Bundesrepublik hier noch deutlich hinterher. Möglichkeiten, um Existenzgründern unter die Arme zu greifen, sieht Jagoda im Abbau bürokratischer Hemmnisse, der Förderung von Akademikern, die sich selbständig machen möchten (etwa durch Studiengänge in Unternehmensführung) oder besseren Möglichkeiten, Kapital zu beschaffen. Der Staat könne hierbei durch niedrigere Steuersätze mehr Investitionen fördern.

Aber alleine das Wachstum zu stärken, werde in Zukunft nicht genügen, glaubt Jagoda. Mehr Beschäftigung werde es nur geben durch eine moderate Lohn- und eine intelligente Arbeitszeitpolitik. „Allerdings müssen wir hierbei geduldig sein“, bis sich die direkten Auswirkungen am Arbeitsmarkt bemerkbar machten. In den Niederlanden beispielsweise hätten sich die Auswirkungen eines Abkommens für eine moderate Lohnpolitik von 1982 erst Mitte der 90er Jahre gezeigt.

Ein weiterer wichtiger Punkt: die Arbeitszeit. 1998 wurden in Deutschland fast 1,8 Milliarden bezahlte Überstunden geleistet. Würden nur etwa ein Viertel davon abgebaut, könnten 300 000 neue Stellen geschaffen werden, schätzt Jagoda. Aber auch durch flexiblere Arbeitszeitmodelle könnten neue Arbeitsplätze entstehen. Bei der Bundesanstalt für Arbeit sei inzwischen jeder fünfte Mitarbeiter in Mobilzeit tätig.

Arbeitnehmer sollten künftig zudem in „Lebensarbeitszeitkonten“ rechnen können. Dann könnte in jungen Jahren vorgearbeitet werden und mit 60 dann beispielsweise nur noch halbtags. „Die Arbeitnehmer wären zufriedener, die Leistung besser“, vermutet Jagoda. „Man muss den Menschen Türen öffnen und sie nicht verschließen“.

Beate Klehr

Vorträge

Zum Thema „Verwaltungsmodernisierung in Rheinland-Pfalz“ referierte am 5. November 1999 Univ.-Prof. Dr. Carl Böhrer an der Humboldt-Universität Berlin vor Studenten und Verwaltungspraktikern aus Berlin und Brandenburg.

„Verwaltungsmodernisierung als Veränderungsprozess“ war der Vortrag überschrieben, den Böhrer am 21. Februar vor dem „Lauer Forum“, der Führungsakademie der Bundesanstalt für Arbeit, hielt.

Auf der 6. Verwaltungsrechtlichen Jahresarbeitstagung des Deutschen Anwaltsinstituts in Berlin hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König am 29. Januar einen Vortrag zum Thema „Ordnungspolitische Probleme der Privatisierung“.

Als Diskussionsleiter und Kommentator nahm König vom 7. bis 8. Februar an der Tagung „Politik an der Leine der Verwaltung?“ teil, die von der Akademie für politische Bildung Tutzing in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Lehrgang für Verwaltungsführung veranstaltet wurde.

Bei der vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW veranstalteten Tagung „Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung“ war König am 25. Februar eingeladen, zum Thema „Räumliche Planungen in der Ökonomisierung“ zu sprechen.

Über das Thema „Public Sector Management“ oder Gouvernanz - Leistungs- und Steuerungsprobleme der öffentlichen Verwaltung“ referierte König am 2. März bei der vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart veranstalteten Tagung „Theorie politischer Steuerung“.

Verwaltung im Umbruch: Niedersachsen beispielhaft

In Form eines Werkstattberichts informierte der Landesdatenschutzbeauftragte Burkhard Nedden am 18. Januar über Erfolge, Schwierigkeiten und Zukunftsperspektiven der Verwaltungsmodernisierung in Niedersachsen. Als Beispiele für Reformansätze nannte Nedden u. a. die geplante Verschlingung der Ministerien, Personalkostenbudgetierung, den Prozess des „benchmarking“ im Sinne eines Vergleichs von Steuerungsmodellen sowie den Begriff des aktivierenden Staates. Damit knüpfte Neddens Bericht inhaltlich an den Abendvortrag von Staatssekretärin Brigitte Zypries an, die über die Verwaltungsmodernisierung der Bundesregierung referiert hatte.

Der Vortrag war Teil der Vorlesung „Einführung in die Verwaltungswissenschaft: Verwaltung im Umbruch“ von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill.

Ein Corporate Design muss her

Ein neues Logo? Eine neue Corporate Identity? Nein, ein neues Corporate Design ist es, was der Hochschule noch fehlt. Unter dem Deckmantel des altbewährten „gelben Balkens“ haben inzwischen so viele tiefgreifende Veränderungen innerhalb der DHV stattgefunden, dass deutlich wurde: Die Hochschule braucht auch eine neue Außendarstellung, die diesen internen Prozess nach außen sichtbar macht.

Im November 1999 wurden daher acht namhafte Werbeagenturen und Grafik-Designer aus der Region zu einem Wettbewerb eingeladen.

Die Agenturen hatten sehr viele originale Ideen entwickelt und ausgearbeitet, die sie in Präsentationen von jeweils einer halben Stunde einer Jury der Hochschule vorstellten, die aus Angehörigen der im Oktober 1999 eingesetzten Arbeitsgruppe Internet/Corporate Identity bestand.

Letztlich war für jeden Geschmack etwas dabei: Die Entwürfe deckten ein breites Spektrum von „eher konservativ“ bis „sehr extravagant“ ab. Eine Woche lang wurden sie in der Aula der Hochschule ausgestellt. Alle Mitarbeiter der Hochschule erhielten einen roten Punkt und hatten Gelegenheit, damit den von ihnen favorisierten Entwurf auszuzeichnen. Am Ende gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zweier Entwürfe. Allerdings kam es dadurch zu keinem echten Konkurrenzkampf, da beide Vorschläge von ein- und derselben Werbeagentur stammten: wsp-design, eine junge Werbeagentur aus Heidelberg, hatte mit zwei Entwürfen das Rennen gemacht.

Anfang Januar 2000 fand ein erstes Treffen mit einem Vertreter der Agentur statt, in dem deutlich wurde, dass der äußerliche Veränderungsprozess der Hochschule nun erst am Anfang stand. Zahlreiche Entscheidungen waren intern noch zu fällen, bevor an eine Auftragserteilung zu denken war. Inzwischen sind noch weitere Vorschläge innerhalb der Hochschule angekommen, die die Werbeagentur noch einmal in ihre Überlegungen mit einbezogen hat.

Nach einem zweiten Durchlauf hat sich die Mehrheit der Mitarbeiter und Professoren nun für einen Entwurf entschieden, der mit schräg angeordneten Quadraten, die die Länder symbolisieren, auf mehr Dynamik setzt als der erste.

Neues Profil stärken

Wo die Hochschule steht und wohin sie will

An der Hochschule geht's voran: Die in der Wissenschaft vertretenen Thesen zur Verwaltungsmodernisierung sollen auch in der eigenen Verwaltung Einzug halten. Im November 1999 haben auf Initiative des Rektors hin drei Workshops stattgefunden: Die Professoren, der sogenannte Wissenschaftliche Mittelbau und die Verwaltungsmitarbeiter diskutierten über den künftigen Kurs der DHV, die Bedrohungen, Stärken und Schwächen sowie Lösungen für die anstehenden Herausforderungen.

Dabei ruft die von den Justizministern beabsichtigte Reform der Juristenausbildung die größten Befürchtungen hervor. Wird das Referendariat abgeschafft, so muss sich die Hochschule in der Bildungslandschaft völlig neu positionieren, da zirka 80 bis 90 Prozent der jetzigen Klientel wegfällt. Zwar bieten sich der Hochschule auch dann noch verschiedene Möglichkeiten, jedoch kann das bisherige Programm nicht ohne weiteres beibehalten werden.

Auch der Rückgang der Juristen in der öffentlichen Verwaltung und die Konkurrenz durch private Kongressveranstalter wurden als Bedrohung empfunden. Mit Sorge werden auch die Bedrohung der Forschungsmöglichkeiten wie auch der wissenschaftlichen Autonomie von Hochschule und Forschungsinstitut betrachtet.

Die Hochschule hat dem jedoch einiges entgegenzusetzen: Ganz vorn lagen hier die Qualität des Angebotes, die gute Infra-

struktur und das Betriebsklima der Hochschule. Als verbesserungswürdig wurden der Zustand der Gebäude und die Außendarstellung der Hochschule eingestuft.

In einer Generalversammlung Anfang Dezember 1999 wurden die Ergebnisse der Workshops diskutiert und Prioritäten für das weitere Vorgehen festgelegt. Es wurde beschlossen, verschiedene Arbeits- und Projektgruppen einzurichten. So wurde

seitens der Professoren eine Strategie-Projektgruppe eingesetzt, die sich mit Fragen der

Profilbildung und Strategieentwicklung sowie mit einer Fortentwicklung der Curricula der Hochschule befassen soll. Eine Arbeitsgruppe Internet/Corporate Identity war vom Rektor schon im Oktober 1999 eingesetzt worden. Noch im Dezember 1999 wurde auch ein Qualitätszirkel ins Leben gerufen, der sich mit der Optimierung der Prozesse in der Fortbildung befasst.

Erste Ergebnisse, die den Ablauf von Fortbildungsveranstaltungen verbessern und zu noch größerer Zufriedenheit der Teilnehmer führen sollen,

wurden schon in der Fortbildungsperiode Frühjahr 2000 umgesetzt. In einem Qualitätszirkel der Verwaltung zum Thema Generalsanierung wurden Vorkahrungen für die der Hochschule im Sommersemester 2000 bevorstehende Sanierung getroffen.

Um den Informations-

fluss auch zwischen den Abteilungen zu verbessern, sind monatliche abteilungsübergreifende Referentenhospresprechungen eingerichtet worden. Auch die übri-

gen Zirkel treffen sich einmal im Monat. Parallel zu diesen internen Aktivitäten macht der Rektor seit Beginn seiner Amtszeit Antrittsbesuche in den Ländern, bei denen die Erwartungen und Wünsche der Länder an die Hochschule erörtert werden.

Daneben hat er aber auch gezielt den Kontakt zur Presse gesucht und einzelne Pressevertreter zu Informationsgesprächen an die DHV eingeladen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Hochschule soll insgesamt verbessert und mit für die Länder attraktiven Dienstleistungen verbunden werden. Durch intensivere Werbung für die Programme der DHV sollen zwar nicht mehr Hörer gewonnen, aber eine Bestenlese erreicht werden. Hierzu sollen beispielsweise Informationsveranstaltungen in den einzelnen Ländern und eine ansprechendere Gestaltung der Informationsmaterialien der Hochschule beitragen.

en der Hochschule beitragen.

Im Zuge dieser Maßnahmen werden auch das

Corporate Design und der Internet-Auftritt der Hochschule grundlegend überarbeitet werden.

Es gibt viel zu tun - packen wir's an!

Neue Strategie entwickeln

Öffentlichkeitsarbeit stärken

Sabine Brieger

Die Reform und ihre Wirkung

Wie's um die DHV steht, wenn die große Ausbildungsreform Wirklichkeit wird

Die von der Justizministerkonferenz angestrebte Reform der Juristenausbildung wird bundesweit heftig diskutiert. Für die DHV hat diese Frage besondere Brisanz.

Im Wintersemester 1999/2000 waren von 560 Hörern der Hochschule 441 angehende Juristen, die sich entweder in der Verwaltungs- oder Wahlstation des Referendariats (418) oder zwischen Studium und Eintritt in den Referendardienst (23) befanden. Hinzu kamen etliche Doktoranden und sonstige Hörer, die ebenfalls (angehende) Juristen sind. Insgesamt waren damit mehr als 80 Prozent der Hörer Juristen. Bei einer Änderung der Juristenausbildung müsste sich die Hochschule somit völlig neu positionieren und verstärkt über Alternativangebote nachdenken.

Kern der neuen sogenannten praxisintegrierten universitären Juristenausbildung ist die Abschaffung des einheitlichen Referendariats. Dieses soll ersetzt werden durch eine 12-monatige Praxisphase im 7. und 8. Studiensemester und eine praktische Einarbeitung in den Beruf nach dem Examen.

Ein Grundstudium von vier Semestern - vorrangig in Kleingruppenarbeit - soll die Studenten etwa auf das Niveau der großen Scheine führen, die zur Zeit erst nach dem 5./6. Semester erlangt werden. Nach einer Zwischenprüfung im Credit-Point-System soll im 5. und 6. Semester ein allgemeines Vertiefungsstudium in Kleingruppen, Vorlesungen und Praxisgruppen folgen. Die anschließende Praxisphase (7. und 8. Semester) kann mehrere Berufsfelder umfassen. Im 9. und 10. Semester soll ein Vertiefungs- und Wahlfachstudium folgen. Das Examen im 11. Semester soll eine einheitliche Befähigung für alle volljuristischen, reglementierten Berufe vermitteln. Anschließend ist eine praktische Einarbeitung in den Beruf erforderlich. Diese soll für den Justiz- und Verwaltungsdienst während einer Probezeit erfolgen, die noch weiter zu konkretisieren ist. Für eine uningeschränkte Zulassung zur Anwaltschaft ist ebenfalls eine praktische Tätigkeit bei einem zugelassenen Rechtsanwalt Voraussetzung.

Ob die Reform Realität wird, ist derzeit noch nicht absehbar. Zwar haben sich die Justizminister am 10. November 1999 mit 10 zu 6 Stimmen erneut für die Reform

ausgesprochen. Allerdings macht das Stimmenverhältnis - auf der Justizministerkonferenz vom 5. November 1998 hatte es noch bei 13 zu 3 Stimmen für die Reform gelegen - deutlich, dass der Konsens immer schwerer zu erzielen ist, je weiter die Überlegungen voranschreiten. Auch die Kultusministerkonferenz hat die Reformüberlegungen der Justizministerkonferenz grundsätzlich unterstützt. Letztlich geht es um etwa eine Milliarde Mark, die entweder für die bisherige Referendarausbildung oder für die beabsichtigte Intensivierung der Universitätsausbildung ausgegeben werden muss - ein Fall für die Finanzminister. Und auch die Innenminister werden noch mitzureden haben. Daher hält sich die Hochschule Speyer zunächst zurück und wartet die Entwicklungen ab. In der Sitzung der Arbeitsgruppe zur Hochschulentwicklung hatte die Präsidentin des Landesjustizprüfungsamtes Rheinland-Pfalz, Marliese Itzel, klar gemacht, dass das Land von Anfang an gemeinsam

mit Bayern auf der Seite der Reformgegner gewesen war, die inzwischen drei weitere Länder auf ihre Seite ziehen konnten. Möglich ist, dass bereits auf der nächsten Konferenz die Mehrheitsverhältnisse kippen und die Reform wie schon einige vor ihr „im Sande verläuft“.

Mehrere Länder konzentrieren sich daher unabhängig von der „großen Reform“ darauf, „Reformen im Kleinen“ einzuleiten. So werden in einigen Ländern die Referendare nicht mehr in ein Beamten-, sondern in ein öffentlich-rechtliches Angestelltenverhältnis berufen, womit deutliche finanzielle Einbußen für sie einhergehen. Auch das könnte Auswirkungen auf die Beliebtheit des Speyer-Semesters haben. Die DHV muss sich aber auch für die „große Reform“ wappnen. Bei einer Beteiligung an dem nach dem Grundstudium und der Praxisphase eingeplanten Wahlfach- und Vertiefungsstudium beispielsweise würde die Hochschule in direkte Konkurrenz zu anderen Universitäten treten und müsste ein entsprechend attraktives Curriculum anbieten. Ihre bisherigen Erfahrungen im postuniversitären Bereich könnte die DHV vermutlich am besten in die Berufsvorbereitungsphase

einbringen. Für die DHV käme die Ausbildung von angehenden Verwaltungsmitarbeitern im höheren Dienst, Verwaltungsrichtern und Fachanwälten für Verwaltungsrecht in Betracht. Da diese während der Einarbeitungsphase aber vor allem Praxiserfahrung sammeln sollen, müsste die Hochschule in Zukunft ver-

stärkt virtuelle Lehrmethoden einsetzen, mit deren Hilfe sich das Lernen am Arbeitsplatz mit Präsenzzeiten an der Hochschule kombinieren ließe.

Eine neue Wendung hat nun ein Gesetzentwurf der FDP-Bundestagsfraktion gebracht: Danach soll an der zweiphasigen Ausbildung festgehalten werden. Zunächst ist eine generell berufsqualifizierende Grundausbildung wie bisher zu absolvieren, wobei mit dem Studienabschluss ein eigener, international anerkannter akademischer Grad erworben werden soll. Nach dem Studium ist für spezifische Juristenberufe ein zweijähriger Vorbereitungsdienst vorgesehen, der getrennt nach den Sparten Justiz, Anwaltschaft und Verwaltung erfolgen soll. Die Zulassung hierzu wird nach Qualifikation (Eingangsprüfung) vorgenommen. Die Vorbereitungsdienste in den drei Sparten sind gleichwertig; wer eine der Zusatzqualifikationen erlangt hat, kann später auch die beiden anderen Berufe ausüben. Der Justiz- und der Verwaltungsvorbereitungsdienst sollen erhalten bleiben. Im Anwaltsvorbereitungsdienst sind neben Ausbildungsabschnitten bei einem Anwalt auch Stationen bei einem Gericht und einer Verwaltungsbehörde sowie eine Wahlstation zu absolvieren.

Im Justiz- und im Verwaltungsvorbereitungsdienst kann eine Station an der DHV Speyer sowohl auf die Ausbildung in der Verwaltungs- als auch in der Wahlstation angerechnet werden.

Im Anwaltsvorbereitungsdienst ist die Anrechnung einer Station an der DHV Speyer auf die Verwaltungsstation möglich. Dieses Modell würde für die DHV weniger einschneidende Veränderungen mit sich bringen als die Lösung der Justizminister. Für welche Alternative man sich letztlich entscheidet, bleibt abzuwarten.

Mehr virtuelle
Lehrmethoden
einsetzen

Abschaffung des
einheitlichen
Referendariats

Bringt neuer
FDP-Vorschlag
die Wende?

Qualität der Lehre sichern

Die Qualitätssicherung spielt auch in Forschung und Lehre eine immer größere Rolle. Befragungen der Studierenden, aber auch Selbstevaluationen und Evaluationen durch externe „Peers“ sind die probaten Instrumente, die zu einer Überprüfung der Qualitätsstandards an anderen Universitäten eingesetzt werden.

Die DHV führt bereits seit dem Wintersemester 1979/80 mit der sogenannten Hörerumfrage in jedem Semester regelmäßig eine Zufriedenheitsbefragung der Hörer im Hinblick auf die einzelnen Lehrveranstaltungen durch und hatte damit bundesweit sicherlich eine Vorreiterfunktion inne. Auch die einzelnen Fortbildungsveranstaltungen werden von den Teilnehmern bewertet. Diese Befragungen stellen die Grundlage für entsprechende aussagekräftige Berichte über die Situation in Ausbildung und Fortbildung dar, die die Hochschule den Mitgliedern des Verwaltungsrates – wie auf der Dezember-sitzung vereinbart – künftig regelmäßig übermitteln wird.

Sabine Brieger

Der Geist von Speyer

Die Hörer der DHV sind fleißiger als ihr Ruf

Den Spuren des „Geistes von Speyer“ sind die Hörer einer projektbezogenen Arbeitsgemeinschaft bei Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch und Dr. Dieter Beck zum Thema „Gruppen in Organisationen“ nachgegangen. Gibt es einen solchen „Geist“ unter den Hörern und wenn ja, wodurch zeichnet er sich aus? Zur Beantwortung dieser und anderer Fragen zum Verhalten und den Einstellungen der Hörer an der DHV Speyer entwickelten Lars Bostelmann, Eva Hilbig und Sebastian Reinhart-van-Götten einen Fragebogen, der flächendeckend verteilt wurde und für sozialwissenschaftliche Fragebogenaktionen einen befriedigenden Rücklauf von knapp 27 Prozent erzielte.

Die anschließende Analyse erbrachte einige – sicher auch für manche Ehemalige überraschende – Ergebnisse: Die meisten Rechtsreferendare, die eindeutig größte Gruppe unter den Hörern, kommen nach Speyer, um an einer Campus-Universität interdisziplinär zu forschen und zu lernen und um

sich auf das zweite Staatsexamen vorzubereiten. Das macht die DHV Speyer attraktiver als andere Verwaltungsstationen, wie z.B. Landratsamt, Stadt- und Senatsverwaltung. Außerdem kommen sie nach Speyer, um Kontakte zu knüpfen, Leute aus anderen Bundesländern kennen zu lernen und noch einmal das Studentenleben zu genießen. All dies wird mit der Campus-Universität verbunden und assoziiert. In der Prioritätenliste steht das Feiern aber nicht, wie oftmals befürchtet, an erster Stelle, sondern ziemlich weit hinten. In erster Linie wollen die Hörer hier arbeiten und lernen und dann erst feiern. Unsere Untersuchung kam zum überraschenden Ergebnis, dass die Hörer mehr über das Feiern reden als dieses tatsächlich zu tun. Die oft kolportierte Beschreibung der DHV Speyer als „Partyhochburg“ ist somit nach Selbsteinschätzung der Hörer und nach ihrem tatsächlichen Verhalten falsch.

Allerdings unterstellten die

Hörer den anderen, mehr zu feiern als sie selbst. Auch waren die Hörer, die Lernen und Arbeiten an erster Stelle setzten, nicht notwendigerweise die, die das Feiern an die letzte Stelle setzten. Im Gegenteil: Häufig kumulierten beide Prioritäten.

In unserer Erhebung fragten wir auch nach der persönlichen Bewertung des Studiums an der einzigen deutschen postuniversitären Ausbildungsstelle für die Verwaltung. Insgesamt vertraten über die Hälfte der Hörer die Ansicht, sie seien mit dem Aufenthalt an der DHV zufrieden, ihre Erwartungen wären erfüllt worden. Erfreulich ist, dass nur ein Bruchteil, zirka fünf Prozent, mit der Ausbildung unzufrieden waren.

Als Fazit bleibt die Erkenntnis, dass tatsächlich so etwas wie ein „Geist von Speyer“ existiert. Dieser hat aber ein Janusgesicht: Er manifestiert darin, zu arbeiten und Spaß zu haben in einer angenehmen, geradezu familiären Umgebung.

Lars Bostelmann

Gäste vom Angebot der DHV überzeugt

Der Justizminister des Landes Rheinland-Pfalz, **Herbert Mertin**, und die Präsidentin des rheinland-pfälzischen Landesjustizprüfungsamtes, **Muriel Itzel**, besuchten am 3. Dezember 1999 die DHV. Der Rektor und Prorektor, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill und Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, sowie die Senatsbeauftragten der Hochschule für die Juristenausbildung, Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten und Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow, stellten den Gästen die Struktur und die Aufgaben der Hochschule vor. Mertin lobte die Leistungen der Hochschule bezüglich der Referendarausbildung und sagte ihr auch für die Zukunft weitere Unterstützung zu.

Der Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Ministerium des Innern und für Sport und Mitglied im Verwaltungsrat der Hochschule und des Forschungsinstituts, **Dr. Ernst Theilen**, besuchte am 4. Januar

die Hochschule. Mit dem Rektor wurden die vielfältigen Aktivitäten der DHV auf dem Gebiet der nationalen und internationalen Verwaltungsmodernisierung sowie die zahlreichen zukunftsorientierten Projekte, die einer weiteren Profilierung der Hochschule dienen sollen, erörtert. Am Tag zuvor war der Leiter der Stabsstelle Projekte des Innenministeriums Rheinland-Pfalz, Ministerialdirigent **Dr. Hans-Valentin Kirschner**, zu einem Gespräch mit dem Rektor zu Gast.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, **Dr. Gerd Landsberg**, stattete der Hochschule am 11. Januar einen Besuch ab, um mit dem Rektor über Perspektiven einer künftigen Zusammenarbeit zu diskutieren.

Am 14. Januar war der Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landesjustizprüfungsamtes, Ministerialrat **Schenkelberg**,

anlässlich der Landesübung Nordrhein-Westfalen an der Hochschule zu Gast, um sich mit den entsandten Referendaren auszutauschen und sich vor Ort über ihre Situation im Speyer-Semester und die Angebote der Hochschule zu informieren.

Mehrere Vertreter der großen Wissenschaftsorganisationen waren am 27. Januar beim Rektor zu Gast, um mit ihm verschiedene Möglichkeiten einer Fortbildung von Wissenschaftsmanagern zu erörtern.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, **Fritz Rudolf Körper**, besuchte am 2. Februar die Hochschule. Nachdem ihn der Rektor begrüßt hatte, fand ein Gespräch mit den Professoren über Aufgaben, Struktur und die derzeitige Position der Hochschule sowie des bei ihr bestehenden Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung sowie deren Entwicklungsperspektiven statt.

560 Hörer waren es im Winter

560 Hörer haben im Wintersemester 1999/2000 an der DHV Speyer studiert. Die größte Gruppe war wie gewöhnlich die der Rechtsreferendare mit 418. Daneben waren 33 andere Referendare, 55 Aufbauhörer, 29 Doktoranden und 20 sonstige Hörer eingeschrieben.

Im unmittelbaren Anschluss an das Wintersemester 1999/2000 haben 50 Teilnehmer am verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium die Themen ihrer Magisterarbeiten übernommen und damit die Prüfungsphase begonnen. Für die Bearbeitung der Prüfungsarbeiten stehen sechs Wochen zur Verfügung. Die mündlichen Magisterprüfungen fanden am 17., 18. und 19. April statt. Am Abend des 19. April wurden die Magisterurkunden feierlich überreicht.

Eine Teilnehmerin am EMPA-Programm hält sich zur Zeit an der Universität Budapest auf. Sie wird die Magisterprüfung im Laufe des Sommersemesters ablegen (nachholen).

Zum verwaltungswissenschaftlichen Aufbaustudium im Jahrgang 2000/2001 wurden insgesamt 39 Hörerinnen und Hörer zugelassen. Bei den deutschen Hörerinnen und Hörern überwiegen die Juristen (26) vor den Sozial- (5) und Wirt-

schaftswissenschaftlern (1). Außerdem nimmt ein Raumplaner am neuen Jahrgang teil. Über die Anträge einiger Bewerber, die erst im Laufe des Aprils ihre Abschlussprüfungen beenden, soll im Umlaufverfahren entschieden werden.

Im Wintersemester 1999/2000 nahmen zum 1. November sieben ausländische

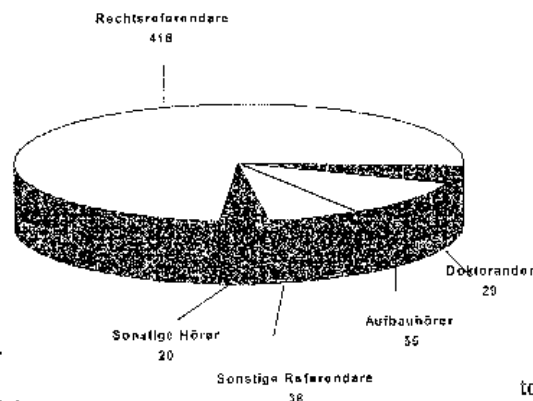
Darüber hinaus bestand die Gruppe der ausländischen Hörer im Wintersemester aus elf Teilnehmern am Verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramm, das in bewährter Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE) angeboten wird, sowie aus zehn weiteren Hörern, deren Studium von Stiftungen finanziert wurde oder die es selbst finanziert haben.

Die Gruppe der am Aufbaustudium teilnehmenden ausländischen Hörer (ohne Doktoranden) umfasste somit im vergangenen Semester einschließlich einer Hörerin im Ergänzungsstudium aus Bolivien 29 Personen. Die Hörer kamen aus der Volksrepublik China, der Mongolei, Vietnam, Marokko, Nepal, Burkina Faso, Mali, Niger, Frankreich, Rumänien, USA, Schweiz, Pakistan, Russland, Mosambik, Paraguay, Argentinien, Bolivien, Mexiko, Chile, Senegal und Tunesien.

Daneben waren 13 ausländische Doktoranden eingeschrieben, die von den Univ.-Prof. Dres. Dieter Dowendag, Rudolf Fisch, Heinrich Reinermann, Rainer Pitschas und Heinrich Siedentopf betreut wurden.

Prof. Dr. Rainer Pitschas/Dr. Egon Riffel

WS 1999/2000



Hörer, davon fünf aus Lateinamerika und Afrika sowie zwei aus Europa das verwaltungswissenschaftliche Aufbaustudium im Vorsemester auf.

In der Bibliothek konnte die Stelle des Fachreferenten für die Sacherschließung seit längerem nicht besetzt werden. Seit dem 1. Oktober ist Dr. Caroline Dupuis in diesem Bereich tätig. Dupuis ist promovierte Althistorikerin und hat die Ausbildung zur wissenschaftlichen Bibliothekarin an der Bibliotheksschule in Frankfurt absolviert.

Die Bibliothek versteht sich als eine Dienstleistungseinrichtung für Forschung und Lehre an Hochschule und FÖV. Die Hörer werden in der Semesterevaluation regelmäßig auch über ihre Zufriedenheit mit der Bibliothek befragt. Dagegen wurde bis jetzt noch nie eine ver-

gleichbare Befragung der „Dauernutzer“ durchgeführt. Organisiert von Dupuis, hatten im Dezember die Professoren, wissenschaftlichen Assistenten, Forschungsreferenten und andere Benutzer die Gelegenheit, zu zahlreichen Aspekten der bibliothekarischen Arbeit ihre Meinung zu äußern und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge zu machen. Die Fragebogen konnten in Papierform oder - erstmals - über Internet ausgefüllt werden. Die Auswertung dauert zur Zeit noch an; über ihre

Ergebnisse wird im Sommersemester berichtet werden.

Die Bibliothek kommt mit der Überführung des Karteikartenkatalogs der Altbestände in ein computerfähiges Format, der sogenannten Retrokonversion, weiter gut voran. Inzwischen sind über 100 000 Datensätze im Hause über den OPAC oder von außen über das Internet (<http://www.dhv-speyer.de/biblio/opac.htm>) abrufbar. Ziel ist es, in einigen Jahren die Kataloginformationen über den gesamten Bestand der Bibliothek von etwa

300 000 Einheiten online zur Verfügung zu stellen.

Immer mehr Hörer und andere Benutzer arbeiten mit Laptops in der Bibliothek. Wegen der damit verbundenen Tastaturgeräusche wird ihnen ein eigener Lesesaalbereich getrennt von den übrigen Lesern zur Verfügung gestellt.

Die Zahl dieser Laptop-Arbeitsplätze im Katalogbereich konnte Ende letzten Jahres erheblich vermehrt werden; außerdem sind alle diese Plätze jetzt mit geeigneten neuen Arbeitstischen und mit Stromanschlüssen versehen.

Prof. Dr. Stefan Fisch

Bericht aus der Bibliothek

Diskussion im Verwaltungsrat

Auch im Verwaltungsrat geht die Diskussion zum Thema „Hochschulentwicklung“ voran. In ihrer Sitzung am 24. November 1999 setzte sich die vom Verwaltungsrat eingesetzte Arbeitsgruppe zur Hochschulentwicklung insbesondere mit der Reform der Juristenausbildung auseinander.

Die Präsidentin des Landesjustizprüfungsamtes Rheinland-Pfalz, Marliese Itzel, zeigte zu Beginn der Sitzung die rheinland-pfälzische Sicht der Dinge auf. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren mehrheitlich mit ihr der Auffassung, dass man sich für die anstehende Reform zwar wappnen müsse, derartige Aktivitäten jedoch (noch) nicht oberste Priorität genössen. Als Schwerpunkt, den die Hochschule ausbauen sollte, wurde für die kommenden Jahre eindeutig das Thema „Europa“ identifiziert. Auch diesen Anstoß hat die Hochschule gleich im Wintersemester 1999/2000 aufgenommen und in die Tat umgesetzt. Für die Hochschule hatten die Univ.-Prof. Dres. Siegfried Magiera, der Vorsitzende des Fachausschusses für Studium und Lehre, Dieter Duwendag, der Vorsitzende des Ausschusses für die Fortbildung, Rudolf Fisch, und der Geschäftsführende Direktor des Forschungsinstituts, Karl-Peter Sommermann, sowie der Senatsbeauftragte für die Juristenausbildung, Detlef Merten, daran teilgenommen.

In der regulären Verwaltungsratsitzung im Dezember 1999 berichtete der Rektor über die Fortschritte der Arbeitsgruppe und über die Entwicklungen in der Hochschule.

Auf einer weiteren Sitzung der Arbeitsgruppe am 10. Februar berichtete ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums über das Thema Zeitprofessuren im Hochschulbereich. Dabei wurde deutlich, dass derartige Beschäftigungsverhältnisse bislang in den rheinland-pfälzischen Hochschulen nur eine ganz untergeordnete Bedeutung haben. Erörtert wurden auf der Sitzung jedoch auch inhaltliche Aspekte, so zum Beispiel Fragen einer Schwerpunktsetzung der DHV im wirtschaftswissenschaftlichen Bereich und einer Beteiligung an Fern- bzw. virtuellen Studienangeboten. Schließlich wurde eine Änderung der Leitungsstrukturen der Hochschule angesprochen. Die Möglichkeiten dafür sind bereits im DHVG angelegt. Nachgedacht wird aber auch über die Schaffung einer Experimentierklausel im Verwaltungshochschulgesetz. Bis zu der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe, die am 31. Mai in Mainz stattfinden wird, soll eine Unterarbeitsgruppe bestehend aus Staatssekretär Rüter, dem Rektor und einem Ländervertreter systematisch die künftigen Aufgabenschwerpunkte der Hochschule („Programm 2010“) mit der Entwicklung der Lehrstuhlstruktur vereinbaren. – Sicherlich keine leichte Aufgabe!

In Nachfolge von Staatssekretär Dr. Herbert Mandelartz hat Ld. Ministerialrat Wolfgang Juncker die Vertretung des Saarlandes im Verwaltungsrat übernommen. Ministerialrat Volker Rheinstädter wurde zum stellvertretenden Verwaltungsratsmitglied für das Saarland bestimmt. Als Nachfolger von Staatssekretär Dr. Michael Krapp, der zum Thüringer Kultusminister ernannt wurde, wurde Ld. Ministerialrat Jürgen Senff aus der Thüringer Staatskanzlei zum Mitglied des Verwaltungsrats für das Land Thüringen ernannt.

Sabine Brieger

Ausschüsse und Kommissionen

Strategie-Projektgruppe

Die konstituierende Sitzung der Strategie-Projektgruppe, an der die Univ.-Prof. Dres. Hans Herbert von Arnim, Eberhard Bohne, Gisela Färber, Hermann Hill, Dorothea Jansen, Siegfried Magiera und Karl-Peter Sommermann teilnahmen, fand am 22. November 1999 statt. Weitere Sitzungen waren am 9. Dezember 1999, 5. Januar und 13. Januar.

Ausschuss für das Aufbaustudium und Fachausschuss für Studium und Lehre

Die konstituierenden Sitzungen des Ausschusses für das Aufbaustudium und des Fachausschusses für Studium und Lehre fanden am 23. und 29. November 1999 statt. Sowohl Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber als auch Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag wurden als Ausschussvorsitzende bestätigt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch und Univ.-Prof. Dr. Detlef Merten wiedergewählt.

Ausschuss für die Fortbildung

Die konstituierende Sitzung des Ausschusses für die Fortbildung fand am 6. Dezember 1999 statt. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch wurde als Vorsitzender, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf als stellvertretender Vorsitzender bestätigt.

Standards der Fortbildung

Ein Qualitätszirkel der Hochschule, der sich mit den Prozessen und Standards der Fortbildung an der Hochschule befasst, wurde am 16. Dezember 1999 eingesetzt und trat am 13. Januar zu einer weiteren Arbeitssitzung zusammen. Darüber hinaus

wurde ein Arbeitskreis eingesetzt, der sich mit der Generalisierung beschäftigt.

Hochschulstrukturkommission

Am 11. Januar hat Dr. Egon Riffel in Vertretung des Rektors an der 12. Sitzung der AG II (Weiterbildung) der Hochschulstrukturkommission in Mainz teilgenommen. Im Mittelpunkt stand die Überarbeitung des Papiers „Kostenermittlung und Beitragsgestaltung“ und die erste Erörterung einer Vorlage über „Zugangsvoraussetzungen und Abschlussmöglichkeiten in der Weiterbildung.“ In der 10. Sitzung der Hochschulstrukturkommission, die am 24. Januar im Ministerium für Bildung und Weiterbildung stattfand, wurde die Empfehlung zur „Kostenermittlung und Beitragsgestaltung bei Weiterbildungsangeboten“ mit kleineren Änderungen in öffentlicher Lesung verabschiedet.

Hochschulvereinigung Speyer e.V.

Die Mitgliederversammlung der Hochschulvereinigung Speyer e.V. fand auf Einladung des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Werner Schineller, am 7. Dezember 1999 im Rathaus der Stadt Speyer statt. Für die Hochschule nahmen der Rektor und die Leiterin der Abteilung I der Hochschulverwaltung, Regierungsrätin Sabine Brieger, an der Versammlung teil, auf der der Oberbürgermeister in seinem Amt bestätigt und der Rektor in Nachfolge von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera zum Zweiten Vorsitzenden gewählt wurden. Als Mitglieder des Beratenden Ausschusses wurden Univ.-Prof. Dr. Carl Böfret, Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann und Regierungsrätin Sabine Brieger in ihrer Funktion bestätigt.

Zur Person

Geburtstage

Am 12. November 1999 feierte em. Univ.-Prof. Dr. Waldemar Schreckenberger seinen 70. Geburtstag.

Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim beging am 16. November 1999 seinen 60. Geburtstag.

Oberbürgermeister a.D. der Stadt Speyer und Ehrensator der Hochschule Dr. Christian Roßkopf wurde am 15. Januar 70 Jahre alt.

Todesfall

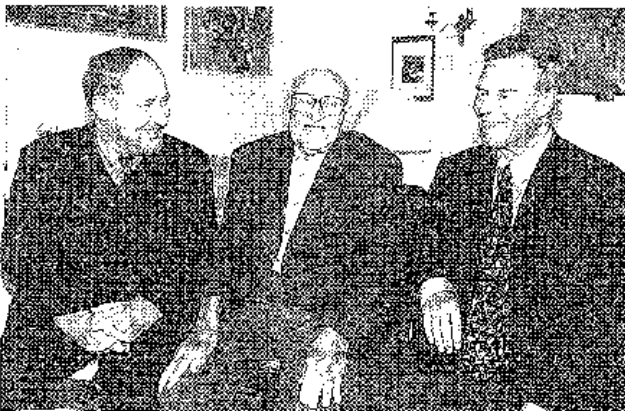
Die Hochschule trauert um ihren Ehrensator Dr. oec. Paulus Skopp, Oberbürgermeis-

ter a.D. der Stadt Speyer. Er verstarb am 29. Dezember 1999. Der Rektor nahm für die Hochschule am 6. Januar an der Beerdigung und der anschließenden Trauerfeier teil.

An der Beerdigung des verstorbenen Justizministers von Rheinland-Pfalz a.D., Peter Caesar, nahm der Rektor in Vertretung der Hochschule am 7. Januar in Idar-Oberstein teil.

Ehrung

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reimann wurde am 3. Dezember 1999 für sein „Stewenien-Projekt“ vom akademischen Senat der Universität von Ljubljana mit der Ehrung „Pro universitate labacensi“ ausgezeichnet.



Hat die Geschichte der Stadt geprägt: Dr. Paulus Skopp mit seinen Nachfolgern Dr. Christian Roßkopf und Werner Schineller. Foto: Lenz

SpeyerBrief Nr. 18

Wintersemester 1999/2000

Impressum

Herausgeber: Rektor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

Redaktion: Referat für Öffentlichkeitsarbeit der DHV Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, 67346 Speyer; Tel.: 06232/654-225; Fax: -268; E-Mail: klehr@dhv-speyer.de

Verantwortlich: Beate Klehr

Bearbeitung: Christiane Gerst

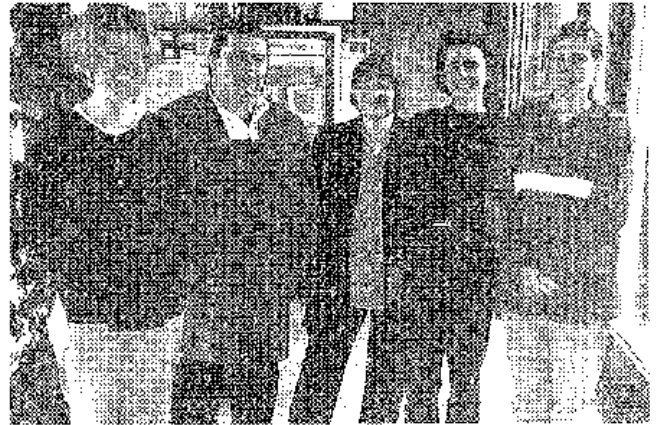
Rasterung: Forschungszentrum Karlsruhe

Satz und Druck: DHV Speyer, Druckerei Hochschule

Erscheinungsweise: einmal pro Semester, Auflage: 2200

Nachdruck bei Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars gestattet.

Fotonachweis: Helmut Bucher, Walter Bug, Beate Klehr, Volker Lenz, Klaus Venus



Neu an der DHV: Beate Günster, Dr. Caroline Dupuis, Beate Klehr, Michael Barth und Stephanie Nord. Foto: Bucher

Ein starkes Team

Neu in Verwaltung und Bibliothek

Seit 1. Oktober 1999 ist Dr. Caroline Dupuis als Fachreferentin für die Sacherschließung in der Bibliothek tätig. Die 34-Jährige Philologin und promovierte Althistorikerin hat die Ausbildung zur wissenschaftlichen Bibliothekszin an der Bibliotheksschule in Frankfurt absolviert. Sie ist unter der Nummer: 654-233 zu erreichen.

Stephanie Nord ist seit 1. Januar als Angestellte im Personalreferat der Abteilung 2 der Hochschulverwaltung beschäftigt. Zuvor war die 27-Jährige Betriebswirtin (BA) aus Römerberg im St. Vincentius-Krankenhaus/Guter-Hirte in Ludwigshafen tätig. Nord meldet sich in Personalangelegenheiten unter der Nummer 654-219.

Michael Barth hat am 1. Januar seinen Dienst als Verwaltungsarbeiter in der Abteilung 2 der Hochschulverwaltung angetreten. Zuvor war der 38-Jährige als Tiefbaupolier beschäftigt.

Am 17. Januar hat Diplom-Politologin Beate Klehr die Stelle als Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung angetreten. Sie ist auch mit den Aufgabenbereichen des Akademischen Auslandsamtes, des Wissenschaftlichen Dienstes sowie mit dem Berichtswesen betraut. Nach ihrer journalistischen Ausbildung bei der Speyerer Tagespost/Mannheimer Morgen war die 29-Jährige als Nachrichtenredakteurin beim SR-Fernsehen tätig. Ihre Durchwahl: 654-225.

Das Tagungssekretariat der Abteilung 1 der Hochschulverwaltung hat Verstärkung bekommen: Seit 14. Februar ist Beate Günster dort als Verwaltungsangestellte beschäftigt. Vorher hat die 30-Jährige als Sekretärin bei Sequencia in Ludwigshafen gearbeitet. Wer ihre Hilfe braucht, ruft die Nummer: 654-269.

Jubilare

Hans-Günter Benz, der als Arbeiter in der Abteilung 2 der Hochschulverwaltung tätig ist, beging am 18. Dezember 1999 sein 25. Dienstjubiläum.

Regina Hense, Sekretärin am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, feierte am 1. Januar ihr 25. Dienstjubiläum.

Mitarbeit in Experten- Kommissionen

Dankend hat der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck in der Mainzer Staatskanzlei den Abschlussbericht der von ihm im November 1998 ins Leben gerufenen unabhängigen Expertenkommission Nebentätigkeitsrecht, die unter Vorsitz von em. Univ.-Prof. Dr. Willi Blümel getagt hatte, entgegengenommen. Er dankte dem Vorsitzenden für die zügige Vorlage. Die Landesregierung werde die Vorschläge der Kommission nun prüfen und deren Umsetzung rasch in die Wege leiten. Dem Ministerrat sei der Bericht bereits vorgelegt worden, auch die Kommunalen Spitzenverbände würden unverzüglich informiert und in die Arbeit der Umsetzung miteinbezogen, so Beck.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen hat Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber in eine Expertenkommission zur Staatsaufgabekritik berufen. Die Kommission soll Vorschläge erarbeiten, die zu strukturellen Veränderungen der Berliner Verwaltung im Verhältnis zum Privaten Sektor sowie zum weiteren Ausgabenabbau des Landes Berlin beitragen. Vorsitzender der Kommission ist Bundesminister a. D. Prof. Dr. Rupert Scholz.

Em. Univ.-Prof. Dr. Rudolf Morsey stellte am 14. Dezember 1999 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv in München einen weiteren Band der Edition der Protokolle des Bayerischen Ministerrats nach 1945 vor (Kabinett Ehard I: 1946-1947). Der Band wurde bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften präsentiert.

„Elch-Test“ fürs Gesetz

Gesetzesfolgenabschätzung in Berlin vorgestellt

Wird ein neues Produkt auf den Markt gebracht, etwa ein Auto, werden Fahrverhalten, Kosten und seine Qualität im Vorfeld getestet. Selten so bisher bei Gesetzen. Um Auswirkungen, Kosten, Wirksamkeit und Nutzen schon vorher beurteilen zu können, hat das Land Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit Univ.-Prof. Dr. Carl Böhrer von der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer deshalb ein praktikables Verfahren zur sogenannten Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) erprobt und zwar zu einem geplanten Landeswaldgesetz. Noch bevor der Referentenentwurf vorlag, wurden verschiedene Regelungsmöglichkeiten und deren Effekte abgeschätzt und die günstigste Alternative ermittelt.

Mit dem „Elch-Test“ fürs Gesetz, wie im rheinland-pfälzischen Umweltsministerium die prospektive, also vorausschauende, Abschätzung genannt wird, wird anhand verschiedener möglicher Alternativen untersucht, ob das Gesetz sich auch so auswirkt, wie vom Gesetzgeber gewollt, ob es vom Bürger verstanden wird und ob es mehr Kosten verursacht als geplant.

Eine weitere Möglichkeit ist die begleitende GFA, mit der ein bereits vorliegendes, aber noch nicht verabschiedetes Gesetz überprüft wird – vor allem in Hinblick auf Verständlichkeit und Nutzen – sowie die retrospektive, also nachträgliche Abschätzung, bei der die tatsächlichen Folgen unter die Lupe genommen werden. Bei diesem sogenannten Gesetzes-Controlling wird erforscht, ob sich das Gesetz in der Praxis bewährt hat.

Am 11. Februar stellte Böhrer das Verfahren in einer Enquete-Kommission des baden-württembergischen Landtags vor. Intensiv wurde darüber diskutiert, wie bei mittleren und kleineren Unternehmen Bürokratiekosten gesenkt und ob sie mithilfe der GFA-Methode vorher erkannt und abgeschätzt werden können.

Am 24. Februar erläuterte Böhrer die Erfahrungen mit der GFA im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages.

Beate Kiehr

Die Belange der Länder ernst genommen

Seit Beginn seiner Amtszeit unternimmt der Rektor der DHV, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, Antrittsbesuche in den Ländern, um die Erwartungen und Wünsche der Länder an die Hochschule zu erörtern.

Seinen ersten Antrittsbesuch stattete er am 6. Oktober 1999 in der Staatskanzlei des Landes Hessen in Wiesbaden ab, wo er ein ausführliches Gespräch mit dem Chef der Staatskanzlei, Dr. Franz Josef Jung, führte. Am 21. Oktober 1999 folgte ein Antrittsbesuch beim Chef der Staatskanzlei des Freistaates Bayern, Staatsminister Erwin Huber, MdL, und am 26. Oktober 1999 beim Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Goufried Timm.

Mit dem schleswig-holsteinischen Innenminister, Dr. Ekkehard Wiennholtz, und der hamburgischen Senat für Justiz, Dr. Lore Pöschel-Gutzeit, sowie mit Staatsrat Wolfgang Prüll von der hamburgischen Behörde für Inneres sprach der Rektor am 28. Oktober 1999.

Am 29. November 1999 diskutierte er in Sachsen-Anhalt mit dem Staatssekretär im Innenministerium, Dr. Rainer Holtschneider,

sowie mit der Justizministerin Karin Schubert.

Am 22. November 1999 folgte ein Besuch beim Vorsitzenden der FDP-Fraktion des rheinland-pfälzischen Landtages, Werner Kuhn, im Abgeordnetenhaus in Mainz. Mit dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion der CDU, Christoph Böhr, traf er am 24. November 1999 und mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Joachim Mertes, am 2. Dezember 1999 zusammen.

Am 6. Dezember 1999 besuchte er den niedersächsischen Innenminister Heiner Barding. Der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller, empfing Hill am 12. Januar. Ein Antrittsbesuch in Thüringen, bei dem der Rektor neben dem Ministerpräsidenten und Ehrensenator der Hochschule, Bernhard Vogel, auch mit dem Justiz- und dem Innenminister des Landes und mit deren Staatssekretären sprach, folgte am 18. Januar.

Und am 29. März war der Rektor beim Innenminister des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm, sowie Staatssekretär Dr. Gustav-Adolf Sranke zu Gast. Weitere Besuche sollen folgen.

Nachbessern damit bald out?

Prof. Dr. Carl Böhrer zur Gesetzesfolgenabschätzung und ihrem Nutzen

Das Thema Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) wird schon seit langem diskutiert. In Speyer beschäftigt sich Univ.-Prof. Dr. Carl Böhrer mit diesem Thema.

Bundesweit stößt das hier entwickelte Verfahren auf großes Interesse. SpeyerBrief sprach mit dem Politikwissenschaftler über das Projekt.

Herr Prof. Dr. Böhrer, seit wann beschäftigen Sie sich mit der GFA?

Mit einem Teilangebot - dem Gesetzestest - schon seit 1977. Allerdings gibt es auch hier Konjunkturen: Um 1980 waren wir schon einmal sehr gefragt, dann ebte das Interesse wieder ab. Jetzt ist es - breiter - zurückgekehrt.

Was kann mit der GFA untersucht werden?

Wir unterscheiden drei Verfahrensebenen, auch Module genannt: Die prospektive GFA soll helfen, die Notwendigkeit einer Regelung und mehrere Alternativen zu ermitteln, deren erwartbare Folgen vergleichend zu bewerten und daraus die günstigste Regelungsmöglichkeit zu erkennen.

Die begleitende GFA prüft und testet nach verschiedenen Kriterien (z.B. Vollzugspraktikabilität, Kosten/Nutzen-Relation) den Referentenentwurf und optimiert ihn hinsichtlich konkreter Intentionen.

Die retrospektive GFA überprüft zu vereinbarten Zeiten die Bewährung einer in Kraft gesetzten Rechtsvorschrift, woraus auch für spätere prospektive GFAs Erfahrungen gewonnen werden. Also: idealerweise ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess.

Erstmals wurde das Regelungsvorhaben „Waldgesetz“ in Rheinland-Pfalz mithilfe der neuen GFA entwickelt und geprüft. Was ist dabei herausgekommen?

Wir hatten die einmalige Chance, an einem wichtigen Regelungsvorhaben unsere Methodik zu erproben und im Zusammenwirken mit politischer Führung und Gesetzgebungsspezialisten weiterzuentwickeln. Es konnte auch die unter Zukunftsperspektiven vielversprechendste Alternative gefunden und im Entwurfsprozess weiter optimiert werden. Der vorgelegte Entwurf ist stimmig, schlank, belastungsverträglich und zukunftsorientiert.

Sie haben das Verfahren u.a. in Stuttgart und Berlin vorgestellt. Haben der baden-württembergische Landtag und der Bundestag konkretes Interesse daran gezeigt, wo könnte es zum Einsatz kommen?

In der baden-württembergischen Enquetekommission ging es vor allem um die Reduzierung von Bürokratiebelastungen der Wirtschaft. Unsere Methoden können auch dabei helfen. Allerdings kosten Gesetze immer etwas; wichtig ist das Verhältnis von Kosten und Nutzen, wobei es sehr auf die „Verteilung“ zwischen den verschiedenen Normadressaten, aber auch zwischen heute und morgen ankommt. Diese Fragen wurden auch im zuständigen Bundestagausschuss erörtert; außerdem ging es um die GFA insgesamt, deren Nutzen für die Parlamente und die richtige Institutionalisierung. Beide Gremien (und viele andere) sind sehr am adäquaten Einsatz der GFA

interessiert. Das kann sich beim Bundestag in entsprechenden Ergänzungen von Verfahrensregeln niederschlagen. Auch Rheinland-Pfalz beschäftigt sich seit geraumer Zeit damit; die GFA soll in die GGO der Ministerien eingefügt werden.

Sie arbeiten derzeit an einem GFA-Handbuch. Für wen ist es gedacht? Gibt es darin konkrete Anweisungen, wie ein Gesetz zu beurteilen ist und folglich wie es ausgestaltet werden soll?

Das GFA-Handbuch soll den an der Gesetzgebung Beteiligten methodische Hilfen und systematische Anleitungen bieten. Es wird auch für alle Stufen GFA-Module und für die vielfältigen Methoden praktisch bewährte Beispiele vorstellen.

Die politische Zielvorgabe und die materielle Ausgestaltung eines Gesetzes verbleibt selbstverständlich bei Fachressort, Kabinett und Parlament. Das

Handbuch soll nur methodologische Hilfestellung geben und vor allem zu einer folgenbewussteren und mehrere Alternativen generierenden Arbeitsweise anleiten. Das ist schon sehr, sehr viel!

Was bringt die GFA für den Bürger?

Optimierte Rechtsvorschriften bringen alten Normadressaten Vorteile, z.B. geringere oder „gerechtere“ Belastungen, auch mehr Rechtssicherheit (missliebigeres Beispiel: 630-Mark-Gesetz). Weniger Novellierungen sparen Geld und reduzieren die Klagehäufigkeit. Das Vertrauen in Politik-Erzeugungen via verbesserter Gesetzgebung steigt.

Herr Prof. Dr. Böhrer, wir danken für das Gespräch.

Die Fragen stellte Beate Klehr



Demokratie neu denken

3. Speyerer Demokratieforum an der DHV stößt auf großes Interesse

Fünfzig Jahre nach der Entstehung des Grundgesetzes ist die Diskussion um eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch direktdemokratische Elemente in Politik und Wissenschaft immer intensiver geworden. Dabei ist die Entwicklung auf den „unteren“ Ebenen schon weiter fortgeschritten als allgemein bekannt. In allen Ländern und Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland haben die Bürger inzwischen die Möglichkeit, die Entscheidungen über Sachfragen in die eigene Hand zu nehmen, wobei die Regelungen allerdings große Unterschiede aufweisen und vielfach geradezu prohibitiv ausgestaltet sind.

Das 3. Speyerer Demokratieforum, das vom 27. bis 29. Oktober 1999 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim stattfand, behandelte das Thema unter historischen, rechtlichen und politikwissenschaftlichen Aspekten.

Dabei ging es nicht nur um mehr Bürgerpartizipation, sondern auch um die Kontrolle von Machtmissbrauch und politische Handlungs- und Reformfähigkeit.

Direkte Demokratie sei ein Thema, das alle angehe. Von Reformstau und Parteienkrise sei die Rede. „Demokratie muss neu gedacht werden“, sagte der Rektor, Univ.-Prof.

Dr. Hermann Hill, in seiner Begrüßungsrede.

„Direkte Demokratie kann und soll nicht nur ein Thema für Spezialisten sein“, betonte von Arnim.

Mit der Angst der Regierenden vor dem Volk befasste sich Diemut Majer von der Universität Bern in ihrem Vortrag. Schon von jeher habe die Angst vor dem Verlust der alleinigen Machtbefugnisse Abwehrstrategien der Regierenden ausgelöst. Heute stehe das Argument im Vordergrund, die Politik sei zu kompliziert, als dass sie der normale Bürger verstehen könne. Resultat sei, dass der Bürger aufgrund mangelnder Beteiligungsmöglichkeiten frustriert sei, was sich in

sinkenden Wahlbeteiligungen manifestiere.

Anhand von 12 Referaten hochkarätiger Fachleute verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen erörterten die über 130 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Medien und der Bürgerschaft Fragen zum Thema „Direkte Demokratie“.

Das Forum endete mit einer Podiumsdiskussion mit Dr. André Brie vom Europäischen Parlament, Gerald Häfner, Bundestagsabgeordneter a.D., Dr. Klaus Hahnzog, Mitglied des Bayerischen Landtags sowie Tim Weber vom Verein „Mehr Demokratie“ e.V.

Beate Klehr

Nachwuchs in der Wissenschaft

Neu eingestellt

Im Oktober 1999 war Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin Susanne Bantel als wissenschaftliche Mitarbeiterin für das vom DAAD finanzierte Nachbetreuungsprojekt „Verwaltungspartnerschaften mit dem Maghreb“ am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas tätig.

Seit 1. Februar ist Oberregierungsrat Thomas Freund als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl von Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten tätig.

Am 1. April hat Gertrud Auf der Mauer ihren Dienst als Referentin für Europa-Angelegenheiten an der Hochschule angetreten.

Qualität setzt sich durch

Speyerer Wettbewerb zeichnet innovative Verwaltung aus

Bereits zum fünften Mal findet in diesem Jahr der Speyerer Qualitätswettbewerb unter der wissenschaftlichen Leitung von Prof. Dr. Hermann Hill und Prof. Dr. Helmut Klages statt. Damit werden wiederum innovative Ansätze hinsichtlich Leistungs-, Qualitäts- und Kundenorientierung ausgezeichnet, die andere Verwaltungen zur Nachahmung anregen sollen.

Der Beirat hat in seiner Sitzung am 6. Dezember 1999 beschlossen, den 5. Speyerer Qualitätswettbewerb 2000 in den Themenfeldern „Bürgerorientierung“, „Electronic Government“, „Personalmanagement“, „Politik und Verwaltung“, „Public Private Partnership“ sowie „Wissensmanagement“ auszuschreiben.

Die Bewerbungsverwaltungen sollen in einer Bewerbungsschrift ausführlich zu einem dieser Themenfelder Stellung nehmen; sie müssen zudem die Abstimmung und Verknüpfung mit dem gesamten Modernisierungsprozess nachweisen.

In den einzelnen Themenfeldern werden die eingereichten Bewerbungen von speziellen Arbeitsgruppen bewertet, in denen Fachgutachter aus Wissenschaft und Praxis vertreten sind. Bewerbungsschluss ist der 31. Mai 2000.

Eine vom Beirat eingesetzte Arbeitsgruppe beschäftigt sich daneben mit der künftigen Entwicklung des Wettbewerbs. Nach beinahe einem Jahrzehnt erfolgreich veranstalteter Wettbewerbe scheint es nun an der Zeit, die Weichen für eine strategische Neuorientierung zu stellen. Hierzu hat am 4. und 5. Februar das erste Arbeitstreffen in Bad Dürkheim stattgefunden.

Nähere Informationen über den Speyerer Qualitätswettbewerb (z.B. die vollständigen Ausschreibungsunterlagen) können seit einigen Monaten auch im Internet abgerufen werden (<http://www.dhiv-speyer.de/5-Speyerer-Qualitaetswettbewerb-2000>).

Sandra Kohn

Weichen stellen für Neuorientierung

Alles nur schöner Schein?

Interview mit dem Verfassungsrechtler Prof. von Arnim zur CDU-Parteienkrise

Kaum ein anderes Thema hat in den vergangenen Monaten die Medien so beschäftigt wie der CDU-Standal und die innenpolitische Krise in Deutschland. Mit den Faktoren, die dazu geführt haben, hat sich Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim in seinem neuen Buch „Vom schönen Schein der Demokratie“ beschäftigt. SpeyerBrief sprach mit dem Verfassungsrechtler über seine Thesen.

Herr Prof. von Arnim, im Februar haben Sie Ihr neues Buch in Berlin vorgestellt. Darin erklären Sie auch, welche Faktoren im politischen System Deutschlands dafür verantwortlich sind, dass es zur CDU-Krise kommen konnte. Wie wirkt sich umgekehrt aber die Krise auf die Demokratie in Deutschland aus?

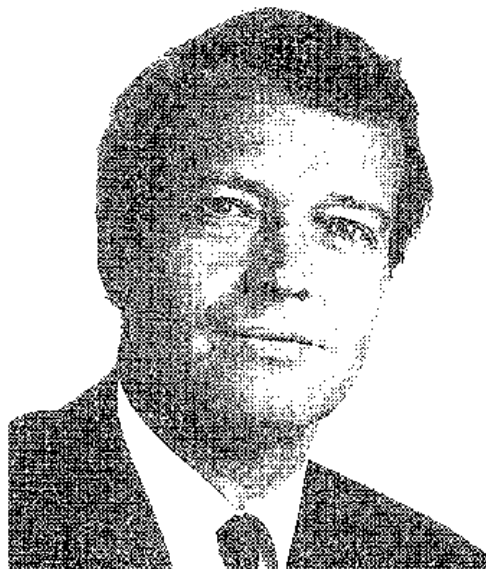
Man erkennt zunehmend, dass es sich nicht nur um eine Krise der CDU oder der Parteien insgesamt handelt, sondern auch um eine Krise der Demokratie. Wir haben weder Regierung für das Volk (Stichwort „Reformblockade“) noch Regierung durch das Volk. Der Bürger kann meist nicht einmal die Personen auswählen, die ihn in den Parlamenten repräsentieren sollen, geschweige denn über Programme entscheiden: Wer die Mehrheit im Parlament bekommt und die Regierung bildet, entscheiden meist wenige politische „Elefanten“ in Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen. Und die Regierungsmehrheit ist meist noch auf die Zustimmung des Bundesrats angewiesen. Der aber ist häufig in der Hand der parteipolitischen Opposition. Dann kann der Bürger wählen, wen er will, das Ergebnis bleibt das Gleiche.

Sie fordern mehr direkt-demokratische Elemente auch auf Bundesebene. Solche Elemente gibt es inzwischen in allen Bundesländern. Wo liegt der Erfolg?

Die einzige große Strukturreform des vergangenen Jahrzehnts, die Kommunalverfassungsreform mit der Direktwahl der Bürgermeister und Landräte, konnte nur durch (tatsächlich durchgeführte oder glaubwürdig angedrohte) Volksbegehren und Volksentscheide durchgesetzt werden. So in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und im Saarland. In Bayern wurden kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide mit einem

landesweiten Volksentscheid - gegen den erklärten Willen der dortigen Regierungspartei - eingeführt. Das zeigt: Zu bestimmten demokratischen Struktur-reformen ist die politische Klasse in den Parlamenten ohne massiven Druck von Seiten der Bürger kaum fähig.

Die Bürgermeister können bei uns direkt gewählt werden. Folge ist, dass im Rhein-Neckar-Gebiet, wie etwa in Ludwigshafen oder Heidelberg, Bürgermeister mit Ratsmehrheiten regieren, deren Partei sie nicht angehören. Blockiert das nicht eher das Verwaltungshandeln, als dass es nutzt?



Fordert mehr direkte Demokratie: Univ.-Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim. Foto: privat

Wenn die Bürgermeister direkt gewählt werden, ist es umso wichtiger, dass die Bürger auch die Mitglieder des Stadtrats auswählen können. Dem dient die Möglichkeit der Wähler, durch Stimmenhäufung bestimmte Kandidaten hervorzuheben (kumulieren) und auch andere Personen dazuzuschreiben (panaschieren). Männer und Frauen, deren Stellung auf dem persönlichen Vertrauen ihrer Mitbürger beruht, sind an guter Sachpolitik interessiert und weniger geneigt, ihren Bürgermeister aus parteipolitischen Machtüberlegungen zu blockieren. Sie sind aber auch eher bereit, einen Bürgermeister ihrer politischen Couleur hart zu kontrollieren, wenn er in der Sache Mist macht. Deshalb sollte ein Wahlrecht mit der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens in allen Ländern eingeführt

werden, z.B. auch in Nordrhein-Westfalen und im Saarland.

Sie fordern, dass auch Ministerpräsidenten direkt gewählt werden sollten. Was wäre der Vorteil? Warum sollte theoretisch ein direkt-gewählter Ministerpräsident nach seiner Wahl der Versuchung von Korruption und Machtinteressen eher widerstehen als ein von der Partei bestimmter Kandidat?

Ein direkt-gewählter Ministerpräsident würde viel wirkungsvoller kontrolliert: sowohl durch die Bürger, auf deren Wiederwahl er angewiesen wäre, als auch durch das Parlament; die Mehrheitsfraktion bräuchte ihn nicht mehr bedingungslos zu unterstützen und vor der Opposition zu verteidigen, sondern wäre für sachliche Kritik frei. Die Direktwahl würde auch der parteipolitischen Ämterpatronage tendenziell entgegenwirken. Direktgewählten kann Parteibuch- oder Vetterleswirtschaft bei anstehender Wiederwahl sehr schaden, während es dem Ministerpräsidenten bei der Wiederwahl durchs Parlament umgekehrt schadet, wenn er Patronagewünsche seiner Fraktion nicht entsprochen hat.

Die Expertenkommission unter Weizsäcker, der auch Sie angehörten, hat erfolglos Sanktionen für Verstöße gegen das Parteiengesetz gefordert. Wie beurteilen

Sie die Chancen, dass sich das politische System in Deutschland in absehbarer Zeit ändert und mehr direkt-demokratische Elemente eingeführt werden?

Nach den Beschlüssen zur Parteireform der CDU auf ihrem Essener Parteitag im April, muss die Diskussion sich jetzt der Reform des Parteiengesetzes und der Demokratiestruktur insgesamt zuwenden. Die Chancen dafür steigen. Aber es wird nicht von alleine gehen. Es geht um die Sache von uns allen. Wir müssen deshalb auch alle dazu beitragen und können nicht darauf vertrauen, dass auf wunderbare Weise von selbst eine neue Welt zustande komme.

Herr Prof. von Arnim, wir danken für das Gespräch. Die Fragen stellte Beate Klehr

Top-Seminar für Abteilungsleiter:

Das Land fit für die Zukunft machen

Wie mache ich mein Land zukunftsfähig, und welche Rolle spielt dabei die Kommunikation? Darüber diskutierten zwei Tage lang über 80 Abteilungsleiter verschiedener Ministerien aus Bund und Ländern. Erstmals veranstaltete die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill ein Seminar ausschließlich für solche Führungskräfte.

Dass es sich um ein auf den Teilnehmerkreis speziell zugeschnittenes Programm handelte, zeigte sich schon bei dem Thema des ersten Referates von Leitendem Ministerialrat Herbert Köpnick, Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen, München, über ein strategisches Managementsystem in Ministerien. Die Einführung von Kosten- und Leistungsrechnung und ein begleitendes Controlling, das auf kommunaler Ebene oder in Behörden bei Routineaufgaben unterstützen soll, ist für Ministerien oftmals ungeeignet. Daher wurde in der bayerischen Behörde ein „Strategisches Managementsystem“ eingeführt. Mithilfe dieses Systems - in Deutschland ist es laut Köpnick bislang einzigartig - wird der geschäftspolitische Rahmen als Gesamtstrategie bis auf Referatsebene in einzelne Arbeitsschritte untergliedert.

Debattierfreudig zeigten sich die Teil-

nehmer beim Vortrag von Ministerialdirigent Dr. Wolfgang Roters, Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen zum Thema „Möglichkeiten zur Überwindung von Ressortegoismen bei komplexen Regierungsaufgaben als eines der zentralen Probleme von Führungskräften in Ministerien“. Am Beispiel des Projektes IBA-Emscher Park, zeigte er, dass mit der Bildung von Agenturen, in denen die Ministerien, Vertreter der Wirtschaft und gesellschaftlicher Gruppen gemeinsam Projekte planen und realisieren, „Hausinteressen“ kanalisiert werden können.

Anstiftung zum Ungewöhnlichen

Düsseldorf, seinen Bericht über eine Untersuchung, die sich mit dem Zusammenhang von Innovation, Kommunikation und sozialem Verhalten befasst.

Zwar bezog sich die Untersuchung in

Als „Anstiftung zum Ungewöhnlichen“ verstand Dr. Rolf Berth, Geschäftsführender Gesellschafter der Akademie Schloss Garath,

ersier Linie auf Wirtschaftsunternehmen, doch die Gründe, warum einige Unternehmen erfolgreicher sind als andere, sind auch für öffentliche Verwaltungen von Bedeutung. Insbesondere wenn es um die Frage geht, wie Kommunikation gestaltet werden muss, wenn 83 Prozent der Kommunikation als nutzlos angesehen werden.

Kontrovers diskutierten die Abteilungsleiter die Ausführungen von Staatssekretär a.D. Dr. Herbert Mandelartz, ehem. Innenministerium des Saarlandes, zum Geschäftsbericht als Teil der Regierungskommunikation. Im Mittelpunkt stand vor allem die Frage: Was unterscheidet den Geschäftsbericht von der Öffentlichkeitsarbeit eines Ministeriums und wie kann mithilfe eines Geschäftsberichts die Kommunikation innerhalb der Regierung und mit dem Bürger positiv beeinflusst werden?

Kommunikation mit Bürgern wichtig

Mandelartz räumte zwar

ein, dass der Geschäftsbericht, der im Juli 1999 vom saarländischen Innenministerium erstmalig vorgelegt wurde, an einigen Stellen verbesserungswürdig sei, allerdings habe es sich dabei um einen ersten Versuch gehandelt. Eine Fortsetzung sei von der damaligen Regierung geplant gewesen. Für jeden Bericht sei ein anderer Schwerpunkt vorgesehen gewesen. 1999 habe man die Aufmerksamkeit auf den Bereich Sicherheit gelegt, der Folgebericht hätte etwa die Kommunalpolitik oder das Dienstrecht intensiver behandelt.

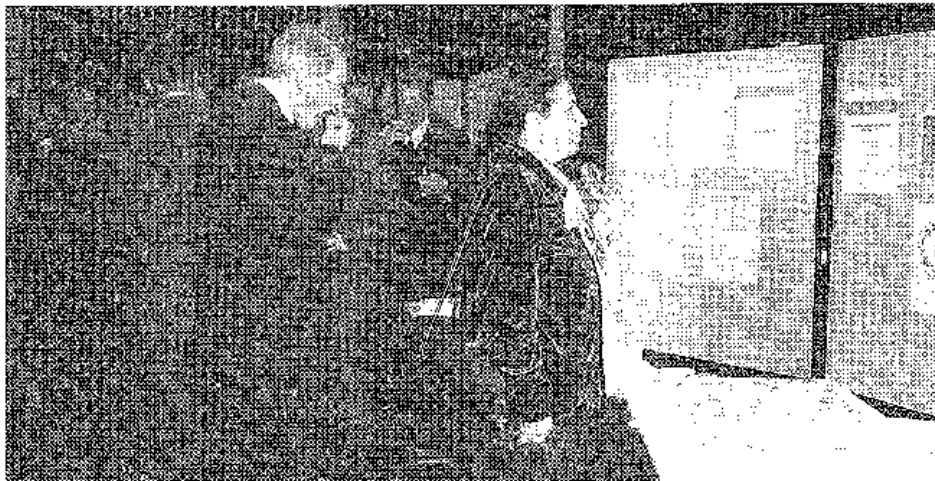
Ziel sei es, sowohl innerhalb der Behörde als auch im Verhältnis zum Bürger „Akzeptanz durch Transparenz“ zu gewinnen, sagte Mandelartz. Dazu könne ein Geschäftsbericht einen Beitrag leisten.

(Fortsetzung nächste Seite)



Projekte präsentiert: Anke Ladke, Dr. Dieter Beck und Dr. Götz Konzendorf. Foto: K'ehr

„Wissen ist der Produktionsfaktor, der sich durch Teilung vermehrt“. Diese Aussage stand im Mittelpunkt des Referats von Gustav Greve, Vice Präsident Europa der Arthur D. Little International, Berlin, das sich mit der Umsetzung von Wissensmanagement befasste. Wie viel Wissen bei Mitarbeitern in Organisationen vorhanden ist, warum es zu wenig genutzt wird und welche Auswirkungen das auf die Außendarstellung hat, sind Themen, mit denen sich nicht mehr nur Wirtschaftsunternehmen befassen, sondern zunehmend auch Verwaltungen. Allerdings müssten dann die Mitarbeiter auch bereit zum Umdenken sein. Voraussetzung sei die Bereitschaft, eigenes Wissen mit anderen zu teilen und verstärkt im Team zu arbeiten.



Auf großes Interesse stießen die Projekt-Präsentationen von Hochschule und Forschungsinstitut beim Info-Markt in der Aula. Foto: Klehr

Als „Feuerwerk an neuen Ideen“ bezeichnete Hill die Ausführungen von Dipl.-Ing. Alfons Rissberger, Geschäftsführer des Datenverarbeitungszentrums Mecklenburg-Vorpommern GmbH, Schwerin, über Führungskräfte und Informationstechnik. Rissberger, der Topmanager in die Geheimnisse des PCs und der Informationstechnik einweist, entwarf ein Szenario der Informationsgesellschaft, in der jede Organisation zu scheitern droht, die sich neuen Entwicklungen nicht offensiv stellt. Dass sich gerade auch Führungskräfte für die digitale Signatur, E-Government und E-Commerce interessieren müssten und sich der Informationstechnik nicht verschließen dürften, ergebe sich nicht zuletzt aus ihrer Stellung als strategische Planer, um Entwicklungen der Zukunft rechtzeitig zu erkennen und zu nutzen.

Neben den Fachvorträgen wurden den Teilnehmern bei einer Informations-Börse am Rande der Tagung verschiedene Projekte der Hoch-

Top-Seminar für Abteilungsleiter:

Info-Markt in der Aula

schule und des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung präsentiert.

Mit Wissen und Rat stehen Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch und Dr. Dieter Beck öffentlichen Verwaltungen zur Seite, wenn es um schwierige Entscheidungsprozesse geht. Wie, erläuterte Beck

Wissen teilen und
im Team arbeiten

an einem der Info-Stände. Den Speyerer Qualitätswettbewerb stellte Sandra Kohl vor. Vom Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung hatten sich Dr. Jörn von Lucke, Stephanie Ihringer, Dr. Götz Konzendorf und Kai-Olaf

Jessen beteiligt. Von Lucke beschäftigte sich in seinem Forschungsprojekt „Regieren und Verwalten im Informationszeitalter“ mit den zu erwartenden Auswirkungen der modernen Informationstechnologien auf den öffentlichen Sektor. Ihringer präsentierte ihr Projekt „Modernisiertes Lernen mit neuen Medien“. Jessen erklärte wie der „Speyerer Entwurf eines Mustergesetzes für eine neue parlamentarische Steuerungsordnung aussehen könnte“ und Konzendorf stellte die Forschungen der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung (WiDuT) vor. Aufgrund der großen Resonanz soll das Seminar im nächsten Jahr fortgesetzt werden.

Monika John-Koch

Von Machiavelli bis Weber

Von Machiavelli bis Max Weber reichte das spannungsreiche Angebot im Fortbildungsseminar „Von Klassikern der Politik und Verwaltung lernen“, das unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Carl Böhret vom 8. bis 10. März an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer stattfand.

Aus der Rückbesinnung auf zeitlose Analysen und Veränderungsvorschläge konnten für die derzeitigen Modernisierungsbemühungen in Staat und Verwaltung wesentliche Anregungen gewonnen werden.

Das Führungskolleg Hessen veranstaltete vom 25. bis 28. Oktober 1999 das Speyer-Seminar zur Durchführung des computergestützten Planspiels TAU (Technologie/Arbeit/Umwelt) unter der Leitung von Böhret.

Vom 24. bis 26. November 1999 fand das Follow-up-Seminar des Führungskollegs Speyer (I-IV) statt.

Forum auf der Learntec moderiert

Bei der Messe „Learntec 2000“, die vom 8. bis 11. Februar in Karlsruhe stattfand, moderierten Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill und Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann gemeinsam das Forum „Hochschule trifft Wirtschaft - Öffentliche Verwaltung“.

Komplexe Aufgaben gemeinsam lösen

Seminar „Projektmanagement und Zusammenarbeit in Projektgruppen“

Wenn in einer Verwaltung komplexe Aufgaben gelöst werden sollen und dabei der Sachverstand von Mitarbeitern aus unterschiedlichsten Bereichen gefragt ist, bietet sich die Einrichtung von Projektgruppen an. So geschehen auch beim Umzug des Parlaments und der Bundesregierung von Bonn nach Berlin. Wie dieses Großvorhaben mithilfe von Projektmanagement gemeistert wurde, erläuterte Ministerialdirigent Klaus Westkamp, Beauftragter der Bundesregierung für den Berlin-Umzug, im Rahmen des Seminars „Projektmanagement und Zu-

sammenarbeit in Projektgruppen“, das unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch vom 7. bis 9. Februar an der DHV Speyer angeboten wurde.

Die Veranstaltung richtete sich an Projektleiter und Projektmitglieder in der öffentlichen Verwaltung, die bereits Erfahrungen in der Projektarbeit haben und die diese gerne erweitern wollten. Der Organisationspsychologe Prof. Dr. Conny Antoni von der Universität Trier referierte zum Wissensstand über Gruppenarbeit als neue Arbeitsform.

Prof. Dr. Hans Georg Gemünden, Leiter des Instituts für Angewandte BWL und Unternehmensführung an der Universität Karlsruhe, sprach zum Thema „Projektmanagement und Innovationsmanagement“ und Fisch befasste sich in einem Vortrag mit der Psychologie des Projektleiters.

Den Teilnehmern der Fortbildungsveranstaltung wurde darüber hinaus in einem „Rundgespräch“ ein Erfahrungsaustausch mit projekterfahrenen Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung ermöglicht. *Beate Klehr*

Im Computerspiel komplexe Entscheidungen treffen lernen

Um als Behörden-, Abteilungs- oder Referatsleiter in der Verwaltung effektiv handeln zu können, benötigt man Techniken zur spezifischen Problemlösung, besonders wenn es um schwierige und komplexe Entscheidungen geht. Dabei gilt es, strategisch und in vernetzten Bezügen zu denken und dies auch anderen vermitteln zu können.

Wie schwierige Aufgaben bearbeitet werden können und zu welchem Erfolg oder Misserfolg die getroffenen Entscheidungen führen, wurde in dem Seminar „Handeln in komplexen, politisch-administrativen Entscheidungslagen“, das vom 4. bis 7. April stattfand, vermittelt.

Das Seminar stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch und wurde in Zusammenarbeit mit Univ.-Prof. Dr. Sieg-

fried Streufert von der Pennsylvania State University, Univ.-Prof. Dr. Glenda Nogami vom Department of Justice, Washington D.C., und den Lehrstuhlmitarbeiterinnen Anja Büchert, Anke Ladke und Inka Tehranian veranstaltet.

In einem computergestützten Planspiel galt es, schnelle und wirkungsvolle Entscheidungen im Team zu fällen. Die datengestützte Rückmeldung vermittelte ein genaues Bild von Stärken und Schwächen der individuellen und im Team gefällten Entscheidungen und Handlungsweisen. Anschließend wurden Techniken zum strategischen Entscheiden und Handeln präsentiert.

Das Seminar richtete sich insbesondere an Behörden-, Abteilungs- und Referatsleiter, die für die Bearbeitung komplexer Aufgaben verantwortlich sind.

Richtige Führung erlernt

6. und 7. Führungsseminar an der DHV

Unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch, Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann und Dr. Dieter Beck veranstaltete die DHV Speyer vom 11. bis 13. Oktober 1999 das sechste Führungsseminar für Ausbilder und Prüfer der Vermessungsverwaltung, Teil II. In einem geschlossenen, zweiteiligen Programm wurden Ausbilder und Prüfer in der Referendarausbildung der Vermessungsverwaltungen der Länder in Fragen, die Management und Führung betreffen, fortgebildet.

Die Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik (AdV), die der Innenministerkonferenz zugeordnet ist, will damit geänderten Anforderungen der Praxis entsprechen. Im zweiten Kursteil der Veranstaltung wurden die Themen „Verwaltungs-

modernisierung aus Sicht der Wissenschaft“, „Bedeutung von Multimedia für die Verwaltungsmodernisierung“, „Ansätze zur Verwaltungsreform auf Landesebene – auch im internationalen Vergleich:“ sowie „Social Fitness“ behandelt.

Das nunmehr siebte Führungsseminar, dessen erster Kursteil vom 28. Februar bis 1. März unter Leitung von Reinermann stattfand, behandelte die Themen „Einfluss der Informationstechnik auf die Verwaltungsmodernisierung“, „Verwaltungsreform: Das Neue Steuerungsmodell und seine Weiterentwicklung“, „Erwachsenendidaktik, Präsentationstechniken, Prüfungsgespräch“ sowie „Neue Steuerungsmodelle in der Anwendung: Ein Praxisbericht“. Das Programm wird mit dem 2. Teil vom 25. bis 27. September fortgesetzt. *Hans-Peter Wabro*

Wie das Umweltrecht in Europa umgesetzt werden kann

Unter dem Titel „Umsetzung der IVU-, UVP- und Seveso II-Richtlinien in Europa“ veranstaltete die DHV am 21. und 22. Oktober 1999 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Eberhard Böhne das 1. Speyerer Forum zum Umweltschutzgesetz (UGB). Ausgewiesene Experten des Umweltrechts aus Österreich, den Niederlanden, Schweden und Spanien berichteten über die Um-

setzung dieser Richtlinien in ihren Ländern. Vertreter von Bund und Ländern referierten über die integrierte Vorhabengenehmigung im Rahmen eines UGB sowie über die Umsetzung der UVP-Richtlinie bis zum Inkrafttreten eines UGB. Zum Abschluss des Forums referierte Böhne über die Entwicklung nationaler Genehmigungsrechte in Europa im Rahmen dieser Richtlinien.

Statt Politikverdrossenheit schüren, Gesellschaft mit Engagement „infizieren“

„CIVITAS - Netzwerk bürgerorientierter Kommunen“ - so nennt sich ein Arbeitskreis aus Politikern, Verwaltungsexperten und ehrenamtlich engagierten Bürgern, der „von unten“ eine Stärkung der Demokratie in unserem Lande anstrebt. Am Anfang dieses Netzwerks stand ein Wettbewerb, den die Bertelsmann Stiftung in Güttersloh 1998 gemeinsam mit dem Verein aktive Bürgerschaft e.V. in Münster ausgeschrieben hatte, um besonders kreative Formen der „Bürgerkommune“ zu finden.

Bürgerorientiert ist eine Gemeinde, wenn sie ihre Bürger an den kommunalen Entscheidungen umfassend beteiligt, wenn Bürger Aufgaben in eigener Verantwortung übernehmen und wenn das Engagement der Bürger mit gezielten „Hilfen zur Selbsthilfe“ unterstützt wird.

Will man breite Wirkungen erzielen, ist es mit einer Preisverleihung nicht getan. Deshalb wurde allen Gemeinden, die in die Endrunde des Wettbewerbs gekommen sind, die Möglichkeit gegeben, miteinander ein längerfristig angelegtes Netzwerk aufzubauen. Regelmäßige Treffen des ganzen Netzwerks oder einzelner Netzwerk„knoten“ sollen dazu dienen, untereinander Erfahrungen auszutauschen, auf dem Weg zur bürgerorientierten Gemeinde weiter zu kommen und weitere Bürger und Gemeinden anzuregen. Zum Netzwerk gehören große Städte (Bremen, Leipzig) und kleine (Nürtingen, Viernheim), klassische Universitätsstädte (Tübingen), Industriestädte (Södingen) und

ländlich-suburbane Gemeinden (Weyarn im Isartal).

In unserer Hochschule fand am 9. und 10. März die zweite Plenartagung dieses bunten Netzwerks statt, geleitet von Ansgar Wimmer, dem zuständigen Projektleiter bei der Bertelsmann Stiftung in Güttersloh (der ein ehemaliger Speyerer ist) und Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch.

Das allgemeine Programm kreiste um die Frage, welches unausgeschöpfte Potential zu ehrenamtlicher Tätigkeit in

stellte darin erste Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von über 15 000 Deutschen im letzten Jahr vor und erläuterte sie.

Hochgerechnet sind ein Drittel der Deutschen freiwillig unbezahlt für andere aktiv, und ein weiteres Drittel wäre grundsätzlich bereit dazu. Allerdings verbindet man mit Ehrenamt noch immer stark ein Gefühl totaler „Aufopferung“, das einem konkreten Engagement im Wege steht - obwohl die übergroße Mehr-

heit: Heute steht an erster Stelle, dass eine ehrenamtliche Tätigkeit persönlich befriedigt und „Spaß macht“. Daraus erklären sich auch die Wünsche der engagierten Bürger an Politik und Verwaltung: Nicht etwa Geld, sondern mehr Anerkennung des Geleisteten wird an erster Stelle erwartet.

Den weiteren Verlauf des Netzwerktreffens bestimmten interne Arbeitsgruppensitzungen zur weiteren Umsetzung der gemeinsamen Ziele. Vor allem der Vorschlag, unter aktiver Beteiligung der Bürger eine regelmäßige kommunale „Demokratieberichterstattung“ aufzubauen, soll schon demnächst (in Tübingen) erstmals in die Praxis umgesetzt werden.

Ein abendlicher Empfang durch Oberbürgermeister Schineller im historischen Rats-



Empfang der Stadt: Oberbürgermeister Werner Schineller zusammen mit Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch.
Foto: Lenz

unserer Gesellschaft noch schlummert und wie man es aktivieren könnte.

Einen hochaktuellen Einstieg dazu gab ein Vortrag von Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages über „Ehrenamtliches Engagement - Gegenwart und Zukunftsperspektiven“. Er

heit der Engagierten für diese Tätigkeit klare Grenzen setzt und nicht mehr als fünf Stunden in der Woche aufwendet. Die Bereitschaft zum Engagement ist durch den Wandel gesellschaftlicher Werte keineswegs gesunken, nur die Motivation hat sich ver-

saal der Stadt Speyer mit Besichtigung des neugestalteten Trausaales und ein Nachtkonzert in der barocken Dreifaltigkeitskirche (an der Orgel Diethelm Kaufmann) rundeten das Programm ab.

Prof. Dr. Stefan Fisch

Unterwegs zur Cyber-Behörde

68. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung: Eröffnung mit Herzog und Glotz

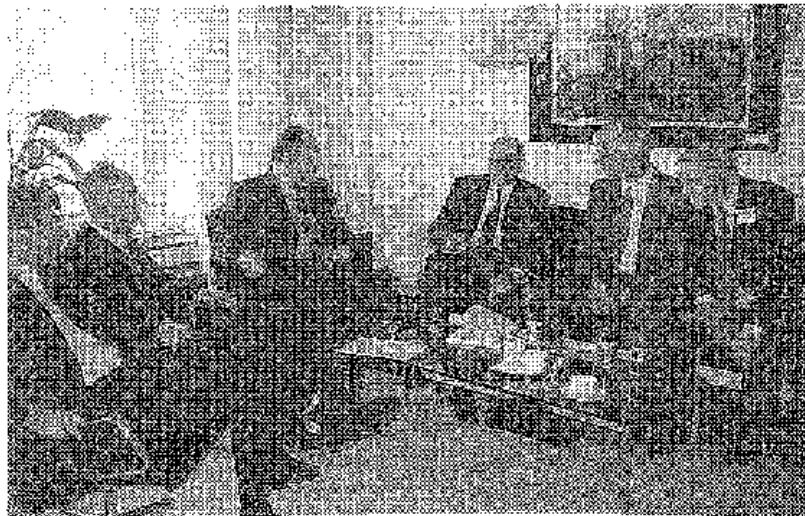
Mehr als 420 Teilnehmer konnte die DHV zur traditionellen Frühjahrstagung unter dem Motto „Regieren und Verwalten im Informationszeitalter – Unterwegs zur virtuellen Verwaltung“ vom 15. bis 17. März begrüßen. Eröffnet wurde die Veranstaltung, die unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann stand, von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Roman Herzog und dem St. Gallener Universitätsprofessor Dr. Peter Glotz.

Der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, begrüßte die Vertreter aus Bund und Ländern, der Stadt Speyer und privaten Unternehmen sowie Gäste aus neun Staaten. In den vergangenen sechs Monaten sei die Zahl der Internet-Nutzer um 56 Prozent gestiegen. Das zeige, wie top-aktuell das Thema der Tagung sei. Bald sei ein „Bürgerrecht auf Online-Zugang“ denkbar.

Durch die Angebote der Verwaltung im Internet verändere sich aber auch die Erwartungshaltung der Bürger in Bezug auf Öffnungszeiten, Dienstleistungen und Wartezeiten. Auch die Hochschule bleibe hierbei am Ball: Geplant sei ein Mix aus Selbststudium mit online-Lernphasen und persönlichem Kontakt, erklärte Hill. Sein Aufruf: „Come to Speyer - wir surfen nicht nur, wir machen die Wellen“.

Dem Thema „Der Staat im Cyberspace: Die Rolle des öffentlichen Sektors im Zeichen globaler Vernetzung“ widmete sich Ex-Bundespräsident Herzog in seiner Rede. „Die moderne Gesellschaft ist dynamisch. Entwicklungen ge-

hen schnell voran, wobei man kaum voraussagen kann, wohin sie gehen“, erläuterte Herzog. „Kein Land ist mehr fähig, einen eigenen Kurs der Entwicklung zu steuern. Dabei gibt es Tempo-Unterschiede“, sagte Herzog. Es stiele sich die



Experten unter sich: Hochschul-Rektor Prof. Hermann Hill, Prof. Peter Glotz, der Oberbürgermeister der Stadt Speyer, Werner Schineller, Prof. Dr. Roman Herzog, Prof. Jerry Mechling und Prof. Dr. Heinrich Reinermann im Gespräch. Foto: Klehr durch

Frage, wie sich die Menschheit in der Übergangsphase zur neuen globalen Gesellschaft verhalten solle. Soll die westliche Welt ihre Erfahrungen auch anderen Kulturen nahe bringen, wie etwa eine Menschenrechts- oder allgemeine Friedensordnung? Er habe die Erfahrung gemacht, dass be-

stimmte Regionen wie etwa asiatische Länder westliche Technik und Produktionsziele übernehmen, mit der Gefahr, ihre über Jahrtausende gewachsene Identität einzubüßen. Umgekehrt müsse die deutsche soziale Marktwirtschaft immer mehr mit Systemen der reinen Marktwirtschaft konkurrieren, die ökonomisch infolge niedrigerer Sozialkosten überlegen seien.

„Deshalb muss unsere Produktionstechnik anderen um Pferdeklängen voraus sein“, so Herzog. Auch sei es fraglich, ob die deutsche Staatsorganisation dem Entscheidungstempo in der global-vernetzten Welt standhalten könne. Es

Vorteile der globalen Vernetzung sieht Glotz in der Politik: Die Abschottung von Diktaturen würde erschwert, „die Macht, die Goebbels damals hatte, wäre heute nicht mehr möglich“. Zwar verböten einige Staaten noch immer ihren

Bürgern den Internet-Zugang „doch das wird nicht haltbar sein“.

Für den Staat stelle sich das Problem, flexibel reagieren zu müssen. Dass das repräsentative

müssten flachere Hierarchien geschaffen werden. „So wird sich das System nicht mehr lange halten können. Die Verwaltung kann nicht ewig nachhaken. Sie muss ihre Entscheidungsstrukturen grundlegend überdenken“.

Welche Auswirkungen ein globaler „virtueller

Kontinent“ haben könnte, erläuterte Glotz. Durch die neuen Technologien drohten einige traditionelle Gewerbe, wie etwa der Buchhandel, zu verschwinden. Der Manager werde keine Sekretärin mehr brauchen, sondern seine Termine selbst im Internet oder Notebook verarbeiten. Die tägliche Arbeit werde künftig auch per Laptop von Spanien aus geleistet werden können.

Computerabstimmungen ausgehebelt würde, hält Glotz hingegen für unwahrscheinlich. Deshalb sollte man den neuen Entwicklungen weder mit Verdammnis noch mit zu großer Euphorie begegnen. „Es wird weder ein neues athenisches Zeitalter geben, noch wird die repräsentative Demokratie zu Grunde gehen“.

Im Folgenden sprach unter anderem Staatssekretär a.D. Dr. Thilo Sarrazin zum Thema „Wie sich die private Wirtschaft eine öffentliche Verwaltung im Informationszeitalter wünscht.“

Staatssekretärin Brigitte Zypries vom Bundesministerium des Innern referierte zum Verhältnis von Bürger, Politik und Verwaltung im Informationszeitalter.

(Fortsetzung nächste Seite)

Deutsches System muss modernisiert werden

Auf zur Informationsgesellschaft

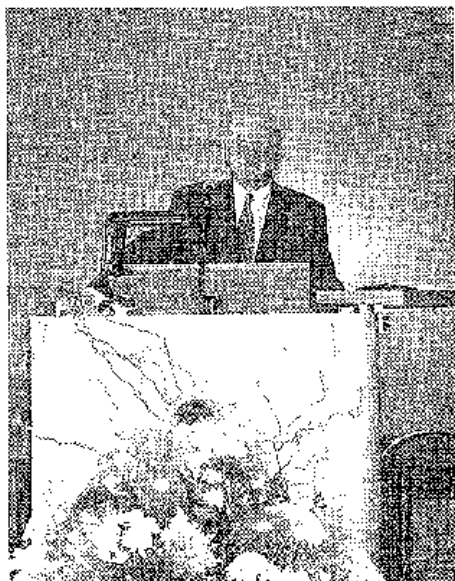
Weitere Referenten gaben Einblicke in Rechtsfragen der Informationsgesellschaft, die Rolle digitaler Signaturen und die Sicherheit von Verwaltungsinformationssystemen.

Außerdem ging es um den Einfluss der neuen Informationstechniken auf die Struktur und Organisation der Verwaltung. Wie sie sich im öffentlichen Dienst

Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, über die Effizienzrevolution in der öffentlichen Verwaltung.

Fünf Panels zu Schwerpunktthemen

Weitere Höhepunkte waren fünf Panels zu aktuellen Schwerpunktthemen von Informationstechnik und Verwaltung, nämlich „V24: Verwaltung 24 im internationalen Webtest“, „Di-



Der Staat im Cyberspace: Ex-Bundespräsident Roman Herzog bei seiner Vortrag. Foto: Klehr

auswirken, untersuchte die Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales des Saarlandes, Dr. Regina Görner.

Abgerundet wurde die dreitägige Veranstaltung mit Beiträgen zum Management von Wissen und Technik sowie einem Vortrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Bert Rittnap,

digitale Signaturen“, „Cyberspace und Cybercrime“, „Die Rolle der Rechenzentren“ sowie „Elektronische Vorgangsbearbeitung“.

Fotos zur Tagung können auch im Internet unter der Adresse <http://www.dhv-speyer.de/reif/2k> abgerufen werden.

Beate Klehr

Begrenzungen werden aufgehoben

Die neuen Informationstechnologien haben Einzug in die Verwaltung, eine neue Informationsgesellschaft wird entstehen. Was sich dadurch verändern wird und wie der Weg dorthin eröffnet werden kann, wollte SpeyerBrief von Univ.-Prof. Dr. Reiner Mann, Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft und Verwaltungsinformatik, erfahren.

Was wird sich durch die neuen Technologien in der Verwaltung verändern?

Die Hauptveränderung ist, dass eine virtuelle Verwaltung entstehen wird. Die Verwaltungsstrukturen von Bund, Ländern, Kommunen und der EU sind sehr differenziert. Aufgrund der Internet-Technologien werden für alle Adressaten diese komplexen Strukturen virtuell zusammengefasst.

Der Zugang zur Verwaltung wird durch Portale eröffnet. Sie erschließen Zugänge zu bestimmten Themengebieten, die nach Lebenssituationen zusammengefasst sein könnten wie etwa die Arbeitsverwaltung, Bauen oder Soziales.

Überall sind die Verwaltungen dabei, sich neu zu orientieren. Dabei muss man nicht über die Abschaffung von Strukturen wie Länder oder Kommunen sprechen. Mit dem Internet können komplexe Strukturen überwunden werden. Dabei ist es egal, ob die Behörde in Mainz oder Brüssel sitzt. Auch wird die Vernetzung zwischen Wirtschaft und Verwaltung zunehmen. Räumliche und zeitliche Begrenzungen werden aufgehoben. Die Bürger können die Verwaltung sieben Tage in der Woche und 24 Stunden am Tag aufsuchen.

Welche Probleme resultieren daraus?

Ein Problem ist, wie die Arbeit zu bewältigen sein wird. Es steht an, Inhalte in die Portale zu bringen und herauszufinden, worüber sich die Bürger auf Mausklick informieren wollen. Es stellt sich damit

zugleich das Problem der Qualifizierung der Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst.

Welche Verwaltungsstrukturen müssen noch verändert werden, damit der Weg zum globalen virtuellen Kontinent offen steht?

Letztlich wird die Vollaussstattung der Arbeitsplätze mit multimediafähigen Zugängen zum Internet erforderlich sein. Auch sind die Netze noch auszubauen. Ebenfalls ist es natürlich wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den neuen informationstechnischen Möglichkeiten haben. Dies kann ein unmittelbarer Zugang über PC, Fernsehen oder Telefon zu Hause oder im Büro sein, aber genauso auch ein unmittelbarer über Bürgerämter und andere Anlaufstellen der Verwaltung.

Wird die virtuelle Verwaltung vom Bürger angenommen werden?

Das ist zunächst die schon angesprochene Frage der Ausstattung. Wir haben zur Zeit in Deutschland 16 Millionen Internet-Anschlüsse, wir müssen auf weit höhere Zahlen kommen. Die nötige Anschlussdichte muss vorhanden sein.

Auch weiterhin wird es natürlich Menschen geben, die mit den neuen Technologien Probleme haben. Aber wir haben ein dichtes Netz an Rathäusern und eine gute Kommunalverwaltung mit Bürgerämtern als Anlaufstellen mit menschlichem Zugang. Ich glaube, wir brauchen uns vor einer Zwei-Klassen-Gesellschaft nicht zu fürchten.

Welche konkreten Ergebnisse hat die Tagung gebracht?

Sie hat einmal ein überwältigendes Interesse der deutschen Verwaltungspraxis gezeigt. Und sie hat eine gewisse Einheitlichkeit in den Strategien und einzuschlagenden Richtungen gezeigt.

Herr Prof. Reiner Mann, wir danken für das Interview.

Die Fragen stellte Beate Klehr

Vorträge

Die von der Stiftung „Gesellschaft für Rechtspolitik“, Trier, vom 5. bis 8. Januar veranstalteten und unter der Schirmherrschaft der Bundesministerin der Justiz stehenden „37. Bitburger Gespräche“ widmeten sich in diesem Jahr dem Generalthema „Die Krise der gesetzlichen Rentenversicherung und Wege zu ihrer Überwindung“.

Im Rahmen des Gedankenaustausches zwischen namhaften Vertretern aus Wissenschaft und Politik hielt Univ.-Prof. Dr. Dr. Dettlef Merten einen Vortrag zum Thema „Staatsaufgabe Alterssicherung“.

Am 29. Oktober 1999 hielt Merten auf der 41. Jahrestagung der Gesellschaft für Geistesgeschichte e.V. einen Vortrag zum Thema „Anforderungen an das Beamtentum aus der Sicht preußischer Traditionen“. Die Tagung, die in Zusammenarbeit mit dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien e.V., der Wilhelm-Fraenger-Gesellschaft e.V. und der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V. veranstaltet wurde, stand unter dem Titel „Preußischer Stil. Leitbilder in Staat, Politik und Gesellschaft der Wilhelminischen Epoche“.

Wie kann unsere

10. Speyerer Sozialrechtsgespräch in

Steht unsere Altersversorgung an einem Wendepunkt? Diese Frage stand im Mittelpunkt des 10. Speyerer Sozialrechtsgesprächs, das am 20. und 21. März an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer stattfand.

Veranstaltet wurde die Tagung gemeinsam mit der Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz. 250 Teilnehmer konnte Univ.-Prof. Dr. Dr. Dettlef Merten in Vertretung des Rektors in Speyer begrüßen, darunter auch die Landtagsabgeordnete Ingrid Pahler, Friederike Ebli, Dr. Georg Gölter sowie Vertreter der Kirchen, der Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Richter der Sozialgerichte.

„Als wir 1991 diese sozialwissenschaftliche Veranstaltung ins Leben gerufen haben, wollten wir Wissenschaft, Praxis und Politik zusammenführen“, erläuterte Dieter Kretschmer, Vorstandsvorsitzender der LVA, das Anliegen der Veranstaltung. Die Rentenversicherung stehe vor großen Herausforderungen. Die heutige Alterssicherung sei eine Ernun-

Generationenvertrag in der Schieflage

gungsgeschichte, die nicht ohne weiteres preisgegeben werden dürfe. Derzeit werde immer wieder die Frage diskutiert, ob das Rentenversicherungssystem fortentwickelt oder die staatliche Alterssicherung von privater kapitalgedeckter Vorsorge abgelöst oder ergänzt werden solle. Dies habe dazu geführt, dass die Menschen immer weniger auf die Zukunftsfähigkeit des Rentensystems vertrauten. „Das halte ich für bedenklich. Denn Vertrauen in die soziale Alters-

versorgung ist eine Grundvoraussetzung für ihren Bestand“, so Kretschmer. Zwar seien ergänzende Säulen der gesetzlichen Altersversorgung wünschenswert, sie sollten aber nicht zur dominanten Alterssicherungskomponente werden.

Die Wiederherstellung der Solidarität und des solidarischen Gedankens hob auch Dr. Richard Auernheimer, Staatssekretär im rheinland-pfälzischen Sozialministerium, hervor. Er sprach sich für eine offene Diskussion aus, in der es möglich sein müsse, verschiedene Alternativen nebeneinander zu stellen.

„Die Systeme der Alterssicherung stehen vor großen Herausforderungen“, erklärte der Oberbürgermeister der Stadt Speyer, Werner Schineller, in seinem Grußwort. Der Generationenvertrag sei aus demographischen Gründen in eine Schieflage geraten. Es sei „unabdingbar, die Finanzkraft der Rentenversicherungssysteme langfristig stabil zu halten“. Gerade auch die jüngere Generation müsse sich darauf verlassen können,

das ihre Altersvorsorge langfristig gesichert sei. Er hoffe, dass von der DMV Speyer auch für die derzeitigen Rentenreformdiskussionen in Berlin Impulse ausgingen, so Schineller.

Die Frage, ob es einen Verfassungsauftrag zur Altersversorgung gibt, erörterte Prof. Merten in seinem Vortrag. Mit der grundgesetzlichen Proklamierung des sozialen Bundesstaats und Rechtsstaats sei nichts über die Altersversor-

gung ausgesagt. Zweifellos sei der Staat in diesem Bereich zum Handeln ermächtigt. Aber auch verpflichtet? Seit Bismarck sehe der deutsche Staat eine Grundsicherung für Kranke und Alte vor. „Was bliebe von den Traditionen, wenn der Staat frei entscheiden könnte, ob er Vorsorge für Alte, Kranke und Invalide treffen wolle

Mindestvoraussetzungen schaffen

oder nicht“, so Merten. Im Grundgesetz sei allerdings nicht festgeschrieben, wie das System der Altersvorsorge ausgestaltet sein muss. Der Gesetzgeber sei frei, auch über andere Formen der Alterssicherung nachzudenken. Das derzeitige Sozialversicherungssystem genieße laut Bundesverfassungsgericht keinen Verfassungsschutz. Der Staat sei verpflichtet, Mindestvoraussetzungen für eine Alterssicherung zu schaffen, es sei aber nicht seine Pflicht, den Bürger vor allen Gefahren zu schützen. Ungeachtet einer Grundvorsorge liege es in der Freiheit des Bürgers, selbst zu entscheiden, ob er sparen oder konsumieren und somit im Alter weniger oder mehr Geld zur Verfügung haben möchte. In der anschließenden Diskussion unter Leitung des Direktors der LVA, Hartmut Hüfken, stellte sich Merten den Fragen der Teilnehmer.

Die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland beleuchtete Johana Hahnen, Präsidentin des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden. Die Zahl der Rentenzahler nimmt stetig ab: Um den derzeitigen Bevölkerungsstand zu halten, müssten 1 000 Frauen 2 100 Babys gebären. Zur Zeit sind es allerdings nur 1 400. Auch die Lebenserwartung, der entscheidende Faktor für die Alterssicherung,

Rente gesichert werden?

Zusammenarbeit mit der LVA an der DHV

steige weiter: bis zum Jahr 2040 um zwei bis drei Jahre. Auch die Zuwanderung von jährlich 100 000 Personen könne diese Entwicklung nicht ausgleichen. Diese Fakten seien bereits seit drei Jahren bekannt. Und an diesen messbaren Sachverhalten werde sich auch nichts ändern: Denn alle Kinder, die 2040 ins Rentenalter kommen, seien schon geboren. Stärkere Zuwanderung sei eine Alternative, „man muss aber die Dimensionen im Blick haben“, sagte Hahler.

Dr. Walter Altherr von der CDU-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, Ingrid Pahler, Sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, und Werner Rehn vom Landesvorstand Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz.

Die Bundesregierung habe seit 1999 vier Grundsätze verwirklicht: die steuerfinanzierte Grundsicherung, die eigenständige Stellung der Frau im Alter, die Einbeziehung der Be-

sich Altherr aus. „Das Leistungsprinzip muss weiter Bestand haben“, so Altherr. Die CDU bevorzuge ein Drei-Säulen-Modell mit einer Betriebsrente und einer privaten Vorsorge neben der gesetzlichen Rente. Das Umlageverfahren solle beibehalten werden.

Das System solle im Kern beibehalten werden, meinte auch Pahler. Aber „die ständigen Beteuerungen, die Rente sei sicher, hat uns auch nicht weiter gebracht“. Den Gang in eine steuerfin-

nanzierte Grundrente werde die FDP nicht mitgehen. Die Anpassung an den Demographiefaktor sei der richtige Schritt. Die private Vorsorge werde nur ziehen, wenn diejenigen, die für die Rente ansparen, steuerlich entlastet würden. Statt einer Betriebsrente könnte auch in einen Pensionsfonds einbezahlt werden, der auch bei einem Konkurs des Betriebes und Job-Wechsels stabil bleibe, so Pahler.

Rehn sprach sich dafür aus, die private Vorsorge zu stärken. Dennoch könne dies nicht

das bestehende Rentensystem ersetzen. Wichtig sei es derzeit, die Zustimmung der jungen Generation zu gewinnen und den Sozialstaat zustimmungsfähig zu machen. Eine Mindestleistung im Alter sei notwendig, weil es künftig stärkere Wechsel zwischen Teilzeit, Vollzeit und Kindererziehungszeiten im Berufsleben jedes Einzelnen gebe.

Ruland hielt eine Absenkung des Nettorentenniveaus bis 2030 auf 64 Prozent für zumutbar. Die Anpassung an den Demographiefaktor, der Ausgleich für die höhere Lebenserwartung, sei eine vernünftige Lösung. Beim Rentenkonsens lägen die Parteien im Übrigen nicht so weit auseinander wie es scheine.

Beate Klehr

Vorträge

Anlässlich des am 6. Oktober 1999 von der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) veranstalteten Workshops „Telekooperative Verwaltung GI '99“ in Paderborn hielt Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann einen Vortrag zum Thema „Vernetzung als Grundlage der telekooperativen Verwaltung“.

Einen Vortrag zum Thema „Einfluss der Internettechnologien auf das Muster des Verwaltungshandelns“ hielt Reiner mann am 15. Oktober 1999 auf der Veranstaltung KommOn des Deutschen Städtetages in Weimar.

Auf dem 31. Landräteseminar des Bayerischen Landkreistages vom 19. bis 20. Oktober 1999 in St. Englmar referierte Reiner mann über „Die Internetrevolution und ihre Bedeutung für die Kommunalverwaltung“.



Über das Rentensystem diskutiert: 10. Speyerer Sozialrechtsgespräch unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Detlef Merten in Zusammenarbeit mit der LVA. Foto: Klehr

Zum Abschluss des ersten Tages berichtete Dr. Hans-Joachim Reinhard vom Max-Planck-Institut München über „Europäische Modelle obligatorischer oder freiwilliger Altersvorsorge“.

Über eine Neugestaltung der Rentenformel im bestehenden Umlageverfahren referierte Prof. Franz Ruland, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt. Die Ergebnisse der Vorträge wurden in einer abschließenden Podiumsdiskussion unter Leitung von Walter Kammegeßer, Wirtschaftsjournalist aus Bonn, erörtert. Auf dem Podium: Peter Dreßen, Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung,

rufs- und Erwerbsunfähigkeit ins Rentensystem und die Wiederherstellung der Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, sagte Dreßen. Durch das 630-Mark-Gesetz, das zur „Scheinselbständigkeit“ und die Ökosteuerreform habe die Bundesregierung Geld in die Rentenkasse gebracht. Die SPD setze auf eine Grundsicherung im Alter. Zwar bezügelten die Menschen künftig wegen unregelmäßiger und häufig unterbrochener Arbeitszeiten, etwa durch Kindererziehungszeiten oder Arbeitslosigkeit, weniger Rente, sollten aber deshalb dennoch nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein. „Wir wollen das Rentenniveau bei 67 Prozent halten. Da ist eine Grenze erreicht“.

Gegen eine Grundsicherung sprach

Informatik- tage 1999

Die ersten „Informatik-tage“ in Bad Schussenried fanden am 12. und 13. November 1999 statt.

Ziel der Veranstaltung ist die Förderung des Nachwuchses.

110 Teilnehmer stellten ihre Arbeiten vor, die von den Vertrauensdozenten der Gesellschaft für Informatik vorgeschlagen und bewertet worden waren. Unter den Teilnehmern war auch der Aufbauhörer Jörg Sewald, der von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann mit seiner Seminararbeit „Das virtuelle Rathaus“ benannt worden war.

Von neuer Technik profitieren

SpeBit bereitet Führungskräfte aufs Internetzeitalter vor

Die gegenwärtige Entwicklungsstufe der Informationstechnik wirft vielschichtige Fragen von großem verwaltungspolitischen Gewicht auf und macht deshalb gerade eine Fortbildung der Verwaltungsführung in diesem Bereich notwendig. Themen wie Verwaltungsmodernisierung, Finanzkrise der öffentlichen Haushalte, Wissensgesellschaft oder Internet sind als einschlägige Schlagworte zu nennen, welche die Diskussionen in der und um die öffentliche Verwaltung prägen.

Mit SpeBit (Speyerer Seminar für Büro- und Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung) hat die Hochschule ein Fortbildungsseminar in ihrem Programm, das diesen Bedarf decken will. Im Mittelpunkt steht die Gestaltung und Bewertung des Technikeinsatzes sowie seiner Potentiale und Folgen durch die Führung. Wie die derzeit erarbeiteten Strategien der Verwaltungsentwicklung von entsprechenden Strategien der Informationssystementwicklung profitieren können, zieht sich wie ein roter Faden durch die Veranstaltung.

Die Zielgruppe bilden Führungskräfte aus Ministerien, Inhaber entsprechender Positionen in Parlamenten und Gerichtsbarkeit sowie die

Führungsspitze der Ober- und Mittelbehörden.

Das fünfzehnte Speyerer Seminar für Büro- und Informationstechnologie in der öffentlichen Verwaltung (SpeBit), Teil B, fand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reinermann vom 20. bis 22. Oktober 1999 statt.

22 Teilnehmer aus Bundes- und Landesbehörden diskutierten drei Tage lang mit hochkarätigen Referenten intensiv über ausgewählte Themen der Informationstechnik.

Im Blickpunkt der Veranstaltung standen die Herausforderungen der Informationsgesellschaft für den öffentlichen Sektor. Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung referierten unter anderem über Netzinfrastrukturen, Sicherheit in einem Landesverwaltungsnetz, Einfluss der Internettechnologien auf das Verwaltungshandeln, Aufgaben von Rechenzentren, Visualisierung durch Computersimulationen für Planung und Partizipation in der öffentlichen Verwaltung, Workgroup- und Workflow-Computing, regionale Netze sowie Management von IT-Systemen.

Hans-Peter Wabro

So lassen sich Ministerien organisieren

Forum „Ministerien und nachgeordneter Bereich“

Fragen der Organisation von Ministerien und ihrem nachgeordneten Bereich standen im Zentrum des Forums „Ministerien und nachgeordneter Bereich - Organisation, Abschichtung, Steuerung“, das vom 22. bis 24. März unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. König an der DHV Speyer stattgefunden hat.

Einführend stellte Prof. König Ansätze zur Modernisierung der Ministerialverwaltung im internationalen Rahmen vor.

Auf die Probleme der ministeriellen Arbeitsteilung zwischen Bonn und Berlin ging Ministerialdirektor Ernst Hüper, Leiter der Zentral-Abteilung des Bundeskanzleramtes, in seinem

Vortrag ein. Und welchen Einfluss die Landesparlamente auf die Organisation der Ministerien haben, erläuterte Ministerialdirigent Gerd Stehler, Leiter der Abteilung „Organisation“ im Innenministerium Nordrhein-Westfalen.

Ministerielle
Arbeitsteilung
thematisiert

Der Donnerstag Vormittag war dem Thema „Reorganisation des nachgeordneten Bereichs“ gewidmet. Thematisiert wurden sowohl die Gestaltung allgemeiner mittlerer Verwaltungsbehörden als auch die Entwicklung von Sonderbehörden. Am Nachmit-

Instrumente der
Fachaufsicht
diskutiert

tag standen Formen öffentlicher Unternehmen auf dem Programm.

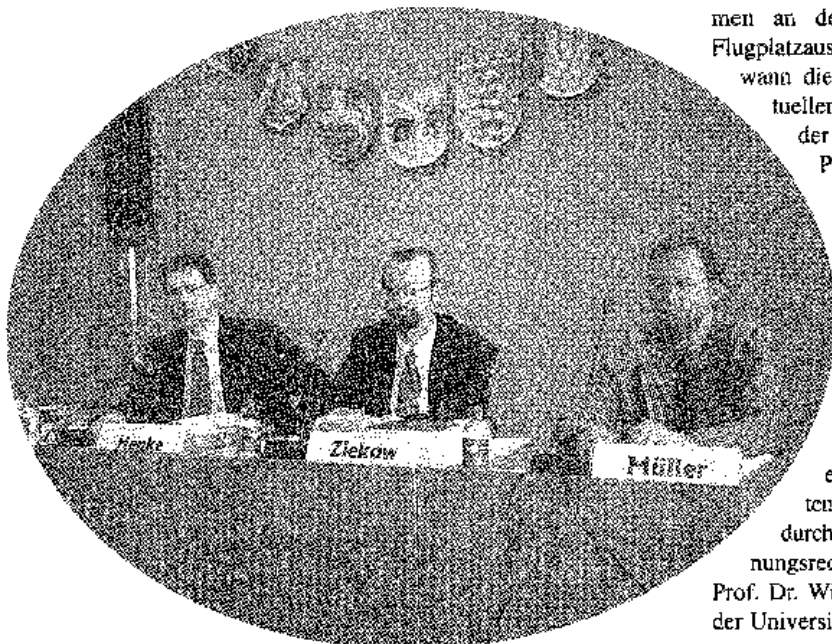
Das Forum, das sich an Verwaltungspraktiker aus Bund, Ländern und Kommunen richtete, wurde durch eine Podiumsdiskussion zum Thema „Klassische und neue Instrumentarien der Fachaufsicht“ abgerundet. Auf dem Podium diskutierten Ministerialrat Joachim Scheumann,

Leiter des Reformstabes Bundesverkehrsverwaltung des Bundesverkehrsministeriums, Horst Juich, Vizepräsident des Deutschen Wehrdienstes Offenbach, Horst Müller, Regierungspräsident von Oberfranken, und Gerhard Jäger, Leiter der Managementberatung der Prognos AG Basel.

Was bei Planungen alles zu beachten ist

Wenn ein Flughafen, eine Auto- oder Eisenbahnlinie geplant werden soll, hat das große Auswirkungen auf die Infrastruktur und besonders auch für die dadurch betroffenen Bürger. Dennoch gibt es in Deutschland bisher kein länderübergreifendes Forum zur Diskussion von solchen planungsrechtlichen Fragen.

Das sollte sich durch die „2. Speyerer Planungsrechtstage“ ändern, die vom 29. bis 31. März unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer stattfanden.



Zur Eröffnung der Planungsrechtstage unter dem Motto „Planung 2000 - Herausforderungen für das Fachplanungsrecht“ begrüßte Ziekow zahlreiche Repräsentanten des öffentlichen Dienstes, von Verbänden und Gerichten, aber auch aus der Anwaltschaft. In seinen einführenden Worten machte er deutlich, dass das neue Jahrtausend gerade für die sogenannte Fachplanung besondere Herausforderungen in sich birgt.

Am ersten Tag stand die zunehmende Europäisierung des Fachplanungsrechts im Mittelpunkt: In seinem Eröffnungsvortrag zu diesem Generalthema betonte Univ.-Prof. Dr. Hans D. Jarass, dass sich gerade aus dem Umweltrecht der Europäischen Gemeinschaft wesentliche Vorgaben auch für das Fachplanungsrecht ergäben. Bei der Umsetzung von EG-Richtlinien auf diesem Sektor seien in der Bundesrepublik jedoch erhebliche Defizite festzustellen, was rechtsstaatlich inakzeptabel sei und die Gefahr erheblicher politischer Folgekosten in sich birge.

Anhand zweier aktueller Beispiele wurde diese allgemeine Bedeutung des Europarechts aufgezeigt: Zunächst referierte der Regierungsdirektor im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Dr. Christof Sargenstedt, über die Bedeutung eines neuen Richtlinienentwurfs im Bereich der Umweltverträglichkeitsprüfung. Danach sollen künftig nicht mehr nur einzelne Vorhaben, sondern darüber hin-

aus auch viele dieser vorgeschalteten Planungsstufen einer umfassenden Überprüfung der Auswirkungen auf die Umwelt unterzogen werden, was zu begrüßen sei. Schließlich berichtete der Oberregierungsrat im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Iven, über die Umsetzung der sogenannten FFH-Richtlinie, welche die Ausweisung besonderer Schutzgebiete zum Gegenstand hat, in das deutsche Naturschutzrecht und deren Auswirkungen auf die Planungen.

Nicht nur vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen etwa zu Lärmschutzmaßnahmen an der B9 oder dem Flugplatzausbau in Speyer gewann die Veranstaltung aktuellen Bezug. Wie etwa der Lärmschutz bei der Planung von Verkehrsvorhaben berücksichtigt werden kann, erläuterte Univ.-Prof. Dr. Helmuth Schulze-Fielitz von der Universität Würzburg.

Zu „Aspekten einer umweltgerechten Verkehrssteuerung durch Planungs- und Ordnungsrecht“ sprach Univ.-Prof. Dr. Wilfried Erbguth von der Universität Rostock.

Aber welche Rechte auf Information hat der Bürger in einem solchem Planungsverfahren? Kann er womöglich sogar dagegen klagen? Die Bundesregierung plant derzeit ein entsprechendes Gesetz über den Zugang des Bürgers zu Behördeninformationen. Über diese „Informationsrechte im Planungsverfahren“ informierte Prof. Dr. Christian Schrader von der Fachhochschule Fulda.

Thorsten Siegel

Bau- planung im Blick

Die Arbeitsgemeinschaft Verwaltungsrecht Rheinland-Pfalz im Deutschen Anwaltsverein veranstaltete am 26. November 1999 zum zweiten Mal eine Fortbildungsveranstaltung in Zusammenarbeit mit der Hochschule.

Die Tagung zum Thema „Bauplanungsrecht“ wurde seitens der Hochschule von Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow betreut.

Neben Fachanwältinnen und -anwältinnen für Verwaltungsrecht aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg nahmen auch 50 Hörerinnen und Hörer der Hochschule unter Befreiung vom Tagungsbeitrag teil, die dadurch die Möglichkeit zum Knüpfen von Kontakten und zu Einblicken in die Fachanwaltsweiterbildung hatten.

Referenten waren Prof. Dr. Dr. Berke- mann, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Prof. Dr. Schmidt, Vizepräsident des VGH Mannheim, Richter am OVG Münster Kuschnerus und Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow.

Es ist geplant, die Zusammenarbeit mit weiteren Tagungen fortzusetzen.

Der Konjunktur zum Aufschwung verhelfen

Kompaktseminar „Finanzen und Wirtschaft“ zum Steuer- und Rentensystem

Bewunderung und Skepsis mischen sich beim Blick über den Atlantik auf den seit nahezu 10 Jahren ununterbrochenen Konjunkturboom der „New Economy“ in den USA. Was kann Deutschland, was können die europäischen Volkswirtschaften davon lernen? Hierzulande haben seit mehr als einem Jahrzehnt erstarre Arbeitsmärkte, übermäßige Steuer- und Abgabenbelastungen, rigide Sozial- und Verteilungsnormen sowie staatliche Regulierungen die Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Mechanismen überwuchert und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigt. Erst in jüngster Zeit sind erste Reformschritte erkennbar, z.B. bei der Steuerbelastung und Haushaltskonsolidierung sowie bei den „Konsensgesprächen“ zum Rentensystem.

Gleichzeitig zeichnet sich der seit langem erhoffte Konjunkturaufschwung in Deutschland und Europa ab. Soll er zu einer längerfristigen Erhöhung des Wirtschaftswachstums führen, muss die Politik jetzt klare Signale setzen: Es geht um eine durchgreifende Verbesserung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Handeln, um die tiefstehenden Strukturprobleme aufzubrechen.

Dies sind die Ausgangspunkte des von

den Speyerer Professoren Gisela Färber und Dieter Duwendag konzipierten Kompaktseminars, insbesondere für Führungskräfte der deutschen Länderministerien, das vom 10. bis 12. April an der DHV stattfand.

Diskutiert wurden die zentralen Ansatzpunkte für ein leistungsfähigeres Finanz- und Steuersystem unter den Aspekten des staatlichen Finanzausgleichs (Univ.-Prof. Dr. Rolf Peffekoven), der öffentlichen Personalausgaben (Lud. Ministerialrat Dr. Peter Wild) und einer effizienten Steuerreform (Univ.-Prof. Dr. Rolf Caesar). Probleme der deutschen Alterssicherung und Ansätze für eine Neuausrichtung des Rentensystems waren Gegenstand des Beitrages von Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber. Der fünfte Themenkomplex beschäftigte sich mit den Möglichkeiten zur Überwindung der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit und des Mangels an derzeit noch mehr als 7 Millionen rentablen Arbeitsplätzen (Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag). Im Vordergrund standen dabei die Chancen einer dezentralen (beschäftigungsorientierten) Tarifpolitik, einer verstärkten Globalisierung und einer Expansion des Dienstleistungssektors in Deutschland.

Das vorherige Kompaktseminar, das

ebenfalls unter der wissenschaftlichen Leitung von Färber und Duwendag vom 25. bis 27. Oktober 1999 stattgefunden hatte, stand unter dem Titel „Finanzen und Wirtschaft. Reformbedarf unter dem Druck von Globalisierung und Euro“. Mit den Schwerpunkten „Rentenreform und Alterssicherung“, „Ansätze zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“, „Grundsätze und aktuelle Probleme der Steuerreform“, „Staatsverschuldung und Haushaltskonsolidierung“ sowie „Reduzierung der öffentlichen Personalausgaben“ wurden die zentralen und zugleich aktuellsten Probleme der deutschen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aufgearbeitet. Verstärkt wurde das Seminar durch externe Experten, die folgende Themen behandelten: „Grundsätze und aktuelle Probleme der Steuerreform“ (Dr. Albert Peters); „Personalausgaben bei leeren Kassen“ (Wild); „Probleme der Staatsverschuldung“ (Prof. Dr. Robert Frhr. von Weizsäcker); „Probleme der Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland“ (Färber) sowie „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit - alte und neue Ansätze“ (Duwendag).

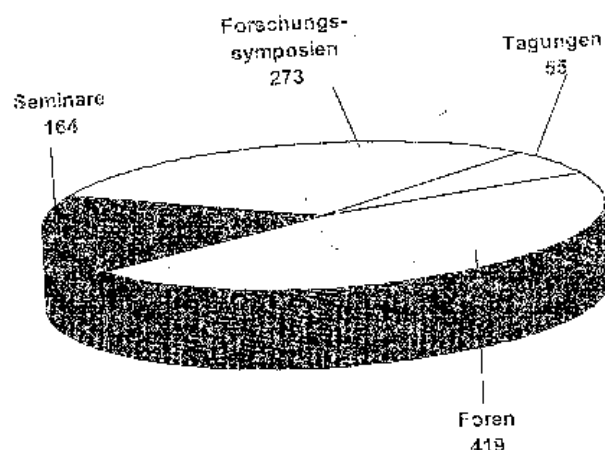
„Markenzeichen“ des Kompaktseminars sind die komprimierte Darstellung komplexer Zusammenhänge und mitarbeitensintensive Gestaltungsmöglichkeiten.

Fast 1000 Teilnehmer bei DHV und FÖV

Fortbildungsveranstaltungen in Speyer stoßen auf große Resonanz

Insgesamt 638 Teilnehmer besuchten im 2. Halbjahr 1999 die Fortbildungsveranstaltungen der DHV Speyer. Angeboten wurden 7 Seminare mit insgesamt 164 Besuchern. Sechs Foren lockten 419 Teilnehmer nach Speyer und zu einer angebotenen Tagung kamen 55 Teilnehmer.

Den Weg zu zwei Forschungssymposien, einem Seminar, einem Forschungskolloquium und einer Sonderveranstaltung des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer fanden insgesamt 273 Teilnehmer.



Europa ein wichtiges Thema

DHV verstärkt ihre Aktivitäten auf Gebieten Europa und Internationales

Um sich in der Universitätslandschaft zu behaupten, ist eine klare Profilierung unabdingbar. Das gilt für die DHV genauso wie für alle anderen Universitäten. Schon in der Vergangenheit war die internationale, insbesondere europabezogene Ausrichtung und Vernetzung ein wesentliches Charakteristikum der DHV. Jetzt will die Hochschule ihren durch den Bonn-Berlin-Umzug von Regierung, Parlament und wichtigen Schaltstellen entstandenen Standortvorteil zu den europäischen Institutionen in Straßburg, Luxemburg und Brüssel nutzen und die Themen Europa und Internationales in Forschung und Lehre noch weiter ausbauen.

Dies kommt auch den Ländern entgegen, die im Rahmen der Aus- und Fortbildung in den kommenden Jahren einen stetig steigenden Bedarf auf diesem Gebiet erwarten.

Der Kontakt mit der Europäischen Kommission und den Verwaltungen anderer Mitgliedstaaten und die dabei zu beachtenden Rechtsgrundlagen spielen inzwischen in nahezu jeden Bereich moderner Verwaltung hinein. Die DHV soll Nachwuchskräfte wie auch Führungskräfte auf die künftigen Herausforderungen vorbereiten.

Europabezogene und international ausgerichtete sowie rechtsvergleichende Lehrveranstaltungen nehmen im Lehrangebot der Hochschule seit langem einen großen Raum ein. Daneben bietet die Hochschule ausländischen Hörern mit dem Ausländer-(Aufbau-)Studium und einem gemeinsam mit der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung/Zentralstelle für Öff-

entliche Verwaltung angebotenen verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramm verschiedene Möglichkeiten, ihre verwaltungsbezogenen Kenntnisse zu vertiefen. So werden nicht zuletzt die Kontakte zwischen deutschen und ausländischen Hörern gefördert. Dabei werden die ausländischen Hörer vom Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungswissenschaft, Entwicklungspolitik und öffentliches Recht, Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas, sowie durch eine Referentin und eine Sekretärin für das Ausländer-(Aufbau-)Studium intensiv betreut.

Daneben hat die Hochschule bereits im Wintersemester 1999/2000 das neue Anforderungsprofil umgesetzt

und kurzfristig verschiedene Veranstaltungen zusätzlich in das Programm aufgenommen. So wurde etwa die neue Reihe „Europa in Speyer“ ins Leben gerufen, zu deren Eröffnungsveranstaltung am 19. November 1999 der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und Bevollmächtigte des Bundes für die deutsch-französische kulturelle Zusammenarbeit, Kurt Beck, an der Hochschule zu Gast war.

Am Ende der Vorlesungszeit fand unter dem Motto „Europa aktuell“ eine Veranstaltung zum Auftakt der Regierungskonferenz 2000 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht, statt. Dafür konnten Jo Leinen, MdEP und Berichterstatter des Konstitutionellen Ausschusses für die Regierungskonferenz 2000, und Dr. Otto Schmuck, Leiter der Ab-

teilung Europa in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und Ländervertreter für die Regierungskonferenz 2000, gewonnen werden.

Daneben lehren seit dem Sommersemester 1999 ausländische Gastprofessoren an der DHV, die in den Lehrveranstaltungen u.a. ihr Herkunftsland betreffende Inhalte vermitteln und auch fremdsprachige Lehrveranstaltungen abhalten.

Für das Sommersemester 1999 konnte Professor Gunlicks, von der University of Richmond, USA, und für das Wintersemester 1999/2000 Professor Dr. Buschor, Regierungsrat (Minister) in der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich und Honorarprofessor an der Universität St. Gallen gewonnen werden. Und für das kommende Sommersemester hat Univ.-Prof. Dr. Bouckaert von der Universität Leuven, Belgien, sein Kommen zugesagt.

Die DHV unterhält aber auch sehr fruchtbare Beziehungen zu den europäischen Nachbarn.

Dies wird beispielsweise in den guten Kontakten der Hochschule zur Ecole Nationale d'Administration (ENA) in Straßburg sichtbar. Seit mehreren Jahren veranstaltet die DHV unter Federführung von Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf, Inhaber des Lehrstuhls für vergleichende Verwaltungswissenschaft und öffentliches Recht, gemeinsam mit der ENA Deutsch-Französische Verwaltungskolloquien, die abwechselnd in Speyer und Straßburg stattfinden und an denen zumeist der gesamte Jahrgang der ENA und etwa 150 Hörer der DHV Speyer teilnehmen.

Schließlich bietet die Hochschule auch in der Fortbildung vielfältige Veranstaltungen mit europäischen und internationalen Inhalten an. Hervorzuheben sind insoweit die Europa-Seminare Speyer, eine von Magiera und Siedentopf jährlich angebotene Veranstaltungsreihe, die der Vermittlung aktueller Kenntnisse im europäischen Recht dient.

Das erstmals unter der Leitung von Magiera und Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann, Inhaber des Lehrstuhls für öffentliches Recht, Staatslehre und Rechtsvergleichung, im April veranstaltete Europa-Forum Speyer, befasste sich mit dem Thema „Verwaltung in der Europäischen Union“.

Im Februar veranstaltete die Hochschule in Zusammenarbeit mit der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema Wahlen in den USA.

Im Oktober schließlich wird Pitschas das 8. Forum zur Rechts- und Verwaltungszusammenarbeit, das sich diesmal die Mittelmeer-

kooperation zum Thema gesetzt hat, veranstalten.

Ferner wurde zum 1. April Gertrud Auf der Maur als neue Referentin für internationale und Europa-Angelegenheiten eingestellt, die sich insbesondere um den Ausbau der Fortbildungsaktivitäten auf dem Gebiet Europa und Internationales kümmern soll. Beispielsweise sollen für die Fortbildungsteilnehmer Fallstudien von europäischen Verwaltungsmodernisierungsprojekten konzipiert und die Reformverwaltungen vor Ort besucht werden.

Reihe „Europa in Speyer“ eingeführt

In der Fortbildung stark vertreten

Damit Europa zusammenwächst

Neue Reihe: Europa in Speyer / Beck und Schlumberger zu Gast

In einem zusammenwachsenden Europa wird nicht nur die Kenntnis der europäischen Institutionen immer wichtiger, notwendig sind auch Einblicke in die unterschiedlichen Verwaltungssysteme der europäischen Mitgliedstaaten - schließlich soll auf ihnen ein gemeinsames Europäisches Haus aufbauen.

Die DHV möchte mit der neuen Reihe „Europa in Speyer“, die im Wintersemester 1999/2000 begonnen hat, einen Überblick über die Verwaltungssysteme der Mitgliedstaaten der Europäischen Union geben. In eintägigen Einführungsseminaren sollen Praktiker aus europäischen Ländern die Struktur und Organisation ihres Verwaltungssystems und ihre Verwaltungskultur vorstellen und über aktuelle Entwicklungen berichten.

Am Beginn dieser Reihe, die als Informationsveranstaltung nun jedes Semester stattfinden soll, stand am 19. November 1999 das Nachbarland Frankreich.

Nachdem Rektor Univ.-Prof. Dr. Her-

mann Hill die Gäste begrüßt hatte, eröffneten der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck, der derzeit auch Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit ist, und der Generalkonsul der Republik Frankreich in Mainz, Jean-Claude Schlumberger, offiziell die Veranstaltung und gaben einen Aus- und Überblick über die bisherige „nachbarschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland“. Über die Verwaltungsgerichtsbarkeit referierte Jean-Marie Woehrling, vormals Präsident des Verwaltungsgerichts in Straßburg, jetzt Generalsekretär der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt.

Im Mittelpunkt des Nachmittags stand das administrative System Frankreichs. Anhand der verschiedenen Verwaltungsebenen wurden Struktur, Aufgaben und aktuelle Probleme aus der Praxis für die Praxis vorgestellt. Über die staatliche Ebene unter besonderer Berücksichtigung

der Präfektur informierte der Sous-Préfet in Wissembourg, Francis Polizzi. Michael Keller, Mitarbeiter des ehemaligen Ministers und jetzigen Senators Daniel Hoeffel, sprach über die Dezentralisierung in Frankreich am Beispiel der Départements.

Mit Fragen der Kommunalen Selbstverwaltung am Beispiel der Stadt Chartres befasste sich Laurent Rabaté, Bürgermeister der Partnerstadt von Speyer. Abschließend stellte Prof. Willy Zimmer, Université Robert Schuman, Straßburg, die Struktur und Besonderheiten der Regionalverwaltung dar.

Für das Sommersemester ist in Zusammenarbeit mit Gastprofessor Geert Bouckaert von der Katholischen Universität Leuven/Belgien eine Veranstaltung zum Thema „Einführung in die Verwaltungssysteme der Benelux-Staaten“ geplant.

Monika John-Koch

Europäische Kooperation

Bei der Tagung der EU-Leitungsgruppe in Helsinki am 6. und 7. Oktober 1999 standen die praktische Vorbereitung der Konferenz in Portugal sowie die Entwicklung eines „EU-general assessment framework“ zur Selbstbewertung von öffentlichen Verwaltungen im Mittelpunkt. Von der DHV Speyer beteiligte sich Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages an der Tagung.

„Quality Management in Public Administration“ hieß das Thema über das Klages am 18. und 19. Oktober 1999 am European Institute for Public Administration (EIFA) in Maastricht referierte. Hierbei stellte er die Prinzipien, Methoden und Ergebnisse der Speyerer Qualitätswettbewerb dar. Anschließend stellte die Stadt Passau, Preisräger beim 2. und 4. Speyerer Qualitätswettbewerb, ihren Prozess der Verwaltungsmodernisierung vor.

Landesvertreter fit für Europa gemacht

11. Europa-Seminar an der DHV

Die Agenda 2000, die während der deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union abgeschlossenen Reformen der gemeinschaftlichen Agrar- und Strukturpolitik sowie das Finanzierungssystem der EU sind Themen, die im Mittelpunkt des 11. Europa-Seminars standen, das vom 12. bis 15. Oktober 1999 unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera und Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf an der DHV Speyer stattfand.

Einen weiteren Schwerpunkt der Tagung bildete der Ausblick auf die Regierungskonferenz 2000. Aber auch die Europäisierung des Steuerrechts, die Beihilfepolitik der EU, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa sowie die Rolle des Europarates standen auf der Tagesordnung. Besondere Berücksichtigung

fanden dabei die jeweiligen Perspektiven der deutschen Bundesländer.

Mit der Veranstaltung, an der 40 Führungskräfte aus den öffentlichen Verwaltungen der Länder teilnahmen, leistete die Hochschule einen Beitrag zur Vermittlung europaspezifischer Fachkenntnisse. Den Teilnehmern standen namhafte Experten aus Wissenschaft und Praxis, von deutschen und ausländischen Universitäten, Institutionen der EU sowie von Bundes- und Landesministerien als Gesprächspartner zur Verfügung.

Das Programm umfasste neben Vorträgen und Diskussionsrunden an der Hochschule auch einen Besuch bei der BASF in Ludwigshafen sowie eine Exkursion nach Straßburg. Dort besuchten die Teilnehmer den Europarat und das Centre des Etudes Européennes.

Rachel Ulhorn

Quo vadis Europa?

Jo Leinen und Dr. Otto Schmuck zur Regierungskonferenz

Speyer
Special - Die neue
Europäische
Verwaltungskultur

Wie soll es weitergehen mit Europa? Die EU soll um zehn bis zwölf Staaten, also fast das Doppelte erweitert werden. Die ursprünglich für eine Gemeinschaft von sechs Mitgliedstaaten entwickelten Entscheidungsstrukturen der EU müssen reformiert werden, damit die Europäische Union auch in Zukunft handlungsfähig bleibt. Dies ist die Aufgabe der „Regierungskonferenz 2000“, die am 15. Februar begonnen hat.

Die Perspektiven dieser Konferenz erläuterten bei einer Veranstaltung unter dem Motto „Europa aktuell“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera zwei ausgewiesene Europa-Experten: Jo Leinen, Mitglied des Europäischen Parlaments, dort als Berichterstatter für die Regierungskonferenz zuständig, und Dr. Otto Schmuck, Leiter der Europaabteilung in der Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim

Bund, der als Vertreter der deutschen Bundesländer an der Konferenz teilnimmt.

„Die EU braucht eine Weichenstellung für viele Jahre der Erweiterung“, so Leinen. Bereits jetzt hätten die jungen Demokratien aus Mittele- und Osteuropa, die Türkei sowie Malta und Zypern die förmliche Aufnahme in die EU beantragt. Zudem sei damit zu rechnen, dass auch die Staaten

des ehemaligen Jugoslawien in Kürze ihr Interesse an einer Mitgliedschaft in der EU bekundeten. „Darauf müssen wir vorbereitet sein“.

Deshalb müssten jetzt die inneren Strukturen der EU verändert werden, gleichzeitig müsse die EU aber vor allem demokratischer, transparenter und bürgernäher werden. Deshalb stehe auch eine Charta der Bürgerrechte auf der Tagesordnung. „Es ist wichtig, den Menschen zu sagen, ihr werdet Mitglied in dieser Wertegemeinschaft“. Die Verträge sollten zudem verständlicher werden. „Die Bürger sollen Europa verstehen, nicht nur einige Experten“, sagte Leinen.

Ein wichtiger Punkt sei aber auch die Sicherheitspolitik in Europa: „Im Kosovo hat sich gezeigt, dass Europa nicht in der Lage ist, Krisen mit eigenen Mit-

teln zu bewältigen. Ohne die USA wäre es nicht gegangen“, erläuterte Leinen. Insgesamt

sei er aber optimistisch, dass diese Probleme auf der Regierungskonferenz gelöst werden könnten.

Eher pessimistisch zeigte sich dagegen Dr. Otto Schmuck: „Es ist zu befürchten, dass die Ergebnisse nicht allzu weitreichend sein werden.“ Ein gravierendes Problem sei, dass bisher keine klare Lösung für die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwi-

schen der EU und den Mitgliedstaaten gefunden worden sei. „Es gilt zu klären, was die EU leisten und wo sie aktiv werden soll.“

Auch die Stimmenverteilung im Rat, dem wichtigsten Entscheidungsgremium der EU, müsse neu überdacht werden. Wenn alle Staaten nur noch eine Stimme hätten (die fünf großen hatten bisher zwei) würde sich das Stimmengewicht zugunsten der kleineren Staaten verändern.

Auch die Abstimmungsregeln, die derzeit immer noch in vielen wichtigen Bereichen Einstimmigkeit vorschrieben, stünden auf der Tagesordnung. Das Festhalten am Einstimmigkeitsprinzip mache

eine auf 25 oder 30 Mitglieder erweiterte EU vollkommen handlungsunfähig und erpressbar für Sonderinteressen einzelner Mitgliedstaaten. Angesichts der wenig integrationsfreundlichen Haltung einiger Mitgliedstaaten zeigte sich Schmuck sehr skeptisch, dass die Konferenz für diese zentralen Fragen überzeugende Lösungen finden werde.

Am Ende der Konferenz soll ein Vertrag stehen, der zum Jahresende in Nizza unterzeichnet werden soll und der Zustimmung aller Mitgliedstaaten bedarf.

In einigen Staaten ist dazu dann eine Volksabstimmung notwendig.

Weichenstellung
für Erweiterung

Sicherheitspolitik
ein wichtiger
Punkt

Europäische Kooperation

Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch ist in den zwölfköpfigen Beirat der von Univ.-Prof. Dr. Heyen in Greifswald herausgegebenen internationalen Zeitschrift „Jahrbuch für Europäische Verwaltungsgeschichte/Annuaire d'histoire administrative européenne/Annuario per la storia amministrativa europea/Yearbook of European administrative History“ eingetreten.

Im Rahmen des TEMPUS-Programms der Europäischen Union fand vom 2. bis 5. November 1999 der 2. Workshop der Hungary School of Public Administration mit den Betreuungsuniversitäten Limerick, Brügge, DHV Speyer und der Wirtschaftsuniversität Budapest in Budapest statt. Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas sprach dort über das Thema „Employment policy According to the Treaty of Amsterdam and Social Dialog“. Von der DHV begleiteten ihn Dr. Christian Koch und Assessor iur. Klaus Grütjen, die ebenfalls Vorträge hielten.

Am „Instituto Superior de Ciências do Trabalho e da Empresa“ der portugiesischen Regierung in Lissabon hat Pitschas vom 16. bis 21. November 1999 drei lectures zu den Themen „Public Administration and Administrative Modernization in Germany“, „Institutions serving the European Union and the Impact of European Integration on the National Civil Services“ und „Public Sector Modernization in the EU - A Comparative View. Lessons in Comparative Public Administration“ gegeben.

Der französische Conseil d'Etat feierte vom 13. bis 15. Dezember 1999 das 200. Jubiläum seiner Errichtung in einer international besetzten Veranstaltung, die vom Präsidenten der Republik, Jacques Chirac, eröffnet und von Premierminister Lionel Jospin sowie der Justizministerin Elisabeth Guigou abgeschlossen wurde. Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Siedentopf präsentierte dabei ein rechtsvergleichendes Referat zum Thema „Le contrôle par une juridiction administrative“.

Ehrgeizige Ziele

Das große Gast-Interview: Jo Leinen, MdEP,

Am 15. Februar haben in Brüssel die Verhandlungen für eine EU-Vertragsreform begonnen. Die EU hat sich dafür einige ehrgeizige Ziele gesetzt, wie zum Beispiel die Begrenzung der Kommissionsgröße, die Neuordnung der Stimmrechte, die Einschränkung des nationalen Vetos oder einen europäischen Grundrechtskatalog zu erstellen und die europäische Verteidigungspolitik zu stärken. SpeyerBrief sprach zu Beginn der Verhandlungen mit Jo Leinen, Mitglied des Europäischen Parlaments sowie Präsident der Union Europäischer Föderalisten, über die Ziele und Chancen der „Regierungskonferenz 2000“.

Herr Leinen, wie beurteilen Sie den bisherigen Verlauf der „Regierungskonferenz“?

Die Regierungskonferenz befindet sich noch in einem frühen Stadium. Eine Vorbereitungsgruppe, die sich aus Vertretern der Regierungen zusammensetzt, hat sich bisher dreimal getroffen, um die Positionen abzutasten und am 20. März fand die erste Sitzung auf Ministerebene statt. Die Regierungen zeigen noch Zurückhaltung. Das Europäische Parlament ist mit zwei Vertretern an den Vorbereitungen beteiligt und setzt sich für umfassende Reformen ein. Auch die portugiesische Präsidentschaft hat sich von der Notwendigkeit ehrgeiziger Reformen überzeugen lassen. Sie hat nun die Aufgabe, die Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten zu überwinden, und die Regierungskonferenz auf einen ehrgeizigen Kurs zu bringen.

Schon beim EU-Gipfel in Amsterdam wurde eineinhalb Jahre über die Kommissionsgröße, Stimmgewichtung und

Vetorechte verhandelt - ohne Ergebnis. Wie bewerten Sie die Chancen der „Regierungskonferenz 2000“ diese Probleme zu lösen?

Diese Fragen müssen gelöst werden. Eine Union der 28 und mehr Staaten braucht dringend funktionierende, transparente und demokratisch kontrollierbare Institutionen. Dazu gibt es keine Alternative. Ein weiteres Aufschieben ist diesmal nicht möglich. Die Kommission wird auf eine Höchstzahl von 20 Kommissaren beschränkt werden müssen. Die großen Mitgliedstaaten werden auf einen Kommissar verzichten. In einer Union mit mehr als 20 Mitgliedern wird man entweder durch ein Rotationssystem oder die Schaffung von „senior“ und „junior“ Kommissaren (so wie es in der Bundesrepublik Minister und Staatssekretäre gibt) Vertreter aller Mitgliedstaaten in die Kommission einbinden.

Auch die Stimmgewichtung wird gelöst werden. Im Europäischen Parlament hat der Vorschlag zur Einführung einer doppelten einfachen Mehrheit starke Unterstützung gefunden. Dieser Vorschlag der Kommission sieht vor, dass die qualifizierte Mehrheit im Rat erreicht ist, wenn eine einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten, die eine Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert, zustande kommt. Dieser Vorschlag hat den Vorteil, leicht verständlich zu sein und bei Beitritten nicht neu berechnet werden zu müssen. Der schwierigste Bereich ist die Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen. Entscheidende Fortschritte in diesem Bereich sind für die Funktionsfähigkeit einer erweiterten Union von größter Bedeutung. Es muss gelingen, Ausnahmewünsche der Mitgliedstaaten auf ein Mindestmaß zu be-

schränken.

Die Erfolgsaussichten bei diesem sensiblen Thema hängen besonders stark von einer entschlossenen und konsequenten Verhandlungsführung der portugiesischen und französischen Präsidentschaft ab.

Sie haben bei Ihrem Besuch an der DHV gesagt, die EU müsse transparenter, bürgernäher und demokratischer werden. Vielen Bürgern erscheint die Union im Gegensatz dazu zunehmend undurchsichtiger und bürokratischer. Wie kann Ihre Forderung umgesetzt werden?

Einerseits muss die Arbeitsweise der europäischen Institutionen transparenter werden. Dies kann durch eine verbesserte Informationspolitik, erleichterten Zugang zu Dokumenten und öffentliche Sitzungen erreicht werden. Dies allein wird aber nicht ausreichen, um die EU

Transparentere Arbeitsweise nötig

für den Bürger verständlicher zu machen.

Das Europäische Parlament muss in allen Bereichen die legislative Mitentscheidung erhalten, um vom europäischen Bürger noch deutlicher neben dem Rat als europäische Legislative wahrgenommen zu werden. Die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten könnte weiter ausgebaut und systematisiert werden, um einen optimalen Austausch von Informationen und Meinungen zu gewährleisten.

Zudem wäre eine stärkere politische Mobilisierung auf europäischer Ebene wünschenswert.

Viele NGOs leisten hier schon sehr gute Arbeit und die Schaffung eines europäischen Vereinsrechts würde diese Entwicklung noch fördern.

(Fortsetzung: nächste Seite)

für ein gemeinsames Europa

zu den Zielen der „Regierungskonferenz“ und erhofften Erfolgen

Die unterschiedlichen politischen Parteien haben sich auf europäischer Ebene zusammengeschlossen. Um politische Parteien auf europäischer Ebene rechtlich zu verankern, setzt sich das Europäische Parlament für die Schaffung eines europäischen Parteienstatuts ein.

Und letztendlich tragen auch die Medien eine große Verantwortung, ihre Berichterstattung über europäische Themen zu erweitern und sich nicht auf skandalträchtige Themen zu beschränken.

Ein Ziel der Verhandlungen ist es, die Kommissionsgröße zu begrenzen. Das Rotationsprinzip, nach dem dann immer einige Staaten zeitweise gar nicht vertreten wären, gilt als schwer durchsetzbar. Wenn jeder Staat nur noch einen Kommissar entsenden darf, verändert sich das Stimmengewicht zugunsten der kleineren Staaten. Was also tun?

Es darf nicht vergessen werden, dass die Kommissare nicht Vertreter nationaler Interessen, sondern Hüter der Verträge und des europäischen Interesses sind. Das Stimmengewicht großer und kleiner Mitgliedstaaten sollte in der Kommission keine Rolle spielen. Die Kommission muss eine kompakte Exekutive bleiben, die handlungsfähig ist. Sie darf keine Versammlung werden. Diese Gefahr besteht jedoch, wenn bis zu 25 Kommissare um einen Tisch sitzen. Daher muss die Kommission mit einem Kommissar pro Mitgliedstaat auf 20 beschränkt bleiben und sobald mehr als 20 Mitgliedstaaten der Union angehören, wird eine Aufteilung in „senior“ und „junior“ Kommissare oder ein Rotationsystem eingeführt werden müssen.

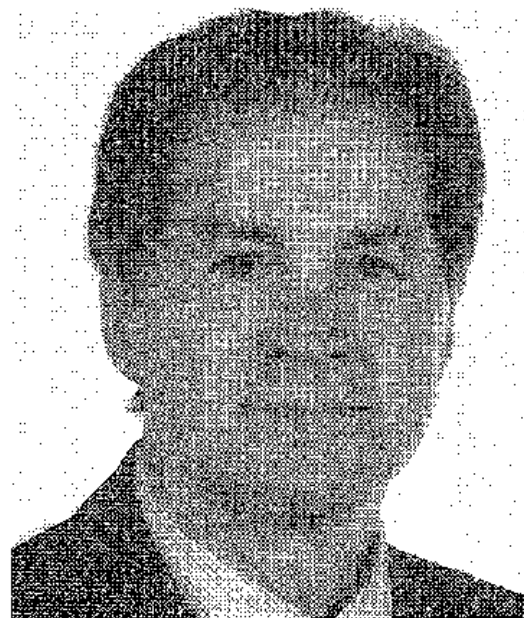
Daneben sollen auch die Modalitäten zur Beschlussfassung im Rat geändert werden. Noch ist bei vielen Fragen Einstimmigkeit erforderlich. Hat sich die EU in dieser Situation nicht durch ihre Haltung gegenüber Österreich in eine Zwangslage manövriert, in der Österreich noch zusätzliche Macht durch eine mögliche Blockadepolitik verliehen wurde?

Das glaube ich nicht. Österreich hat sich durch die Bildung dieser Koalition selbst in eine Zwangslage gebracht und muss jetzt Wege finden, aus dieser Situation herauszukommen. Eine Blockadepolitik ist nicht in Österreichs Interesse und daher un-

wahrscheinlich. Vertreter rechtsextremer Parteien im Rat hätten mit oder ohne Sanktionen Konflikte provoziert. Es liegt in den Händen des Bundeskanzlers Schüssel, sein Versprechen wahr zu machen, weiterhin eine proeuropäische Politik zu betreiben.

Wie stehen Sie persönlich zur Reaktion der EU gegenüber Österreich?

Die Regierungen der Europäischen Union haben deutlich gemacht, dass sie nicht bereit sind, eine Regierung an der rechtsextreme Parteien beteiligt sind, einfach so



Jo Leinen

Foto: privat

hinzunehmen. Das finde ich richtig und konsequent. Alle Länder der Union werden sich daran gewöhnen müssen, Teil einer Wertegemeinschaft zu sein, die bestimmte Verletzungen ihrer Grundprinzipien nicht toleriert, und seien sie auch nur verbaler Natur. Die Europäische Gemeinschaft entspringt den bitteren Erfahrungen aus Nationalsozialismus und Rassismus. Als ein System der Einigung und der Zusammenarbeit muss sie intolerant und extremistischen Tendenzen frühzeitig entschlossen begegnen. Die Sanktionen sind nicht gegen die Österreicher gerichtet. Man darf nicht vergessen, dass mehr als 70 Prozent der Österreicher nicht für die FPÖ gestimmt haben. Es ist daher notwendig, dass die demokratischen Kräfte in Österreich und Europa eng zusammenarbeiten, um solche Entwicklungen zu stoppen.

Seit Ende Februar diskutieren die EU-Verteidigungsminister über eine geplante „schnelle Eingreiftruppe“. Was könnten die Aufgaben einer solchen Truppe sein, wer soll dabei was bezahlen?

Die Aufgaben einer solchen „schnellen Eingreiftruppe“ wären friedensschaffende und friedenssichernde Maßnahmen vor allem in Europa. Die Schaffung einer „schnellen Eingreiftruppe“ wird aber auch mit einer Stärkung der Instrumente zum nichtmilitärischen Krisenmanagement einhergehen. Dazu zählt auch eine kohärentere und handlungsfähigere gemeinsame Außenpolitik. Die Bereitschaft der Mitgliedstaaten, ihre militärischen Kapazitäten zusammenzufassen, wird auch der Außenpolitik der EU mehr Glaubwürdigkeit verschaffen.

Die Kosten werden sich die Europäische Union und die Mitgliedstaaten teilen müssen. Dabei muss ausgeschlossen werden, dass unvorhergesehene Kosten von den Mitgliedstaaten einfach auf den EU-Haushalt abgewälzt werden und zu Lasten anderer wichtiger Bereiche gehen. Dafür müssen dem Europäischen Parlament die notwendigen haushaltsrechtlichen Befugnisse gegeben werden.

Wie soll die EU dabei mit den Reaktionen der USA, die Konkurrenz zur Nato befürchten, umgehen?

Eine „schnelle Eingreiftruppe“ soll vor allem die europäische Handlungsfähigkeit beim Krisenmanagement in Europa sicherstellen. Wie der Kosovo-Konflikt gezeigt hat, ist hierzu eine enge Koordinierung zwischen nicht-militärischen und militärischen Mitteln notwendig. Dies wird im Rahmen der EU besser zu erreichen sein. Es wird also eine Arbeitsteilung zwischen Nato und EU stattfinden. Die Nato wird auch weiterhin die zentrale Rolle bei einer Bedrohung der gemeinsamen Sicherheit spielen, d.h. Verteidigungspolitik wird Aufgabe der Nato bleiben. Die Europäer werden aber in Zukunft regional beschränkte Krisen in Europa selbstständiger bewältigen müssen.

Herr Leinen, wir danken für das Interview. Die Fragen stellte Beate Kiehl

Europäische Kooperation

Bei der vom Centro des Estudios Políticos y Constitucionales der Universität Castellón in Zusammenarbeit mit dem spanischen Verfassungsgericht veranstalteten Tagung über „Das Verfassungsgericht und die kommunale Selbstverwaltung“ (El Tribunal Constitucional y la autonomía local) hielt Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann am 27. Oktober 1999 einen Vortrag über die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland. Besonders interessiert war die spanische Seite an der Kommunalverfassungsbeschwerde, die durch Gesetzesnovelle nun auch in das spanische Verfassungsprozessrecht eingeführt wurde.

Im März nahm Sommermann eine Gastprofessur an der Université Panthéon-Sorbonne (Paris I) wahr. Im Rahmen des gemeinsamen von den Universitäten Paris I und Paris II organisierten Programms zur Erlangung eines Diplôme de 3ème cycle (DEA de droit comparé) hielt er ein vierwöchiges Seminar zum Thema „Gerichtliche Verwaltungskontrolle in Europa“. Ziel der Veranstaltung war es, die rechtsvergleichende Methode einzüben sowie Unterschiede und Gemeinsamkeiten der gerichtlichen Verwaltungskontrolle, insbesondere die derzeit vor dem Hintergrund umfangreicher Reformen in mehreren europäischen Ländern zu beobachtenden Konvergenzen herauszuarbeiten. Die Rechtsvergleichung spielt in den französischen Studienprogrammen bereits eine erheblich größere Rolle als an den deutschen Universitäten.

Die abschließende Plenarveranstaltung des Zweiten Europäischen Jugendseminars „Europa in den Köpfen“, zu der der Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz auch zehn Hörer der Hochschule Speyer eingeladen hatte, fand am 5. November 1999 statt.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit prüfen

Dr. Imre Szilard informiert sich über Angebot der DHV

Wie ist die verwaltungswissenschaftliche Ausbildung in Deutschland aufgebaut, wie ist die Fortbildung strukturiert, welche Themen werden behandelt? Über diese und andere Fragen informierte sich vom 15. bis 25. Februar Dr. Imre Szilard von der Universität für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften Budapest auf Einladung von Univ.-Prof. Dr. Gisela Färber an der DHV.

In Gesprächen an den Lehrstühlen und in der Verwaltung machte sich Szilard über die Erfahrungen der DHV in der Lehre und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Budapester Universität kundig.

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch erläuterte dem Gast den Aufbau der Fortbildung, Univ.-Prof. Dr. Klaus König erörterte mit ihm rechtswissenschaftliche Fragen. Der Institutsreferent des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung bei der DHV, Dr. Matthias Niedobitek, berichtete über das Forschungsinstitut, während Dipl.-Ökono-



Über die DHV informiert: Dr. Imre Szilard

Foto: Klehr

Jenei steht. Besondere Forschungsinteressen Szilards sind die Wirtschaftspolitik und die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften.

Mit seinem Besuch an der DHV Speyer zeigte sich Szilard insgesamt sehr zufrieden: „Ich habe sehr viele positive und nützliche Erfahrungen gemacht.“

Bente Klehr

Europäische Kooperation

Die XXII. Table Ronde des Zentrums für Verwaltungsforschung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Aix-Marseille war dem Thema „Le régime administratif des cultes en Europe“ (Der verwaltungsrechtliche Rahmen der Religionsausübung in Europa) gewidmet. Auf der jährlich im Oktober in Aix-en-Provence stattfindenden Veranstaltung, zu der Experten aus verschiedenen europäischen Ländern eingeladen werden, referierte Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann über die Lage in Deutschland. In einem vom Laizismus geprägten Staat wie Frankreich finden die in Deutschland praktizierten Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Religionsgesellschaften bei gleichzeitiger Wahrung der weltanschaulichen Neutralität des Staates besondere Aufmerksamkeit. Die Vorträge werden im „Annuaire européen d'administration publique“ veröffentlicht.

An der Tschechisch-deutschen Konferenz zum Thema „Die Einheit Europas aus seiner Mitte gestalten“ vom 7. bis 10. Oktober 1999 in Prag und Jihlava (Jglatz) mit u.a. Ansprachen des tschechischen Außenministers Kavan und des slowakischen Außenministers Kukan sowie der damaligen österreichischen Staatssekretärin und heutigen Außenministerin Ferrero-Waldner hat Prof. Dr. Gottfried Herbig teilgenommen. Diese internationale Konferenz wurde in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Alexandr Ors, Wirtschaftshochschule Prag und Präsident der Association für das Europa-Haus Prag, und Dipl.-Ing. Tomáš Sedláč von der Europäischen Akademie Jihlava im Auftrag der Internationalen Föderation der Europa-Häuser vom Unterzeichner vorbereitet und in den Räumen des Tschechischen Senats veranstaltet.

Wer wird neuer Präsident?

2. Transatlantisches Forum zum Wahlkampf in den USA

Wer wird der Nachfolger Bill Clintons und wie funktioniert der Wahlkampf in Amerika? Diese Fragen beschäftigten drei Tage lang die über 80 Teilnehmer des „2. Transatlantischen Forums“ an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Der Präsidentschaftswahlkampf, aber auch Wahlen in Einzelstaaten, standen im Mittelpunkt der Veranstaltung, deren wissenschaftliche Leitung Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera inne hatte und die zusammen mit der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz organisiert wurde.

Im November dürfen die Amerikaner über einen neuen Präsidenten entscheiden. Während viele glaubten, dass die Entscheidung zwischen dem derzeitigen Vizepräsidenten Al Gore von den Demokraten und dem Sohn des Ex-Präsidenten, George W. Bush, von den Republikanern schon zugunsten Bushs gefallen sei, haben die ersten Vorwahlen in New Hampshire gezeigt, dass noch alles offen ist. Die nächsten Wahlen der Republikaner fanden in South Carolina statt – dem Partnerstaat von Rheinland-Pfalz. Hier lag Bush mit 53 Prozent der Stimmen klar vor seinem Herausforderer John Mc Cain. Und auch in Washington und Virginia setzte sich Bush gegen Mc Cain durch, ebenso in Kalifornien. Inzwischen gilt es daher als sicher, dass es am 7. November zum Duell zwischen Al

Gore und Bush kommen und möglicherweise der neue Präsident der Sohn eines alten wird.

Ziel des dreitägigen Forums war es, umfassend zur Vorwahl und dem Wahlsystem, Kandidaten und Programmen sowie der Wahlkampfplanung und -finanzierung zu informieren. Als Referenten konnten namhafte Professoren aus dem In- und Ausland, wie etwa Prof. Dr. Arthur Gunlicks von der University of Richmond, gewonnen werden.

„Was kommt nach Clinton“, fragte Prof. Dr. Hartmut Wasser von der Pädagogischen Hochschule Weingarten. Er sprach über die amerikanischen Befindlichkeiten im Wahljahr.

Über das System der Vorwahlen informierte Wolfgang Tönnemann, Leichingen. Das System der Präsidentschafts- und Kongresswahlen erklärte Dr. Gerd Mielke von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz.

Mit der Wahlkampfplanung und politischen Bildungsstrategien setzten sich Dr. Andrea Römmle von der Universität Mannheim sowie Dr. Marion G. Müller von der Universität Hamburg auseinander.

Wie unterschiedlich der Wahlkampf in Deutschland und den USA funktioniert, aber auch dass sich beide Systeme zunehmend annähern, wurde in der Abschlussdiskussion des Forums deutlich.

Auf dem Podium: Prof. Dr. Hans-Joachim Veer von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Harry Walter, ehemals Wahlkampfmanager für die SPD, sowie Brent Goff, Journalist bei CNN Berlin. Beim letzten Bundestagswahlkampf habe sich gezeigt, dass die Kampagnen immer professioneller würden und nach dem Vorbild der USA

abließen. Die SPD habe verstärkt neue Medien genutzt, ihren Kandidaten bestens auf Begegnungen mit Journalisten vorbereitet und mit zunehmend kommerzielle-

ren Formen wie etwa einem Wahlsport, der auf der „Enterprise“ spielt, auch jüngere Wähler angesprochen, erläuterte Goff.

Veer verwies darauf, dass die Gruppe der Wechselwähler immer größer werde. Um diese zu mobilisieren, müssten auch in Deutschland verstärkt Medienwahlkämpfe mit besonderen tv-tauglichen Ereignissen und stärker an Personen orientiert geführt werden. Allerdings sei zu klären, wo die Grenzen einer „Negativ-Kampagne“, der persönlichen Herabwürdigung des politischen Gegners, liegen. Konsens bestand darüber, dass in Deutschland ein Wahlkampf, der einem in Amerika gleicht, kaum denkbar sei. Schon wegen der im Grundgesetz verankerten Rolle der Parteien sei ein reiner Personenwahlkampf in Deutschland unwahrscheinlich. Andererseits bedeute Professionalisierung auch zugleich ein Stück weit „Amerikanisierung“. Politische Inhalte blieben dabei in 20-Sekunden-Spots meist auf der Strecke. *Beate Klehr*

Wahlsport auf der Enterprise

Referent aus den USA

Internationale Kooperation

Anlässlich der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz, Brandenburg und South Carolina fand vom 3. bis zum 8. Oktober 1999 die 6. Transatlantische Konferenz in South Carolina statt, an der für die Hochschule der Prorektor, Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera, teilnahm.

Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König nahm vom 18. bis 20. November 1999 an dem Academy Fall Meeting der National Academy of Public Administration zum Thema „Citizenship and Governance“ in Washington D. C. teil. In Washington führte König Gespräche mit Vertretern der Weltbank sowie mit akademischen Persönlichkeiten herausragender universitärer Einrichtungen der Verwaltungswissenschaften.

Auf Einladung der World Bank (Washington, D.C.) und der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung (Berlin) hat Univ.-Prof. Dr. Dieter Duwendag vom 23. bis 25. Februar an dem Workshop „The Institutional Foundations of a Market Economy“ zur Vorbereitung des World Development Report 2001/2002 in Berlin mitgewirkt. Dabei übernahm Duwendag die Funktion als Chairman sowie die Einführung und Moderation der Session „Development of Financial Institutions and Financial Regulation“.

Das deutsche Verwaltungssystem im Blick

Delegation hochrangiger mongolischer Rechtsexperten besucht DHV

Hochrangiger Besuch an der DHV: Diesmal zwar kein Staatschef, aber immerhin seine Berater. Zwölf mongolische Rechtsexperten unter Leitung von Prof. Dr. Biraa Chimid, Berater des Ministerpräsidenten, machten am 29. Februar auf ihrer Deutschlandreise auch in Speyer Halt. Dem Verwaltungssystem in Deutschland galt das besondere Interesse der Gäste. Unter ihnen auch Prof. Dr. Jamiyan Batsuuri, Berater für gesellschaftliche Angelegenheiten des Ministerpräsidenten und

Wissenschaftlern.

Magiera verwies auf zwei Hörer der DHV, Schairai Batsuch und Daadanhuu Bathaatar, von deren Wissen die Mongolei nach ihrer Rückkehr profitieren könne. Er plädierte dafür, auch auf der Ebene der Dozenten den Forschungsaustausch zu fördern.

Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas informierte die Gäste in seinem Referat zu „Bedeutung und Funktionen rechtlich geordneter Verwaltung in Ent-

zu finden. Dann stören feste Regeln“, so Pitschas. Andererseits führe der Verlust fester Regeln häufig zu Korruption und Willkür.

Personal professionalisieren

Um aus diesem Dilemma herauszufinden, gelte es, das Verwaltungspersonal zu professionalisieren und gegen Korruptionsgefahren zu schulen.

Die Ethik im Öffentlichen Dienst und Rechtsstaatlichkeit der Verwaltung war dann auch das Thema, mit dem sich Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann befasste. Ziel sei es, die freie Entfaltung des Bürgers sicherzustellen. Neben Prinzipien wie Gewaltenteilung, der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, dem Demokratie- und Verhältnismäßigkeitsprinzip spiele dabei auch Objektivität eine große Rolle. Der Staat dürfe niemanden bevorzugen. Gewährleistet werde dieses Prinzip durch die Verwaltungsgerichte. Konkretisiert würden die Pflichten im Beamtenrecht. Auch verschiedene

Ethikkommissionen legten konkrete Verhaltensregeln fest. Der Korruption sei versucht worden durch das Korruptionsbekämpfungsgesetz 1997 sowie durch die Richtlinien zur Korruptionsbekämpfung 1998 Herr zu werden. Am wirksamsten sei das „Mehraugenprinzip“ sowie Rotation und Ausbildung des Personals. Eine wesentliche Rolle beim Thema Korruption spiele aber auch die Bezahlung der Beamten, merkte Chimid an, der auf die Verdienstsituation in der Mongolei verwies. Wie die Verwaltungsgerichtsbarkeit und -kontrolle konkret funktionieren, diskutierte Assessor Thorsten Siegel mit den Besuchern. Die Gruppe habe viele Anregungen erhalten und hoffe, einige davon auch in ihrem Land umsetzen zu können, bedankte sich Chimid für den informativen Empfang.



Wertvolle Anregungen erhalten: Hochrangige mongolische Rechtsexperten zu Besuch an der DHV. Foto: Kiehr

früherer Entwicklungsminister, sowie Prof. Dr. Sodovsuren Narangerel, Vize-Direktor des Rechtsinstituts der Staatsuniversität der Mongolei und Präsident der Union für Rechtsanwälte der Mongolei. Die anderen Delegationsteilnehmer lehren an der Staatsuniversität sowie an der Führungsakademie des Landes.

Univ.-Prof. Dr. Siegfried Magiera begrüßte die Gäste und erläuterte ihnen Aufbau, Struktur und Geschichte der Hochschule.

Chimid bedauerte, dass es eine ähnliche Einrichtung wie die DHV bisher in der Mongolei noch nicht gebe. „Den Begriff des öffentlichen Rechts haben wir erst eingeführt“, berichtete er. Früher sei der Begriff als kapitalistisch kritisiert worden. Für die Zukunft wünsche er sich eine stärkere Zusammenarbeit mit Deutschland sowie den Austausch von

Entwicklungsändern und rechtsstaatlicher öffentlicher Verwaltung in Deutschland“ über die Aufgabenorientierung, föderale Struktur und Verfahrensorganisation, Handlungsformen und Verwaltungspersonal im öffentlichen Dienst sowie Verwaltungsmodernisierung.

Verwaltungskompetenz spiele für die Entwicklung von Staaten eine bedeutende Rolle. Der Aufbau der Verwaltung sei ohne Rechtsstaatlichkeit nicht denkbar. Dabei gelte es zu klären, was der Staat leisten muss und was dem Bürger in Eigenverantwortung verbleibt.

Mit dem Bürger kommunizieren

Verwaltungen, die nach einem streng hierarchischen Aufbau und einer Amtsführung nach festen Regeln handeln, seien veraltet. „Moderne Verwaltung besteht darin, mit dem Bürger zu kommunizieren, zu überzeugen, Konsens

Beate Kiehr

Beim Verwaltungsrecht gibt's viele Parallelen

7. Speyerer Forum zur Rechts- und Verwaltungszusammenarbeit



Empfang beim OB: Oberbürgermeister Werner Schineller begrüßte die japanischen Gäste der Hochschule.
Foto: Bug

Aus Anlass des 50. Jubiläums des Grundgesetzes veranstaltete die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer vom 18. bis 20. Oktober 1999 das 7. Speyerer Forum zur Rechts- und Verwaltungszusammenarbeit. Die Veranstaltung unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas und Univ.-Prof. Dr. Shigen Kisa, Japan, war dem Thema „50 Jahre Grundgesetz - Internationalisierung der Verfassung im Spiegel des deutschen und japanischen Staats- und Verwaltungsrechts“ gewidmet.

In der Bundesrepublik Deutschland haben sich in den letzten Jahrzehnten entsprechend dem Auftrag des deutschen Grundgesetzes die Gesellschaft und der Staat dem Einfluss der europäischen und weltweiten ökonomischen, ökologischen, sozialen und informationstechnischen Beziehungen geöffnet. In diesem Prozess haben sich

auch unser Staats- und Verwaltungsrecht gewandelt. Dies gilt allerdings nicht nur für Deutschland und die in der Europäischen Union zusammengeschlossenen Staaten, sondern auch für viele andere Staaten in Übersee. Unter ihnen ragt das Kaiserreich Japan als führende Industrienation Asiens hervor, deren recht-

Vergleiche
gezogen

liche und administrative Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte teilweise starke Parallelen zu der deutschen Rechts- und Verwaltungsentwicklung aufweist.

Angesichts der Fünfzigjahrfeier unseres Grundgesetzes lag es deshalb nahe, die Internationalisierungstendenzen unserer Verfassung, wie sie sich im Staats- und Verwaltungsrecht niederschlagen, mit

jenen der japanischen Verfassung bzw. des japanischen Staats- und Verwaltungsrechts zu vergleichen.

Das Forum, an dem führende deutsche und japanische Verfassungs- und Verwaltungsrechtler teilnahmen, reihte sich damit unter die herausgehobenen Veranstaltungen zum Jubiläum des Grundgesetzes ein.

Das Programm umfasste Vorträge und Diskussionen zur regionalen und internationalen Verantwortung für Wirtschaft, kommunale Entwicklung und Informatisierung von Staat und Gesellschaft. Aus politikwissenschaftlicher und kultursoziologischer Sicht beleuchteten Gäste aus Südkorea und Singapur die Themen.

Über die Kernfragen supra- und internationaler Umweltpolitik sowie über den Umweltschutz in Japan informierten bekannte Wissenschaftler während eines Besuchs bei der BASF in Ludwigshafen.

Internationale Kooperation

In Marrakesch/Marokko hat Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas gemeinsam mit dem Büro der Hanns-Seidel-Stiftung/Regionalbüro Rabat vom 30. November bis 2. Dezember 1999 die 4. Speyerer Nachbetreuungstage zum Thema „Verwaltungspartnerschaft mit Marokko“ veranstaltet.

Daran haben die seit 1982 von der DHV ausgebildeten Hörer (Wissenschaftler und Staatsbeamte) aus Marokko sowie Kollegen der Universität Rabat-Agdal teilgenommen.

Pitschas hielt einen Vortrag zum Thema „Verwaltungspartnerschaft mit dem Maghreb am Beispiel Marokkos“.

Die 4. Speyerer Nachbetreuungstage der Hochschule wurden vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) finanziell mit 8 000 Mark gefördert.

Auf Einladung der WASEDA-Universität (Tokio/Japan) hat Pitschas am 17. und 18. Dezember 1999 an einem in Bonn von der Universität veranstalteten Symposium zum Thema „Global Interdisciplinary Research for New Public Management - The Rule of the Private, the Public and the Bureaucracy in the Symbiosis of Government and Market“ teilgenommen und die japanischen Beiträge kommentiert.

Die neuen Teilnehmer am Verwaltungswissenschaftlichen Studienprogramm, das vom 1. März 2000 bis 5. Mai 2002 von der DHV angeboten wird, begrüßte Pitschas am 2. März gemeinsam mit der Zentralstelle für Öffentliche Verwaltung/Berlin im Internationalen Begegnungszentrum der Universität Mannheim. Die Teilnehmer werden nach einer Sprachausbildung in Mannheim zum 1. November 2000 ihr Studium in Speyer antreten.

Rechtsexperten aus China

Eine Delegation hochrangiger Rechtsexperten aus der Volksrepublik China besuchte am 27. Oktober vergangenen Jahres die DHV Speyer. Rektor Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill begrüßte die Gäste und erläuterte ihnen die Aufgaben und Struktur der Hochschule.

Anschließend diskutierten die Gäste in wissenschaftlichen Gesprächen mit Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow und Assessor iur. Dr. Christian Koch in Vertretung von Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas das Verwaltungssystem in Deutschland und in der Volksrepublik China. Themen waren der Aufbau und die Rechtsgrundlagen der Verwaltung, Verwaltungsrecht und Grundsätze des Verwaltungshandelns, Handlungsformen der Verwaltung, Verwaltungskontrolle und Rechtsschutz in beiden Staaten sowie das Verwaltungsrecht der Volksrepublik China aus deutscher Sicht. Eine abschließende Diskussion und Zusammenfassung unter rechtsvergleichenden Gesichtspunkten rundeten den Besuch ab.

Japanische Professoren

Drei japanische Gäste begrüßte die DHV Speyer am 28. März: Prof. Tamura, Assistenzprofessor an der Shimane-Universität, Prof. Kawata, Dozent an der Tokio-Universität sowie Herrn Morinaga, Counselor im Bureau of Administrative Services of National Personnel Authority, das eng mit dem Bundesministerium des Inneren kooperiert.

Der stellvertretende Geschäftsführende Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König, begrüßte die Gäste und informierte sie über Aufgaben und Struktur der Hochschule. Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas beleuchtete die Themen Verwaltungsmodernisierung und Ausbildung im öffentlichen Dienst.

Viele Gemeinsamkeiten entdeckt

Prof. Dr. Jurij Starilow vergleicht deutsches und russisches Recht am FÖV

Seit Mitte Februar und noch bis Ende Mai weilt Prof. Dr. iur. Jurij N. Starilow, Inhaber des Lehrstuhls für Verwaltungsrecht an der Universität Woronesh, am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV). - Nicht zum ersten Mal. Es ist bereits sein vierter Forschungsaufenthalt in Speyer. Grund genug für SpeyerBrief, den russischen Gast nach seinem Aufenthalt zu befragen.

Herr Prof. Starilow, womit beschäftigen Sie sich hier?

Mit dem Rechtsvergleich zwischen Russland und Deutschland. Das russische Rechtssystem, zumindest was den allgemeinen Teil des Verwaltungsrechts betrifft, ist dem in Deutschland sehr ähnlich. Vor 100 bis 200 Jahren haben wir viel vom deutschen und französischen Recht übernommen. Derzeit schreibe ich an einem Buch zum russischen Verwaltungsrecht im Vergleich zum deutschen. Der erste Teil wurde schon vor einem Jahr veröffentlicht, in diesem Jahr wird der zweite Teil folgen, damit ist das Projekt dann abgeschlossen.

Was interessiert Sie am deutschen Verwaltungsrecht besonders?

Verwaltungsprozessrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit und Beamtenrecht. In Russland wird zur Zeit gerade ein neues Recht, ein Verwaltungsverfahrenskodex, entwickelt. Daher interessiert mich natürlich besonders das Verwaltungsverfahrenrecht.

Wie haben Sie vom FÖV erfahren?

Als ich zum ersten Mal in Deutschland war, habe ich an der Fernuniversität Hagen

geforscht und dort von Speyer gehört. Damals war die DHV in Russland noch relativ unbekannt. Inzwischen sind aber viele Aufsätze erschienen und die meisten Kollegen kennen inzwischen Speyer und das Forschungsinstitut.

Wie schätzen Sie die aktuelle politische Lage in Russland ein, was sind die größten Unterschiede zum Rechtssystem der Bundesrepublik?

Die politische Lage war in den vergangenen zehn Jahren relativ unruhig. Wir hoffen, dass es mit einem neuen Präsidenten ruhiger wird.

Unser rechtliches und politisch-demokratisches System ist vergleichbar mit dem in Deutschland. Die demokratischen Rechtsideen sind in der russischen Verfassung von 1993 verankert. Die rechtsstaatlichen Prinzipien gibt es wie hier. Der größte Unterschied ist die Stellung und Machtposition des Präsidenten. Ganz anders als in Deutschland spielt das Parlament kaum eine Rolle.

Das Verwaltungsrecht ist also ähnlich, beim Verfassungsrecht gibt es ziemliche Unterschiede.

Welche Stellung haben Beamte in Russland, was besagt das Beamtenrecht?

Vor zehn Jahren hatten wir in der UdSSR kein Beamtenrecht. Denn nach der Revolution wurde das Berufsbeamtenamt abgeschafft. Es gab nur Staatsbedienstete und ihr Dienst wurde im Zivil- und Arbeitsrecht geregelt.

Beamtenrecht ein
Forschungsthema

Seit 1995 gibt es ein Gesetz über die „Grundlagen des Staatsdienstes der russischen Föderation“. In den letzten fünf Jahren wurde das Gesetz weiterentwickelt. Ich forsche seit fünf Jahren in diesem Bereich. Das russische Beamtenrecht ist am deutschen Recht orientiert, auch was ethische Grundsätze betrifft.

(Fortsetzung nächste Seite)

Welche Rolle spielt die Korruption?

Es gibt Korruption nicht in so großer Maße wie hier oft angenommen wird. Der Verdienst spielt sicher eine Rolle. Man kann nicht pauschalisieren. Ich kenne sehr viele ehrliche Beamte.

Wie ist die Lage Ihrer Universität und wie funktioniert die Juristenausbildung?

Unsere Uni besteht aus 17 Fakultäten und hat fast 22 000 Studenten. Es gibt insgesamt 10 Universitäten in Woronesh.

Obwohl der Staat die Universitäten kaum unterstützt, ist die Lage inzwischen gar nicht mehr so schlecht.

Fast überall wurden Studiengebühren eingeführt. Juristen müssen zehn Semester studieren, dann sind sie Volljuristen. Am Ende des Studiums steht eine Diplomarbeit und ein Kolloquium darüber. Es folgen das erste und zweite Staatsexamen, allerdings innerhalb eines Monats. Ein Referendariat wie hier gibt es nicht. Daher sind unsere Volljuristen etwas jünger. Als Richter dürfen sie aber erst nach fünf Jahren Praxis arbeiten. Da das Jura- und Wirtschaftsstudium besonders beliebt ist, werden dafür auch höhere Gebühren verlangt.

Wird dadurch das Studium nicht zu einem Privileg der Reichen?

Zirka 120 Studenten bekommen pro Se-

Studiengebühren statt staatlicher Unterstützung

Wie Juristen in Russland ausgebildet werden

meister ein Stipendium. Das sind auf fünf Jahre gerechnet etwa 1 000. Weitere 1 000 Studenten bezahlen fürs Studium.

Daneben gibt es noch die große Gruppe der Fern-Studenten, die 12 Semester kostenlos studieren. Aber es ist tatsächlich so, dass die Studenten aus wohlhabenden Familien eher schlechtere Abschlüsse erzielen, die Stipendiaten dagegen sehr gute. Das macht uns zur Zeit auch etwas Sorgen.

Welche Forschungsbedingungen haben Sie am FÖV vorgefunden?

Sehr gute. Ich habe auch andere Unis kennengelernt. Aber besonders für mein wissenschaftliches Interesse gibt es keine besseren Voraussetzungen als hier in Speyer. Auch durch meinen Betreuer, Professor Sommermann, sowie durch den Institutsreferenten Dr. Niedobitek habe ich sehr viel Unterstützung erfahren.

Herr Prof. Starilow, wir danken für das Interview.

Prof. Starilows Forschungsergebnisse sind als „Speyerer Forschungsberichte“ Nr. 144 und 202 erschienen. In Russland existiert kaum Fachliteratur über das deutsche Verwaltungsrecht. Starilow gilt als Experte auf diesem Gebiet.

Die Universitätsstadt Woronesh mit rund einer Million Einwohnern liegt zirka 500 Kilometer südlich von Moskau am Don. Dort wird auch der russische Airbus '96 gebaut.

Beate Klehr



Gastforscher am FÖV: Prof. Dr. Jurij Starilow. Foto: Klehr

Kommunalpolitiker aus Russland begrüßt

Darüber, wie die deutsche Verwaltung funktioniert, informierte sich eine Gruppe russischer und ukrainischer Kommunalpolitiker bei der Stadtverwaltung Speyer sowie an der DHV.

Die Gruppe war anlässlich eines fünftägigen Fortbildungsseminars, das die Stadt im Rahmen eines von der EU geförderten Programms in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft zur Förderung politischer, kultureller und sozialer Beziehungen in Europa veranstaltete, in die Domstadt gekommen.

An der DHV wurden die Gäste vom Rektor, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, begrüßt und durch die Hochschule geführt.

Der Leiter der Abteilung 2 der Hochschulverwaltung, Regierungsrat Claus Ableiter, informierte sie über die Aufgaben und die Struktur der Hochschule.

Die Referentin für das Ausländer-(Aufbau-)Studium, Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin Kathrin Schwalb, sprach mit den Gästen über die Studienmöglichkeiten für ausländische Hörer.

Gäste aus Estland

Am 14. Oktober 1999 besuchten Ivo Pilving und Monika Mikiver vom Justizministerium in Tallinn, Estland, die Hochschule. Die damalige Referentin für Öffentlichkeitsarbeit, Rachel Uhlhorn, nahm die Gäste in Empfang und erläuterte ihnen Aufgaben und Struktur der Hochschule.

Anschließend fand ein ausführliches Gespräch mit Univ.-Prof. Dr. Stefan Fisch, dem Referenten für das Aufbaustudium und die Fortbildung, Dr. Egon Riffel, und der Referentin für das Ausländer-(Aufbau-)Studium, Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin Kathrin Schwalb, über das Studienangebot der Hochschule statt.

Restrukturierung des Forschungsinstituts

Im Rahmen der Evaluation des Forschungsinstituts, das als Mitglied der sogenannten „Blauen Liste“ gemäß Art. 91b GG von Bund und Ländern gemeinsam gefördert und regelmäßig im Hinblick auf eine Entscheidung über die Weiterförderung bewertet wird, gab der Wissenschaftsrat am 22. Januar 1999 eine vorläufige Stellungnahme ab. Der Wissenschaftsrat betonte die Bedeutung des Instituts für die verwaltungswissenschaftliche Forschung in Deutschland sowie die Qualität der am Institut hervorgebrachten Forschungsergebnisse, empfahl den Zuwendungsgebern und dem Institut jedoch, Strukturänderungen in die Wege zu leiten, um die Eigenständigkeit des Instituts im Verhältnis zur Hochschule zu verdeutlichen und das Institut als „Kompetenzzentrum der Verwaltungsforschung“ weiterzuentwickeln.

Seine endgültige Empfehlung über die Weiterförderung des Insti-

tuts will der Wissenschaftsrat nach Ablauf von drei Jahren abgeben.

Das Forschungsinstitut entwickelte umgehend ein Konzept zu seiner Restrukturierung als Grundlage der Beratungen des vom Institutsverwaltungsrat eingesetzten Restrukturierungsausschusses. Die Bemühungen um die Restrukturierung des Instituts mussten jedoch zeitweise zurückgestellt werden, nachdem die Weiterfinanzierung des Instituts durch den Bund fraglich geworden war.

Glücklicherweise sind die aufgekommenen Zweifel zum Jahresende im Sinne des Forschungsinstituts ausgeräumt worden, so dass die Beratungen des Restrukturierungsausschusses wieder aufgenommen werden konnten.

Noch im Laufe dieses Jahres soll die Restrukturierung des Forschungsinstituts mit den notwendigen Änderungen seiner Rechtsgrundlagen zum Abschluss gebracht werden.

6. WiDuT- Arbeitstagung

Die sechste Arbeitstagung der Wissenschaftlichen Dokumentations- und Transferstelle für Verwaltungsmodernisierung in den Ländern (WiDuT) am Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung befasste sich mit der Neuorganisation der Mittelinstanzen.

Mitarbeiter aus allen Ländern mit einem dreistufigen Verwaltungsaufbau nahmen daran teil, wobei deutlich wurde, dass in all diesen Ländern Bestrebungen zur Reorganisation der mittleren Verwaltungsebene stattfinden. Erkennbar wurden zwei

Strategien: In einigen Ländern wird eine Effektivierung der bestehenden Strukturen und in anderen eine Neustrukturierung der Mittelinstanzen angestrebt und realisiert. Die Teilnehmer äußerten den Wunsch zu einer Vertiefung ausgewählter Aspekte der Reorganisation auf einer weiteren Arbeitstagung.

Eine Dokumentation der Veranstaltung ist in Bearbeitung.

Die Veranstaltung fand am 9./10. November 1999 unter Leitung von Univ.-Prof. Dr. Carl Böhrer und Dr. Götz Konzen-dorf statt.

Einheit und Vielfalt Symposium zu Ehren Prof. Königs

Aus Anlass des 65. Geburtstags von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König fand am 16. Oktober 1999 das Forschungssymposium „Einheit und Vielfalt - Verwaltung im Wandel“ statt, das im Zusammenhang mit dem von ihm durchgeführten Forschungsprojekt „Öffentliche Verwaltung zwischen Management und Gouvernanz“ steht. Schwerpunkthe-men des Symposiums waren

die Themenfelder „Staatliche Steuerung und Regulierung“, „Staats- und Verwaltungsmodernisierung“ sowie die „Mehrebenenproblematik“.

Die wissenschaftliche Leitung lag bei Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König sowie Dr. Angelika Benz und Dipl.-Verwaltungswissenschaftlerin Natascha Flichtner. Die Ergebnisse des Symposiums sollen veröffentlicht werden.

Deutsche Verwaltung in der Spätmoderne

Die zweite Sitzung des Arbeitskreises „Deutsche Verwaltung an der Wende zum 21. Jahrhundert“, der am 26./27. Februar 1999 zum ersten Mal tagte, fand unter dem Titel „Deutsche Verwaltung in der Spätmoderne - Eine Standortbestimmung“ am 29. und 30. Oktober 1999 statt.

Im Rahmen dieses Symposiums, das von der Thyssen-Stiftung finanziert wurde, befassten sich die Teilnehmer mit den Entwicklungslinien der deutschen Verwaltung nach

1945 und nach der Wiedervereinigung. Im Mittelpunkt standen Fragen der Demokratie und des Rechtsstaats sowie die Herausbildung des marktwirtschaftlichen Systems, aber auch der Einfluss der intergouvernementalen Beziehungen, der europäischen Integration und der weltweiten Globalisierung auf die deutsche Verwaltung.

Die wissenschaftliche Leitung lag bei Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König. Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Neue Speyerer Forschungsberichte

Nr. 202 Jurij Starilew, Gerichtliche Verwaltungskontrolle im System des russischen Staats- und Verwaltungsrechts, Okt. 1999
Nr. 203 Willi Blümel, Fragen der Entwidmung von Eisenbahnbetriebsanlagen, Jan. 2000

Nr. 204 Thomas Gensicke, Deutschland im Übergang - Lebensgefühl, Wertorientierungen, Bürgerengagement, März 2000

Nr. 205 Heinrich Reinermann/Jörn von Lucke (Hrsg.), Portale in der öffentlichen Verwaltung, Internet - Call Center - Bürgerbüro, März 2000

Nr. 206 Heinrich Reinermann, Der öffentliche Sektor im Internet - Veränderungen der Muster öffentlicher Verwaltungen, Mai 2000

Nr. 207 Klaus König/Elke Löffler (Hrsg.), Accountability Management in Intergovernmental Partnerships, März 2000

Demokratie ist eine Aufgabe

Forschungstagung mit viel Prominenz: Festvortrag von Prof. Jutta Limbach

Das Grundgesetz wurde 50 Jahre lang Grund genug für das Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (FÖV) bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, dieses Ereignis gebührend zu würdigen. In Verbindung mit dem Bundesministerium des Innern und der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften veranstaltete das FÖV daher vom 13. bis 15. Oktober 1999 eine Forschungstagung, bei der die Entwicklung der deutschen Verwaltung in den letzten 50 Jahren und ihre Perspektiven innerhalb der Europäischen Union analysiert und diskutiert wurden.

Dem Anlass angemessen die Prominenz auf der Besucherliste: die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Jutta Limbach, Innenminister Otto Schily, die Heidelberger Oberbürgermeisterin Beate Weber, gleichzeitig Präsidentin der Deutschen Sektion des Internationalen Instituts für Verwaltungswissenschaften, der rheinland-pfälzische Finanzminister Gernot Mittler und die Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, Brigitte Zypries, sowie der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. h.c. Norbert Burger.

Die Tagung wurde vom Geschäftsführenden Direktor des FÖV, Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann eröffnet. Sie stand unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König und Ministerialdirektor Dr. Klaus-Dieter Schnapauff.

Zur Demokratie gebe es keine vorzugswürdige Alternative. Die Zukunft der deutschen Demokratie werde da-



Prominenter Rednerkreis: Prof. Dr. Jutta Limbach, Otto Schily (Mitte), Beate Weber und Gernot Mittler (vorne rechts) mit Univ.-Prof. Dr. Karl-Peter Sommermann (links) und Ministerialdirektor Klaus-Dieter Schnapauff, Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König und Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill (hinten v. links).
Foto: Lenz

von abhängen, ob es der Politik und Wirtschaft auch in Zukunft gelinge, auf die neuen sozialen und ökonomischen Herausforderungen mit angemessenen Lösungen zu reagieren. Dieses Fazit zog Limbach in ihrem Festvortrag zum Thema „50 Jahre Grundgesetz“.

Zwar sei auch die Demokratie nicht frei von Unvollkommenheit, sie zeichne sich aber durch ihre Friedfertigkeit aus. Zudem bringe sie die wirtschaftliche Entwicklung mehr voran, als sie zu behindern. Das Grundgesetz garantiere Freiheit und Gleichheit und somit soziale Gerechtigkeit. Allerdings sei das Verhältnis der beiden Prinzipien zueinander problematisch. - Aber Demokratie sei eben „kein Zustand, sondern eine Aufgabe“.

Angesichts der anhaltenden Angst vor Arbeitslosigkeit, um die Rente und um zunehmende Kriminalität stehe die Leistungsfähigkeit der sozialstaatlichen Demokratie

auf dem Prüfstand. Die Politik stehe im Zeitalter globaler Märkte immer häufiger vor Aufgaben, die nationale Grenzen überschritten und internationale Kooperationen erforderten.

Die Politik müsse daher Antworten darauf finden, wie im supranationalen Rahmen demokratische Lebensformen reorganisiert und sozialstaatliche Garantien verwirklicht werden könnten.

„Europäisierung der Innenpolitik“ hieß das Thema, zu dem Schily referierte. Mit großer Zuversicht blicke er in die Zukunft Europas. Das Zusammenwachsen der EU sei der größte politische Erfolg des Jahrhunderts. Er skizzierte kurz die Entwicklung der europäischen Integration über die Abkommen von Schengen, Maastricht und Amsterdam. Die europäische Innenpolitik müsse noch bürgernäher werden.

In besonderer Maße lobte Schily die Arbeit des Forschungsinstituts, die Aner-

kennung verdiene.

Mittler ging in seinem Grußwort auf den Modernisierungsprozess der öffentlichen Verwaltung sowie auf die Einflüsse von EU und Bund auf die regionalen Spielräume ein.

Weber forderte die Verwaltungen auf, die Verfassungsziele mit allen Möglichkeiten zu verfolgen.

In weiteren Referaten und Arbeitsgruppen wurden unter Berücksichtigung der vier Verwaltungsebenen (EU - Bund - Länder - Kommunen) der Wandel der Staatsaufgaben und die sich verändernde Stellung der Länder und Kommunen im Rahmen des Verwaltungsvollzugs sowie der Prozess der Privatisierung und die Notwendigkeit und Grenzen eines föderalen Finanzausgleichs beleuchtet.

Die Ergebnisse der Tagung sollen in einem Tagungsband veröffentlicht werden.

Mustergesetz geplant

Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung im Blick

Die Rolle der Landesparlamente neu zu definieren, ihnen eine größere Einflussnahme auf die Inhalte und Ziele der Politik zu ermöglichen und die Formen der Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung neu zu bestimmen, sind die Ziele eines Mustergesetzes, das zur Zeit am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung (FÖV) entworfen wird.

In den vergangenen Jahren sind in der Kommunalverwaltung, aber auch den Ministerien Elemente des sogenannten Neuen Steuerungsmodells, wie beispielsweise die Kosten-Leistungsrechnung oder die Budgetierung, eingeführt worden. Diese berühren auch die Zusammenarbeit zwi-

schen Landtag und Landesregierung. Deshalb ist es nötig, ein rechtliches Instrumentarium, ein Rahmengesetz, zu entwickeln, das die Kontrolle und Steuerung der Regierung durch den Landtag regelt.

Der „Speyerer Entwurf eines Mustergesetzes für eine Parlamentarische Steuerungsordnung“ soll bei einer Forschungstagung im September der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden. Am 11. Februar fand hierzu in den Räumen der Hochschule ein Vorbereitungsworkshop statt, zu dem Projektleiter Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill und Forschungsreferent Kai-Olaf Jessen Bundes- und Landtagsabgeordnete, Angehörige von Ministerien und Regierungen sowie

Rechnungshofpräsidenten und Wissenschaftler verschiedener deutscher Universitäten begrüßten. Es wurde darüber beraten, welche Themen aus der bisherigen Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung in einem Gesetzentwurf enthalten sein sollten. Dabei regte ein großer Teil der Experten an, für die Herbsttagung zunächst eine Themensammlung zu erstellen, da die Zeit für einen fertigen Gesetzentwurf ihrer Ansicht nach noch nicht reif sei.

Der fertige Speyerer Entwurf soll Mitte nächsten Jahres vorliegen und könnte dann den Landtagen als Muster für eigene Gesetzentwürfe dienen.

Bildungscontrolling und Transfermanagement in der Weiterbildung

„Bildungscontrolling und Transfermanagement in der Weiterbildung“ war das Forschungskolloquium überschrieben, das zur Halbzeit des Forschungsvorhabens zur „Evaluation von Fortbildungsmaßnahmen“ vom 7. bis 8. Oktober 1999 am Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung stattfand.

Angesichts der differenzierten und vielfältigen Maßnahmen zur Aus-, Fort- und Weiterbildung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stellt sich vor dem Hintergrund der laufenden Debatte um Kostenreduzierung in den Verwaltungen die Frage, welchen Sinn und Zweck Bildungsveranstaltungen verfolgen und wie sich

hier das Verhältnis von Aufwand zu Ertrag darstellt. Zum einen wurden die Erträge aus dem Forschungsprojekt vorgestellt, zum anderen berichteten Vertreter aus verschiedenen Bundesländern und der Bundesanstalt für Arbeit über ihre Bemühungen und Erfahrungen mit dem Bildungscontrolling.

Ergänzt wurden die Informationen durch zwei exemplarische Berichte aus der Wirtschaft (BASF und DaimlerChrysler), bei der sich natürlich die gleichen Fragen stellen.

Die wissenschaftliche Leitung lag bei Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch.

Ein Tagungsbericht soll erstellt werden.

Personalia

Neue Mitarbeiter

Den Dienst im FÖV begonnen haben am

- 1.11.1999 Assessor **Winfried Veil**, Doktorand bei Prof. Dr. von Arnim
- 1.1.2000 Dipl.-Sozialwissenschaftler **Jürgen Intveen**, Forschungsreferent (Projektleiter: Prof. Dr. Böhrer)
- 1.1.2000 Dr. **Reinhard Bahamüller**, M.A., Forschungsreferent (Projektleiter: Prof. Dr. Klages)

Ausgeschiedene Mitarbeiter

- Aus dem FÖV ausgeschieden sind am 31.10.1999 Dr. **Michael Harold Stierle**, Forschungsreferent (Projektleiter: Prof. Dr. Darwenzag)
- 7.11.1999 Oberregierungsrat **Bernhard Kaiser**, abgeord. Forschungsreferent (Projektleiter: Prof. Dr. R. Fisch)
- 30.11.1999 Privatdozent **Dr. Otmar Jung**, Forschungsreferent (Projektleiter: Prof. Dr. von Arnim)
- 31.11.1999 Dipl.-Sozialwissenschaftler **Ingo Unkelbach**, Mag. rer. publ., Forschungsreferent (Projektleiter: Prof. Dr. Böhrer)
- 29.2.2000 Dipl.-Pol. **Carsten Nemitz**, Mag. rer. publ., Forschungsreferent (Projektleiter: Prof. Dr. von Arnim)

Institutsreferent

Der Institutsreferent des Forschungsinstituts für öffentliche Verwaltung (FÖV) bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Dr. **Matthias Niedobitek**, wurde am 24. Januar habilitiert. Die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer verlieh ihm die Lehrbefugnis für das Gebiet Öffentliches Recht, Europarecht, Völkerrecht. Niedobitek ist seit 1. Februar 1999 Institutsreferent des FÖV.

Gastforscher

Auf Beschluss des Institutsvorstands wurden in den vergangenen Monaten folgende Wissenschaftler als Gastforscher aufgenommen:

Dr. **Tariel Goguaдзе**, Technische Universität Tbilissi, Georgien (Oktober 1999 bis März 2000)

Olga Zygora, Richterin im griechischen Staatsrat, Athen (Oktober 1999 bis Oktober 2000)

Prof. Dr. Jurij Starilow, Universität Woronesh, Russland (Februar bis Juli 2000)

Dr. Diana-Urania Galetta, LL.M., University degli studi di Milano, Italien (März bis April 2000)

Spitzenwerte für Speyer

Studie von Prof. Klages belegt Zufriedenheit mit Bürgerbüros



Freut sich: Oberbürgermeister Werner Schineller mit Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages bei der Vorstellung der Studie. Foto: Venus

Die beiden Speyerer Bürgerbüros haben sich als voller Erfolg erwiesen. Sie kommen bei den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Speyer hervorragend an. Diese Bilanz zog Oberbürgermeister Werner Schineller genau ein Jahr nach der Eröffnung der beiden Bürgerbüros in Speyer. Untermantel wurde seine Aussage durch eine Studie der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, in der Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages zusammen mit Dr. Kai Masser und Sandra Kohl im Wintersemester 1999/2000 die Kunden und Mitarbeiter nach ihrer Zufriedenheit mit den beiden Dienstleistungs-Centern der Stadtverwaltung befragt hatte.

Das Ergebnis: Spitzenwerte. Klages sprach von einem „Traumstart“ und „ungewöhnlich positiven Ergebnissen“.

Zwei Drittel der Besucher (66 Prozent) bewerteten die Bürgerbüros auf einer Skala von fünf bis eins mit der Note „sehr gut“, weitere 31 Prozent (also fast der Rest) mit „gut“.

Auch im Vergleich zu anderen Branchen wie etwa Krankenkas-

sen, Mobilfunkanbietern oder Autoversicherern schnitt die Stadt am besten ab.

Als Erfolgsfaktoren nennt die Studie das gut geschulte kompetente und freundliche Personal der beiden Bürgerbüros und substantielle Verbesserungen bei den Wartezeiten. Bei früheren Befragungen hätten die Kunden der öffentlichen Verwaltung immer wieder besonders die Öffnungs-, Bearbeitungs- und Wartezeiten kritisiert. Ein Vergleich der Befragungsergebnisse von 1995,

1997 und 1999 habe gezeigt, dass die Zufriedenheit mit den Öffnungszeiten im Vergleich zu 1995 und insbesondere 1997 sprunghaft angestiegen sei. Erfolgreich reduziert wurden ebenfalls die Wartezeiten: Weniger als 4 Prozent der Kunden mussten noch länger als 15 Minuten warten. Damit sei neben den früheren restriktiven Öffnungszeiten eine weitere Unzufriedenheitsquelle weitgehend beseitigt worden. Die „Traumnote“ für die Bürgerbüros zeigten, dass dies von den Bürgern mit Zufriedenheit registriert wird, so die Au-

Außergewöhnlich lange Servicezeit

atoren der Studie. Nicht zuletzt die Motivation, die fachliche Kompetenz und die Freundlichkeit des Personals werte von den Kunden hervorragend bewertet.

Für Oberbürgermeister Werner Schineller ist der nach einem Jahr sichtbare Erfolg deutliche Bestätigung für den eingeschlagenen Weg der Dienstleistungsorientierung der eigenen Verwaltung.

Man wolle sich aber auf dem Erreichten nicht ausruhen, sondern neue Herausforderungen annehmen.

Die Entwicklungen der Informations- und Kommunikationstechnologien und speziell des Internets machten vor der öffentlichen Verwaltung nicht halt, so Schineller. Eine neu eingerichtete Arbeitsgruppe befasse sich bereits mit der Erweiterung der Bürgerbüros um eine virtuelle Komponente (Bürgerbüro im Internet). Auch damit wolle die Verwaltung die bereits erfolgreich praktizierte Bürger- und Kundenorientierung ausbauen.

Seit der Öffnung der Bürgerbüros am 15. März 1999 haben 33 000 Kunden das Bürgerbüro Industriestraße und knapp 20 000 Kunden den Standort Salzgassee besucht.

Die Bürgerbüros sind 42,5 Stunden in der Woche geöffnet, laut Klages im Vergleich zu anderen Bürgerbüros eine außergewöhnlich lange Servicezeit.

Die Bürgerbüros bündeln die am häufigsten nachgefragten kommunalen Leistungen an zwei Standorten und sollen den Bürgern lange Wege ersparen und eine umfassende und möglichst schnelle Bearbeitung ihrer Anliegen ermöglichen.

Dr. Matthias Nowack

Promoviert

30. November 1999, Ümit Yazicioğlu: „Das Asylgrundrecht und die Türkisch-Kurdische Zuwanderung“, Betreuer: em. Univ.-Prof. Dr. Helmut Quaritsch.

5. Januar 2000, Michael Stierle: „Globalisierung der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsbeziehungen mit Südostasien“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dieter Dwendag.

26. Januar 2000, Benedikt Morsey: „Die Regulierung der biomedizinischen Forschung - Forschungsfreiheit und Forschungskontrolle, dargestellt am Beispiel der Gentherapie“, Betreuer: Prof. Dr. Hellmut Wagner.

27. Januar 2000, Astrid Brennecke: „Polizeiliche Gefahrenabwehr und Informationsbeschaffung der Medien“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Dr. Detlef Merten.

6. März 2000, Ulrich Koch: „Interkulturelles Polizeimanagement: Personelle Aspekte der europäischen Integration im Bereich der inneren Sicherheit“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Rainer Pitschas.

10. März 2000, Kai Masser: „Kommunen im WEB-Test. Eine theoretische und empirische Evaluation kommunaler Internet-Angebote“, Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Helmut Klages.

Prof. Ule zum Gedenken

Symposium zu Person und Wirken des Ordinarius

Der Beitrag des am 16. Mai 1999 verstorbenen em. Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Carl Hermann Ule für das öffentliche Recht ist untrennbar mit seinem Wirken als Ordinarius an der (Deutschen) Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer verbunden. Im Gedenken an seine Person und sein Werk veranstaltete die Hochschule am 18. Dezember 1999 ein Symposium zu dem Thema „Verfahrensrecht in Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit“ unter der wissenschaftlichen Leitung von Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König und Univ.-Prof. Dr. Dr. Dettlef Merten.

An der Veranstaltung nahmen neben Angehörigen seiner Familie zahlreiche Weggefährten Ules aus seiner Zeit als Richter, Verwaltungsbeamter, Hochschullehrer und Rechtsanwalt teil, darunter zahlreiche Schüler, die heute selbst hohe Anerkennungen genießen.

Am Beginn stand eine Würdigung des Lebenswerkes von Carl Hermann Ule durch Univ.-

Prof. Dr. Dr. Dettlef Merten. Nach Schilderung der Stationen seines außergewöhnlichen Berufslebens hob er besonders hervor, dass Ule zu jenen Wissenschaftlern gehörte, die nicht nur für die Praxis, sondern auch in der Praxis tätig waren und wissenschaftliche Methodik mit praktischer Erfahrung verbanden.

Vor allem den „Speyerer Entwurf“ einer einheitlichen Verwaltungsprozessordnung bezeichnete Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Stern in seinem Vortrag „Die Bedeutung Carl Hermann Ules für das Verwaltungsprozess- und Verwaltungsverfahrensrecht“ als Lehrstück der Verbindung von rechts-tatsächlicher Feldforschung und wissenschaftlich exakter Gesetzgebungskunst; ein nachhaltiger Erfolg sei Ule jedoch mit seinem Beitrag zur Kodifikation des Verwaltungsverfahrensrechts beschieden gewesen.

In der Diskussion um Verfahrensbeschleunigung und konsensuales Verwaltungshandeln drohe dem

„Verfahrensgedanken im Verwaltungsrecht“, so Univ.-Prof. Dr. Hans-Werner Laubinger in seinem gleichlautenden Referat, durch Entformalisierung und Bagatellisierung von Verfahrensfehlern eine zunehmende Entwertung. Mit großem Nachdruck habe sich Ule gegen ein zur Sanktionslosigkeit führendes Fehlerfolgenregime gewandt. Bei allem Verständnis für das gesetzgeberische Anliegen der Verfahrensbeschleunigung dürfe die rechtsstaatliche Funktion des Verfahrensrechts als „konkretisiertes Verfassungsrecht“ keinesfalls vernachlässigt werden. Vor allem die punktuellen Eingriffe in den Bestand des Verwaltungsverfahrensgesetzes, so Univ.-Prof. Dr. Jan Ziekow in seinem Referat „Modernisierung des Verfahrensrechts“, hätten aus normativer Sicht zu einer Entwertung

des Verwaltungsverfahrens geführt. Methodisch müssten aufgabenbezogene Konzepte und Wandlungen der gesellschaftlichen

Realität die Rolle und die Inhalte des Verfahrensrechts bestimmen.

Im Mittelpunkt einer von em. Univ.-Prof. Dr. Helmut Quaritsch geleiteten Podiumsdiskussion, an der em. Univ.-Prof. Dr. Willi Elmel, der Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Karl-Friedrich Meyer, Ministerialdirigent a.D. Dr. Jens Meyer-Ladewig sowie Rechtsanwalt Prof. Dr. Konrad Redeker teilnahmen, standen Fragen des effizienten Rechtsschutzes sowie der Gerichtsorganisation im Hinblick auf die Dauer verwaltungsgerichtlicher Verfahren.

In seinem Schlusswort würdigte Univ.-Prof. Dr. Dr. Klaus König die Persönlichkeit Carl Hermann Ules. Seine Weggefährten hätten in ihm nicht bloß den erfahrenen und kenntnisreichen Juristen respektiert, sondern ihn als Vorbild in vielen Facetten seines beruflichen und privaten Lebens geschätzt.

Prof. Dr. Dr. Dettlef Merten

Lebenswerk
gewürdigt

Merkantilismus -

1. Johann-Joachim-

Das Ziel: Den Austausch zwischen Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik im Sinne des 1635 in Speyer geborenen Merkantilisten, Johann-Joachim Becher, zu fördern. Das Mittel: Die Auslobung eines mit 10 000 Mark dotierten Preises zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen merkantilistischer Vorstellungen als Beitrag zur Entwicklung moderner Volkswirtschaften im Blick auf gesellschaftspolitische Herausforderungen der Zukunft“. Der Sieger: Prof. Dr. Friedrich L. Sell, Inhaber des Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Makroökonomik und Wirtschaftspolitik, an der Universität der Bundeswehr in München.

Am 11. Februar wurde der Preis in der Aula der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer überreicht. Zum ersten Mal hätte die 1997 gegründete und von der gleichnamigen Gesellschaft finanziell geförderte Johann-Joachim-Becher-Stiftung den Preis ausgelobt.

Sells Arbeit mit dem Titel „Chancen und Risiken eines neuen Merkantilismus in einer globalen Welt“ hatte die Jury überzeugt. Mitglieder darin waren die Speyerer Univ.-Professoren Dres. Heinrich Reiner mann und Carl Böhret, Prof. Dr. Peter Eichhorn von der Universität Mannheim, Prof. Dr. Sabine Urban von der Universität Robert Schuman in Straßburg sowie Wolfgang Viertel, früherer Leiter des Siemenswerkes Speyer.

Anerkennungen für ihre Arbeiten erhielten Dr. Hermann Knödler, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der DHV, der sich mit der staatlichen Förderung von Direktinvestitionen kleiner und mittlerer Unternehmen befasst hatte, sowie Dr. Stefan Okruch, wissenschaftlicher Referent der Max-Planck-Gesellschaft, der die Möglichkeiten merkantilistischer Vorstellungen zur Entwicklung moderner Volkswirtschaften untersuchte.

Mit dem Thema des Preises seien zentrale Fragen unserer Zeit angesprochen worden - Arbeitslosigkeit ebenso wie die zunehmende Macht des Marktes und des Kapitals, erklärte Dr. Christian Roßkopf, Vorsitzender der Becher-Stiftung, in seiner Begrüßung. „Die Beziehung zwischen Staat und Wirtschaft sieht neu auf dem Prüfstand“, sagte Roßkopf. Dass über 200 Gäste der Einladung der Becher-Stiftung gefolgt seien, belege die Aktualität des Themas. Unter den Zuhörern begrüßte der Speyerer EX-OB Vertreter aus Wirtschaft, Stadt und Region wie den Landtagsabgeordneten Jürgen Creutzmann, Oberbürgermeister Werner Schineller, Landrat Dr. Ernst

auch heute noch top-aktuell

Becher-Preis an Univ.-Prof. Dr. Friedrich Sell verliehen

Bartholomé, den Vorsitzender des Bezirkstages, Joachim Stöckle, den Präsidenten des Sozialgerichts, Helmut Koch, und den Speyerer Bischof Dr. Anton Schiermbach.

Der Rektor der Hochschule, Univ.-Prof. Dr. Hermann Hill, verwies in seinem Grußwort auf die Gemeinsamkeiten zwischen Becher, dem „Genie seiner Zeit“, und der Hochschule: Bechers Lehren seien fächerübergreifend und anwendungsorientiert - genau wie die Hochschule. Auch der Merkantilismus passe insofern auf die Institution, als sie künftig stärker marktorientiert tätig werden müsse. „Wir müssen stärker auf die Privatwirtschaft zugehen“, so Hill, ganz nach dem Motto „Government meets business“, wie eine Tagung im Sommer überschrieben ist. Ziel der Hochschule sei langfristig für den öffentlichen Sektor etwas zu werden wie der Weltwirtschaftsgipfel in Davos.

Die Weltwirtschaft sowie die zunehmende Globalisierung auch in anderen Bereichen waren Themen der von Prof. Reiner mann gehaltenen Laudatio. Globalisierung verlange nach politischer Gestaltung. Beispielsweise, indem das Bewusstsein internationaler Gemeinschaftsgüter wie der Sicherung der Menschenrechte, humanitärer Hilfe bei Katastrophen oder Bekämpfung weltweiter Klimaveränderungen gefördert werde und durch internationale Organisationen Handlungsmöglichkeiten bereitgestellt würden.

Insgesamt müsse das Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft, Privat- und Gemeinnützigkeitsbereich verbessert werden. Die Globalisierung führe nicht zu einem Machtverlust von Staat und Politik, wohl aber müssten sich diese auf veränderte Gestaltungsformen öffentlicher Aufgaben einstellen, um nicht in die „Globalisierungsfalle“ zu geraten. Vor diesem Hintergrund seien auch die Ideen des Merkantilismus wieder hochaktuell. Sell habe in seiner Arbeit die Bedeutung des Merkantilismus für die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Lage unserer Zeit „in überzeugender Weise herausgearbeitet. Seine volkswirtschaftliche Theorie der Globalisierung erklärt die internationalen Wirtschaftsbeziehungen heute

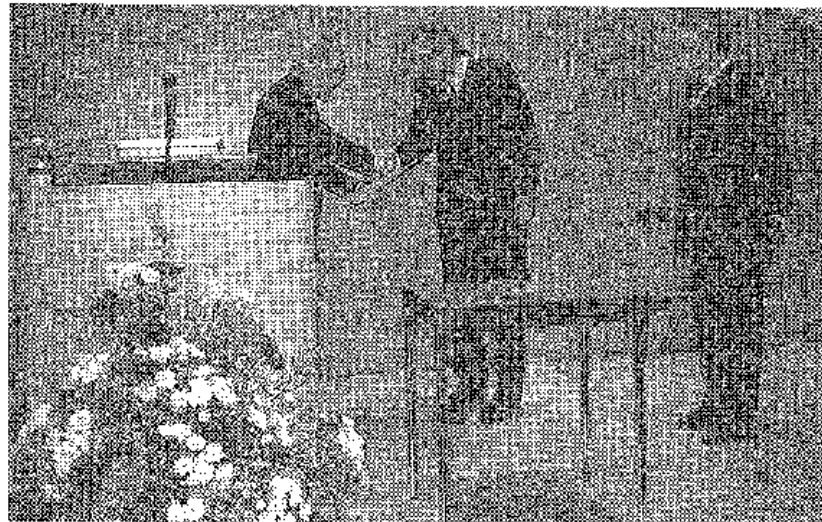
ebenso wie sie Empfehlungen für die nationale Wirtschaftspolitik enthält“, so Reiner mann.

Als einen Schwerpunkt seiner Arbeit stellte Sell die Freizügigkeit des Faktors Arbeit heraus - eine Säule des klassischen Merkantilismus. „Freizügigkeit darf nicht nur formal gewährt werden, sie muss auch genutzt werden, damit die Währungsunion gegeben ist“, sagte

Sell in Bezug auf die EU.

„Nur 5,5 der 73 Millionen EU-Bürger arbeiteten in einem anderen Land“, monierte er. Außerdem werde die Weltwirtschaft künftig nicht auf Zuwanderung verzicht-

Theorie der Globalisierung



Hat mit seiner Arbeit überzeugt: Univ.-Prof. Dr. Friedrich Sell wird von Univ.-Prof. Dr. Heinrich Reiner mann der Preis überreicht. Foto: Klehr

en können. „Wenn eine Gesellschaft immer weniger bereit ist, Kinder zu gebären, muss sie mehr sparen“. Das allein genüge allerdings nicht. „Migration wird neben Weiterqualifikation unverzichtbar werden im Norden der Welt“, so Sell.

Die Frage, ob öffentliche Banken noch zeitgemäß sind, beantwortete Klaus Adam, Chef der rheinland-pfälzischen Landesbank. Schon Becher habe seinerzeit eine allgemeine Landbank gefordert. Das deutsche System von privaten und staatlich finanzierten Banken sei historisch gewachsen und gehöre zur sozialen Marktwirtschaft. „Und die Landesbanken sind auch heute noch modern, denn mit zunehmender

Globalisierung werden regionale Strukturen immer wichtiger“, sagte Adam. Dabei sei schließlich auch zu berücksichtigen, dass die Sparkassen und Landesbanken fast die Hälfte aller Bank-Azubis einstellten und jede zweite Existenzförderung von Sparkassen mitfinanziert sei.

Landesbanken noch immer modern

Wissenschaft und Gaumenfreuden

Landesgruppen Bremen und Hamburg haben zur Schaffermahlzeit geladen

Kulinarische Genüsse, dabei die Wissenschaft pflegen und gleichzeitig noch etwas Gutes tun: Das alles verband die „Schaffermahlzeit“, die die Hörer der Landesgruppen Bremen und Hamburg an der DHV am 24. Januar angeboten haben.

Mit einem Aperitif begann das Event in der Taberna academica. Der Wissenschaft wurde mit einem Vortrag des Gründungsrektors der ersten privatfinanzierten juristischen Universität in Deutschland, Prof. Dr. Hein Kötz, Rechnung getragen. Kötz referiert zum Thema „Eine neue Hochschule für Rechtswissenschaften in Hamburg: die Bucerius Law School“. An diesem privaten Modell werden sich



Haben sich mächtig ins Zeug gelegt: Die Hörer der Landesgruppen Bremen und Hamburg. Foto: Bug

künftig zunehmend auch staatliche Hochschulen messen lassen müssen.

Dabei wurde die typisch norddeutsche Spezialität „Grünkohl und Finkel“ serviert. Zum Dessert winkte Rote Grütze.

Mit dem Erlös - für Gäste und Professoren kostet der Gaumenschmaus 50 Mark, für Hörer 30 Mark - wurde ein Fonds zur Unterstützung ausländischer Hörer und Doktoranden an der Hochschule eingerichtet.

Den Weg zum Erfolg geebnet

Jobbörse an der Hochschule mit großer Resonanz

Auf große Resonanz bei Hörern und Besuchern ist am Nachmittag des 20. Januar die Jobbörse für Juristen an der DHV gestoßen. In der sogenannten Orientierungsphase II präsentierten sich 15 Einrichtungen aus dem öffentlichen Dienst, aber auch der Privatwirtschaft potentiellen Bewerbern. „Die Veranstaltung ist wirklich genial“, erklärte eine Hörerin, die im Mai ihr zweites Staatsexamen absolviert und sich schon jetzt auf die Suche nach einer geeigneten Stelle machte. In kurzen Vorträgen stellten Unternehmen wie die Deutsche Bank AG, die Frankfurter Allianz, die BASF AG, verschiedene Anwaltsbüros, aber auch öffentliche Einrichtungen wie die Oberfinanzdirektion Koblenz und das Arbeitsamt Ludwigshafen ihre Institutionen vor und erläuterten den Interessenten die Stellenaussichten und Anforderungen an Bewerber. Einige erste Bewerbungsmap-



Karriereplanung: Interessiert informierten sich die Hörer an den Ständen. Foto: Lenz

pen wurden dabei auch schon im Foyer ausgetauscht, wo die einzelnen Einrichtungen ihre Messestände aufgebaut hatten. „Wir hatten in diesem Jahr sehr interessierte Hörer, die wirk-

lich intensive Gespräche führen wollten und viele fachliche Fragen gestellt haben“, so Jürgen Kentenich, Abteilungsleiter der Oberfinanzdirektion Koblenz.

Rund 200 Rechtsreferendare haben die Gelegenheit genutzt, sich zum Ende des Semesters über ihre beruflichen Perspektiven kundig zu machen.

Beate Klehr

Schneekönigin lädt zum Tanz

DHV zum Eispalast gemacht / Hörer laden zum Semesterabschlussball

Glitzernde Schichten wie von Reif bedeckten die Wände, leise rieselten Flocken zu Boden, silbrige Zapfen hingen von der Decke und sanftes Kerzenlicht tauchte den Saal in stimmungsvollen Schein. Die Aula der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer hatte sich in einen sagenhaften Winterpalast verwandelt, in dem die Hörer zu ihrem Abschlussball für das zu Ende gehende Wintersemester eingeladen hatten.



Im Eispalast wird's heiß: Die Hörer hatten zum Ball geladen.

Foto: Bugrich Knopp und Festreferentin Ina

„Die Schneekönigin entführt zu einem Tanz in den Eispalast“ lautete das märchenhafte Motto, für das die Hörer die Hochschule in stundenlangender Arbeit mit Folie, Wate und Luftballons in ein traumhaftes Schloss verwandelt hatten. Über 400 Gäste waren der Einladung gefolgt: Hörer, Professoren und Angestellte der Hochschule feierten gemeinsam den Abschluss des Winter-

semesters.

Viele Hörer hatten aus diesem Anlass Freunde und Verwandte nach Speyer eingeladen, denen sich die Hochschule von ihrer im wahrsten Wortsinn glänzendsten Seite zeigte.

Doch nicht nur optisch wurden die Ballbesucher verwöhnt: Auch kulinarisch hatten die Hörer mächtig auffahren lassen und boten ihren Gästen ein opulentes Büffet.

Auf der stets dicht gefüllten Tanzfläche durften dann die Kalorien aber auch gleich wieder abgebaut werden. Dabei heizte die Heidelberger Band „Twins“ den Gästen mächtig ein. Die musikalische Palette reichte von klassischer Tanzmusik bis zu modernen Stücken. Dazwischen sorgten Klaviersoli, der Auftritt des Chors der Hörschaft und weitere Vorführungen wie etwa

Wolter auch ein wenig Wehmut mit: Immerhin ging die dreimonatige Vorlesungszeit zu Ende, in der die über 500 Hörer der Hochschule in Speyer gemeinsam gelebt, gelernt und gelacht hatten.

Als Vorsitzender der Hochschulvereinigung überreichte Oberbürgermeister Werner Schineller einen Scheck über 1 000 Mark. *Ina Wolter*

Abschied von der Hochschule

Offizielle Semesterabschlussveranstaltung mit „Manöverkritik“

„Von unserer Seite her war es schön. Auch die Dozenten sind zufrieden, denn sie sind besser bewertet worden als im Vorjahr“. Mit einer launigen Rede verabschiedete der Rektor der DHV Speyer, Univ.-Prof. Hermann Hill, am 28. Januar die rund 550 Hörer des Wintersemesters. Und zufrieden durften die Professoren und Lehrbeauftragten tatsächlich sein, gaben ihnen doch die Hörer bei der abschließenden Umfrage zum „Speyer-Semester“ beste Noten. Gut beurteilten die Studenten aber auch die Druckerei, das neue Wohnheim und die Verwaltung mit

Werten um 5,6 auf einer Skala von eins bis sieben (Bestnote).

„Es waren anstrengende drei Monate“, resümierte Hörsprecher Dietrich Knopp in seiner Ansprache. Besonders hob er den interdisziplinären Charakter der Hochschule hervor, sowohl was die Lehrveranstaltungen als auch das Rahmenprogramm wie etwa Exkursionen zum Hambacher Schloss oder nach Karlsruhe anbelange.

Er rief die Hochschule auf, sich auch weiterhin anzustrengen, um ihrem guten Ruf gerecht zu werden. Als Dank für

die geleisteten Dienste überreichten die Hörer ihren Vertretern eigens nach Posten (Kassier, Fest-Referentin, Kultur-Beauftragter, Sport-Referentin, etc.) kreierte T-Shirts.

Bei der anschließenden „Manöverkritik“, zu der Hill aufgerufen hatte, wurden Forderungen nach mehr Diskussionsmöglichkeiten im Anschluss an die Abendvorträge laut. Es gab aber auch viel Lob: „Das war einfach Spitze“, befand eine Hörerin.

In seinem Rückblick auf das vergangene Semester erinnerte Hill noch einmal an die

Abendvorträge von Dr. Fritz Behrens, Staatsminister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, sowie von Brigitte Zypries, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern, die auch in der Reihe „Speyerer Vorträge“ erscheinen. Von der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz besonders gewürdigt worden sei die von den Hörern organisierte „Schlafmahlzeit“. „Ein solches Projekt sollte man auch im nächsten Semester wieder anregen“, so Hill. „Und schauen Sie mal wieder rein, wenn Sie Staatssekretär sind!“

Beate Klehr

Gute Erinnerungen an Speyer

Große Ehemaligen-Befragung der DHV: Studium und Angebot positiv bewertet

Wie haben ehemalige Speyrer die DHV in Erinnerung behalten, was hat ihnen das Studium hier gebracht, haben sie noch Kontakt zu anderen Ehemaligen und was machen sie heute? Um diese und weitere Fragen zu beantworten, hat die DHV im Dezember vergangenen Jahres erstmals eine große Absolventenbefragung initiiert.

Die Ergebnisse wurden in einer Magisterarbeit, die von Univ.-Prof. Dr. Rudolf Fisch betreut wurde, ausgewertet.

Dank gebührt zunächst den Teilnehmern, die durch ihr Engagement die Befragung erst ermöglicht haben, indem sie der DHV wichtige Informationen zur Verfügung gestellt haben.

Der Fragebogen wurde den 1.299 im Ehemaligenverzeichnis aufgenommenen Absolventen übersandt. Hiervon haben 206 bis zum 1. März den ausgefüllten Fragebogen zurückgeschickt. Dies entspricht einem Rücklauf von 16 Prozent.

Betrachtet man die berufliche Tätigkeit der Absolventen, so zeigt sich, dass inzwischen 39 Prozent der Befragten im Angestellten- und 33 Prozent im Beamtenverhältnis beschäftigt sind. 14 Prozent sind selbständig, 10 Prozent noch in Ausbildung und 4 Prozent suchen Arbeit.

Nach Tätigkeitsfeldern aufgeteilt, ergibt sich, dass 25 Prozent der Befragten in der Verwaltung tätig sind, davon wiederum knapp die Hälfte in der Landesverwaltung, ein Viertel im kommunalen Bereich und knapp ein Viertel in der Bundesverwaltung. Die anderen Befragten sind in der Anwaltschaft (26 Prozent), Wirtschaft (13 Prozent), Justiz (10 Prozent), Wissenschaft (7 Prozent) und Verbänden (4 Prozent) tätig.

Sehr erfreulich fiel die rück-

blickende Beurteilung des Studiums an der DHV aus: 81 Prozent der Befragten (165) machten Angaben auf die offene Frage, was sie im Nachhinein mit Speyer verbinden. Die 165 Absolventen bewerteten ihren Aufenthalt in Speyer fast ausschließlich positiv. Insbesondere die sozialen Kontakte sowie die Freizeitaktivitäten sind den Absolventen in bester Erinnerung geblieben.

Aber auch die Studieninhalte und -bedingungen, interdisziplinäre Aspekte der Ausbildung an der DHV sowie der Lehrkörper wurden lobend genannt. Die Absolventen erinnern sich gerne an Speyer.

Wichtigstes Motiv für den Besuch der DHV war für die befragten 184 Rechtsreferendare damals die höhere Attraktivität Speyers im Vergleich zu anderen Ausbildungsstationen. Als zweitwichtigstes Motiv folgte die berufliche Weiterqualifikation. Hieran schlossen sich die Beweggründe interdisziplinäres Arbeiten sowie interessante persönliche Kontakte an.

Weniger wichtig für die Befragten war die Möglichkeit der „Spezialisierung für die Verwaltungstätigkeit“ sowie ein „vielfältiges Freizeitangebot und soziale Ereignisse“.

Geringe Gründe für ein Studium an der DHV waren Examensvorbereitung sowie das Knüpfen von beruflichen Kontakten.

Teilweise abweichend hiervon wurde die Frage nach dem persönlichen Nutzen des Speyeraufenthaltes aus heutiger Sicht beurteilt. Auch in der Retrospektive halten die 184 befragten Referendare die höhere Attraktivität der DHV im Vergleich zu anderen Ausbildungs-

stationen für wichtig. Dem folgen interessante persönliche Kontakte, ein vielfältiges Freizeitangebot, berufliche Weiterqualifikation, interdisziplinäres Lernen und Arbeiten sowie Spezialisierung für die Verwaltungstätigkeit.

Auch mit den Lehrveranstaltungen waren die Absolventen im Allgemeinen zufrieden. Als positive Aspekte wurden insbesondere die Möglichkeit zur Vertiefung von Spezialgebieten sowie die Qualität der Dozenten genannt.

Ferner wurden die interdisziplinären Elemente des Studiums an der DHV gelobt.

Die Beurteilung der Wichtigkeit des Studiums an der DHV für den Berufseinstieg bzw. die Berufsausübung war hingegen stark vom später ausgeübten Beruf abhängig. So profitieren Beschäftigte in der Verwaltung mehr von dem Studium an der DHV als beispielsweise Rechtsanwälte, die überwiegend nicht auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts tätig sind.

Ein wichtiger Bestandteil der Untersuchung war die Frage, ob die Absolventen erneut die DHV besuchen würden. Die Antworten fielen sehr positiv aus: 75 Prozent der Befragten würden unbedingt, 17 Prozent wahrscheinlich nochmals Speyer besuchen. Lediglich 3 Prozent würden von einem Studium in Speyer Abstand nehmen.

Anders sehen hingegen die Antworten der 184 Referendare auf die Frage aus, ob sie auch dann in Speyer studieren würden, wenn dies nicht mehr im Rahmen des Referendariates möglich wäre. 33 Prozent der ehemaligen Referendare gaben an, dass sie Speyer auch außer-

halb des Referendariates besucht hätten, 24 Prozent waren unentschieden und 38 Prozent konnten sich außerhalb des Referendariates kein Studium in Speyer vorstellen.

Mit den Leistungen der DHV im Rahmen der Ehemaligenbetreuung waren die meisten Absolventen zufrieden. Wichtigste Leistung ist nach Ansicht der Absolventen das Ehemaligenverzeichnis. Ihm folgen der *SpeyerBrief*, das Fortbildungsverzeichnis sowie Einladungen zu den Abendveranstaltungen. Geringste Bedeutung haben die Einladungen zum Semesterball. Daneben hatten die Ehemaligen zahlreiche Anregungen zur Erweiterung des Angebots der DHV. So wurde beispielsweise der Wunsch nach der Einrichtung weiterer Stammtische sowie der Veröffentlichung wissenschaftlicher Aufsätze im *SpeyerBrief* geäußert. Ferner unterbreiteten die Absolventen Änderungsvorschläge hinsichtlich des Ehemaligenverzeichnisses. Neben der Aufnahme von mehr Informationen in das Ehemaligenverzeichnis (z.B. Beruf, Arbeitgeber, etc.) wurden weitere Kategorisierungen des Ehemaligenverzeichnisses nach Regionen, Tätigkeits- bzw. Berufsgruppen sowie Postleitzahlen angeregt.

Ein Ehemaligen-Chat im Internet, wie ihn die DHV in Kürze plant, wurde positiv bewertet, ebenso die weiteren geplanten Internet-Angebote: 63 Prozent der Befragten halten die Aufnahme eines passwortgeschützten Ehemaligenverzeichnisses für sinnvoll. Auch die Einführung der geplanten Internet-Jobbörse wurde sehr positiv bewertet, wobei mehr Wert auf Stellenausschreibungen als auf -gesuche gelegt wurde.

Die DHV befindet sich hier also offenbar auf einem guten Weg.

Simone Albert

Speyer-Aufenthalt positiv bewertet

25 Prozent in der Verwaltung tätig

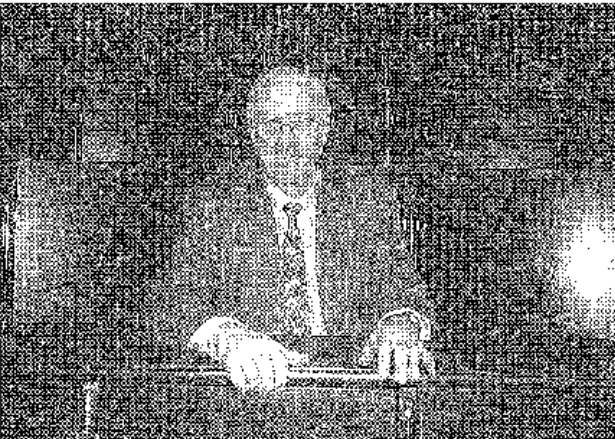
75 Prozent würden wiederkommen.

Der Hochschule treu geblieben

Ehemalige im Porträt (Teil 1): Landrat Dr. Ernst Bartholomé

Kürzlich feierte er seinen 60. Geburtstag, seit 1983 ist er Landrat im Kreis Ludwigshafen: Dr. Ernst Bartholomé. Seine Karriere führte ihn vom persönlichen Referenten des damaligen rheinland-pfälzischen Innenministers Heinz Schwarz über die Staatskanzlei, das Sozial- und Innenministerium des Landes bis zur Nachfolge von Landrat Paul Schädlar. Der DHV blieb er während dessen stets verbunden. Gerne erinnert sich Bartholomé an seine Speyer-Zeit zurück: das Sommersemester 1968.

„Nachdem ich in Innsbruck, Genf, München, Bonn und Köln studiert hatte, verbrachte ich ein Jahr an der ENA in Paris. Damals kannte ich die DHV noch nicht, aber fast alle rheinland-pfälzischen Referendare haben damals Station in Speyer gemacht. Nach dem Praktikum im Landratsamt Trier und am dortigen Landgericht wollte ich unbedingt noch nach Speyer. Ich wollte den Vergleich zur ENA kennen lernen“, erzählt er. Und welche Unterschiede gab es? „Der Unterschied zur ENA war, dass die Hochschule damals noch sehr juristisch ausgerichtet war. Inzwischen ist das Angebot in-



Erinnert sich gerne an seine Zeit in Speyer zurück: Landrat Dr. Ernst Bartholomé. Foto: Klehr

terdisziplinär, diese Ausrichtung finde ich sehr positiv. Der Vorteil der ENA war, dass die Lehrkräfte aus Ministerien

bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der öffentliche Dienst war damit Vorreiter auch für die Wirtschaft.“

kamen, also Praktiker waren. Dafür war die wissenschaftliche Durchdringung geringer als an der DHV.“

Was ist ihm nach 32 Jahren von der Hochschule am besten in Erinnerung geblieben? „Die hohe Qualität im öffentlichen Recht, besonders bei Prof. Ule. Außerdem erinnere ich mich an eine AG, die sich aufgrund einer Bundesratsinitiative mit der Einführung von Teilzeitarbeit und der Möglichkeit der Beurlaubung von Beamtinnen befasst hat. Dies war dann der familienfreundliche Einstieg des öffentlichen Dienstes in eine

„Aber auch an die Freizeitaktivitäten der Hörschaft denkt Bartholomé gerne zurück: „Als Nordlicht habe ich erstmals die Pfalz kennen gelernt. Die Hörschaft hat Bootsfahrten auf dem Neckar und Spargelesen in Heiligenstein organisiert, daneben habe ich auch viele Speyerer Weinklokale kennen gelernt. Es war für mich wie eine zweite Studienzeit.“

Ausgerechnet die wilden 68er verbrachte Bartholomé in Speyer. Was war davon hier zu spüren? „Es gab viele Diskussionen um die Notstandsgesetzgebung. Letztendlich hat man sich dann

hier aber grundsätzlich dafür ausgesprochen. Im Vergleich etwa zu Berlin war es also relativ ruhig.“

Einige der Freundschaften, die Bartholomé damals geschlossen hat, haben noch heute Bestand. So etwa zu Klaus Rüter, dem Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei. „Wir haben hier zusammen studiert und der Kontakt ist nie abgerissen.“

Aber auch die Einrichtungen der DHV hat Bartholomé nach seinem Speyer-Semester weiterhin genutzt. So etwa die Bibliothek: „Hier habe ich ideale Arbeitsbedingungen vorgefunden. Deshalb habe ich die Bibliothek auch später noch für meine Doktorarbeit genutzt.“ Und die verfasste er zum Thema „Die zwischengemeindliche Zusammenarbeit in Frankreich“.

Heute lebt Bartholomé zusammen mit seiner Frau Gisela - ebenfalls Juristin - und seinen vier Kindern in Speyer.

Zur nächsten Landratswahl 2001 wird der Christdemokrat nach einem innerparteilichen Machtkampf mit Michael Elster nicht mehr antreten.

Nach seinem Rückzug will er sich auch ein wenig der Wissenschaft und Lehre widmen - und wo wohl könnte er das besser als an der DHV?

Beate Klehr

DHV sucht Kontakt zu ihren Ehemaligen

Wie wichtig Netzwerke an Universitäten als Kontakt- und Informationsbörse, aber auch als Mittel der Karriereförderung sein können, wurde in den USA schon vor mehr als 200 Jahren erkannt. Anders als in Deutschland, sind dort die Studenten bereits mit ihrer Einschreibung automatisch Mitglied einer Alumni-Vereinigung und damit auch Teil eines weltweiten professionellen Netzwerkes. Seit 1994 versucht die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, ähnlich wie an amerikanischen und englischen Universitäten üblich, den Kontakt zu ihren Ehemaligen aufrecht zu erhalten bzw. wiederherzustellen und so ein „Speyer-Netzwerk“ aufzubauen. So haben die Hörer bei ihrer Exmatrikulation die Möglichkeit, sich in das Ehemaligenverzeichnis der Hochschule eintragen zu lassen. Über Aufrufe im Internet (unter <http://www.dhv-speyer.de/ehemalig.htm>) und in dem jedes Semester erscheinenden *SpeyerBrief* versucht die Hochschule, daneben auch die Hörer früherer Semester auf das im Aufbau befindliche Netzwerk hinzuweisen. Die Ehemaligen-Aktion der Hochschule Speyer sieht sich als einen Knotenpunkt für Kontakte und Informationen. Vorteile erwachsen den Mitgliedern auch aus intensivem Erfahrungsaustausch zwischen Theorie und Praxis. Von der genannten Möglichkeit haben bisher fast 1300 Hörer seit Bestehen der Hochschule insgesamt über 27 000 ehemaligen Hörer Gebrauch gemacht. Darunter befinden sich Minister und Staatssekretäre und auch einige „old boys and girls“, der allerersten Semester der 1947 von der damaligen französischen Besatzungszone nach dem Vorbild der Ecole Nationale d'Administration gegründeten Hochschule. Zu einem ersten Ehemaligenreffen versammelten sich etwa 100 Ehemalige, unter ihnen auch das erste „Speyerer Girl“, aus dem Sommersemester 1947. Seitdem versucht die DHV, den Kontakt zu ihren Ehemaligen mithilfe verschiedener Angebote zu intensivieren. Falls Sie selbst ein ehemaliger „Speyeraner“ sind, würden wir uns freuen, wenn Sie uns die Beitragsanmeldung zu dem „Ehemaligen-Verzeichnis“ (siehe Rückseite) unterschrieben zurücksenden würden. Nähere Informationen erstellt Ihnen gerne Frau Schneider (Tel.: 06232/654-205, nur vormittags), e-mail: bschneider@dhv-speyer.de.